

DIE WELTWOCH

80 JAHRE QUALITÄT



4 19407 004900

Schweiz, wir kommen!

Die Tücken der Personenfreizügigkeit.

Von Roger Köppel

Lady Gagas Fünfjahresplan

Konstruktion eines Phänomens: Wie aus Stefani Germanotta der erfolgreichste Popstar der Gegenwart wurde. Von Tom Kummer




ZENITH
SWISS WATCH MANUFACTURE
SINCE 1865

**EL PRIMERO
CHRONOMASTER 1969**

F O L L O W Y O U R O W N S T A R





PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.

Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Jahreskalender Ref. 5205G

Patek Philippe Boutique
at

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel: +41 (0)44 888 33 88
beyer-ch.com

Treffen Sie die Welt auf 12'000 Meter Höhe

Lernen Sie interessante Menschen kennen, geniessen Sie anregende Gespräche in illustrier Gesellschaft und erleben Sie Weltklasse-Service in der Bord-Lounge der Emirates A380. Ab 1. Januar 2014 von Zürich nach Dubai und darüber hinaus.

Hello Tomorrow  Emirates

Flachbettsessel in der Business Class ♦ Kostenloser Chauffeur-Service

Das grosse politische Thema des Jahreswechsels wird die Masseneinwanderungsinitiative der SVP sein, über die am 9. Februar abgestimmt wird. Der Bundesrat geht in Stellung, die Wirtschaft rüstet auf. Zielscheibe ist, wie so oft, SVP-Nationalrat Christoph Blocher, der sich an die Spitze jener gestellt hat, welche die Zuwanderung in die Schweiz begrenzen und wieder der Kontrolle des Souveräns unterstellen wollen. *Weltwoche*-Chefredaktor Roger Köppel, selber ein Befürworter des Freihandels, aber ein Skeptiker der automatisierten Zuwanderung in die Schweiz, traf Blocher, um



Zielscheibe: Nationalrat Blocher.

mit ihm über die Schwachstellen der SVP-Argumentation zu sprechen. Der SVP-Patron, mittlerweile 73, wirkte frisch und agil, fast drahtig in seiner Präsenz. Den Untergangsszenarien des Bundesrats widerspricht er, die düsteren Voraussagen, sollte die EU sich bilateral von der Schweiz abkapseln, teilt er nicht. Stattdessen zeichnet Blocher das Bild einer zerrütteten Schweiz, sollte die Freizügigkeit voranschreiten. Untermauert werden Blochers Aussagen von aktuellen Statistiken des Bundes, die von einer verschärften Belastung der Sozialwerke durch ausländische Arbeitslose zeugen. Aus dem Interview zu schliessen, hebt der SVP-Tribun zur grossen Schlacht gegen das Establishment an, selten hat man ihn in letzter Zeit so in Fahrt kommen sehen. **Seite 30, 32.**

Am 12. Dezember 2013 ist es exakt 25 Jahre her, seit Elisabeth Kopp, die erste Bundesrätin der Schweiz, ihren Rücktritt bekanntgegeben hat.

Es ist der Höhepunkt der sogenannten Kopp-Affäre, an deren Beginn ein Telefonat zwischen der EJPD-Chefin und ihrem Gatten Hans W. Kopp gestanden hatte. Aus diesem Anlass publiziert René Lüchinger ein neues Buch zum Fall, das sich auch auf bislang unveröffentlichte Quellen stützt, die einen neuen Blick auf den sogenannten Skandal freigeben. Die *Weltwoche* bringt einen Vorabdruck, der jenen Tag des Telefonats minutiös nachzeichnet, der die Schweiz verändert hat. **Seite 82**

«Er will, dass man ihn toll findet», sagen Leute, die das Departement von Bundesrat Alain Berset, 41, verlassen haben. Der Sozialdemokrat, der vor zwei Jahren in die Landesregierung kam, führt das Innendepartement nicht nur straff mit seinem Zentralkomitee, sondern fordert neben Linientreue und Loyalität auch Bewunderung für sich selbst als einzigen Politiker im Sozialministerium. Jetzt kämpft der linke Bundesrat mit dem Parlament um seine ehrgeizigen Projekte im Gesundheitswesen und bei der Altersvorsorge. Beim Verfolgen seiner Ziele, stellte Redaktor Markus Schär bei seinen Recherchen fest, nimmt er sich sogar Kritik zu Herzen, die in der *Weltwoche* geäussert wurde. **Seite 36**

Sich ein Kind wünschen, aber keines bekommen – mit dieser Situation sind viele Paare konfrontiert. Die Fortpflanzungsmedizin bietet eine reiche Palette an Möglichkeiten, dem Kinderwunsch nachzuhelfen. Nun haben Schweizer Forscher aber nachgewiesen, dass Mäuse, die durch künstliche Befruchtung entstehen, anfälliger für Herzinfarkte sind und weniger lang leben als Mäuse, die auf natürlichem Weg gezeugt wurden. Man muss befürchten, dass es beim Menschen ähnlich ist. **Seite 52**

Ihre Weltwoche

Anlageziele umsetzen.

LG.T. Partner für Generationen.

LG.T Bank (Schweiz) AG

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp, Lukas Egli

Redaktioneller Berater: Urs Paul Engeler

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Urs Gehrig, Christoph Landolt, Christian Mundt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Lucien Scherrer, Florian Schwab,

Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Pierre Heumann, Peter Holenstein,

Hansrudolf Kamer, Peter Keller,

Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Musciconico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),

Joël Hunn, Raffaella Bachmann (Assistentin)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger und

Rita Kempter (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



CERTINA
SWISS WATCHES SINCE 1888



PRECISELY
YOUR
MOMENT

DS PRIME
DIAMANTEN

WWW.CERTINA.COM

CERTINA 125TH
ANNIVERSARY

Ausländer

Wie ein undogmatischer Bundesrat vor bald fünfzig Jahren zusammen mit der Wirtschaft die «Überfremdung» der Schweiz bekämpfte.

Von Roger Köppel

Der Tonfall ist besorgt, und das «Ausländerproblem» ist in der Schweiz das grosse Thema. Der Begriff «Überfremdung» kommt auf zahlreichen Seiten der nüchtern gehaltenen Abhandlung vor. Am 9. Februar 1965 unterbreitet Bundesratspräsident Hans-Peter Tschudi (SP) einen brisanten Bericht «an die erweiterte Kommission des Nationalrates für auswärtige Angelegenheiten über die Beschränkung und Herabsetzung des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften». Der Bundesrat legt seinen Massnahmenplan vor gegen die «bedrohliche Entwicklung» einer aus den Fugen geratenen Zuwanderung von Ausländern in die Schweiz.

Dem Land geht es nach wie vor gut. Die Schweiz hat eben Jahre eines stürmischen wirtschaftlichen Aufschwungs in der Nachkriegszeit hinter sich. Der attraktive Kleinstaat zieht immer mehr ausländische Werkstätige an, die ihm dabei helfen, seinen wachsenden Produktionsapparat auszubauen. Die Statistiken dokumentieren eindrücklich den Zuwachs: Im August 1959 zählen die Bundesämter 364 778 ausländische Arbeitnehmer in der Schweiz. Im Jahr darauf sind es bereits 435 476. Der Zustrom sprengt alle Grenzen. 1961 kommen zusätzliche 112 838 ausländische Arbeitskräfte, ein Rekord. Vor Veröffentlichung des bundesrätlichen Notstand-Berichts liegt die Zahl der «Fremdarbeiter» bei 720 901, der Gesamtbestand der ausländischen Wohnbevölkerung beträgt rund eine Million Personen.

Der Bundesrat räumt ein, dass die Zuwanderung der Schweiz durchaus Vorteile gebracht habe. Viele Unternehmen hätten ihre «Produktionsanlagen erweitert». Die Verfügbarkeit ausländischer Arbeitskräfte habe es den Firmen erlaubt, «ihre Absatzchancen auf dem Weltmarkt auszunützen und sich erfolgreich im internationalen Wettbewerb zu behaupten». Angesichts des Booms habe man allerdings die negativen Folgen der Zuwanderung nicht sehen wollen. Offenbar, entnimmt man der Schrift, gibt es viele Beschwerden, die rückwirkend die allzu grosse Offenheit der Schweiz gegenüber den Ausländern kritisieren. Im unschuldigen Tonfall der frühen sechziger Jahre allerdings vermerkt SP-Bundespräsident Tschudi, der Vater der AHV: «Der Preis der Überfremdung erschien in diesem Zeitpunkt keinem Kritiker als drückend.»



Es fehlt der herablassende, moralisierende Jargon.

Doch nun seien, schreibt der Bericht, die «nachteiligen Folgen» der «Möglichkeit, immer mehr ausländische Arbeitskräfte zuziehen zu können», nicht mehr zu übersehen. Unternehmen hätten blind ihre Personalbestände ausgebaut, ohne an Produktivität zu gewinnen. Die technische Erneuerung der Betriebe werde aufgrund des Überangebots an günstigen Arbeitskräften vernachlässigt. Apparate würden künstlich aufgebläht, Branchen mit niedriger Produktivität könnten sich nur deshalb am Leben erhalten, weil ihnen Billigarbeiter zur Verfügung stünden. Zudem sei, bemerkt der Bundesrat, die beunruhigende Tendenz festzustellen, dass immer mehr Ausländer in der Schweiz blieben und zu einer unkontrollierten «Steigerung der Inlandnachfrage» beitrügen: Die Teuerung werde angeheizt, die Mieten würden verteuert. Im Volk sei eine allgemeine «Missstimmung» zu spüren. Es käme sogar, stellt Tschudi beunruhigt fest, «zu Ausbrüchen des Fremdenhasses» in der Schweiz.

Auf keiner Zeile bestreitet der Bundesrat in seinem Bericht die Notwendigkeit, dass die Schweiz offen für ausländische Arbeitnehmer sein müsse. Aber die Zuwanderung sei zu gross und daher nicht mehr zu verkraften. Vor allem seien in den letzten Jahren immer mehr Ausländer ohne ausreichende Qualifikationen eingewandert, die Qualität lasse merklich nach. Viele von ihnen hätten keine sichere Stelle, und diese «unkontrollierte Einreise» habe zu beträchtlichen Problemen geführt. Die spontan eingewanderten Stellensuchenden lungerten «vielfach mittellos» herum und würden der «privaten oder öffentlichen Wohlfahrt zur Last» fallen, heisst es im Bericht.

Es ist erstaunlich aus heutiger Sicht, wie sehr der Bundesrat in seinem Bericht zum

«Ausländerproblem» vor bald fünfzig Jahren auf die Sorgen und Nöte des Volks eingeht, das den starken Zuwachs an Ausländern offenbar nur schlecht verkraftet («Ausbrüche von Fremdenhass»). Die im Dokument dargelegten Gegenmassnahmen zeugen in ihrer differenzierten und sorgfältigen Begründung aber auch von einem erheblichen Gespür für die Bedürfnisse der Wirtschaft. Die Spitzenverbände der Unternehmen unterstützen denn auch die Regierung in ihrem Bestreben, die «unkontrollierte Einreise» zu verhindern und eine «Plafonierung», heute würde man sagen: eine «Kontingentierung» des Ausländerbestands vorzunehmen.

Bundespräsident Tschudi ist sich bewusst, dass die Beschränkung der Zuwanderung behutsam vorzunehmen sei, und er gibt sich keiner Illusion hin, dass «einzelne Betriebe in Schwierigkeiten geraten» werden. Dennoch müsse die Zuwanderung auf «ein für die Schweiz tragbares Mass» reduziert werden, und zwar auf «organischer» Grundlage: «Härten werden sich nicht vermeiden lassen [...], aber die Nachteile müssen in Kauf genommen werden.» Unmissverständlich hält er fest: «Unter demographischen und staatspolitischen Gesichtspunkten ist es notwendig, die Zahl der Ausländer nicht nur zu stabilisieren, sondern zu vermindern.»

Der bundesrätliche Bericht von damals beeindruckt. Es fehlt der herablassende, moralisierende Jargon, der heute oft genug die Rhetorik der Regierung bestimmt, wenn es um sogenannte «Ängste» geht, die in Fragen der Migration angeblich «geschürt» würden. Man erhält im Gegenteil den Eindruck, dass die Regierung ernsthaft auf das Volk eingeht, aber auch auf die betroffenen Anspruchsgruppen der Wirtschaft, die an der Seite des Bundesrates damals aktiv für eine Begrenzung der Zuwanderung einstehen, weil sie die Zuwanderung für einen von seinem eigenen Wirtschaftswachstum überhitzten Kleinstaat als nicht mehr verkraftbar beurteilen.

Interessant: In den sechziger Jahren lag der Ausländeranteil in der Schweiz bei maximal nur 17,7 Prozent. Heute liegt er trotz viel mehr jährlichen Einbürgerungen bereits bei 23,3 Prozent, Tendenz weiterhin steigend.

Die Regierung ist damals um Welten entfernt von der dogmatischen, ja geradezu religiösen Anbetung der Zuwanderung, wie sie heute, ebenfalls Seite an Seite, von den Spitzenverbänden der Wirtschaft und dem Bundesrat gegen alle Evidenz vertreten wird. Es ist wohltuend, den Bericht eines sozialdemokratischen Schweizer Bundespräsidenten zu lesen, der sich selbst, seinem Parlament und seinen Wählern so differenziert und wirklichkeitsnah in einer schon damals emotional diskutierten Problematik Rechenschaft ablegt.



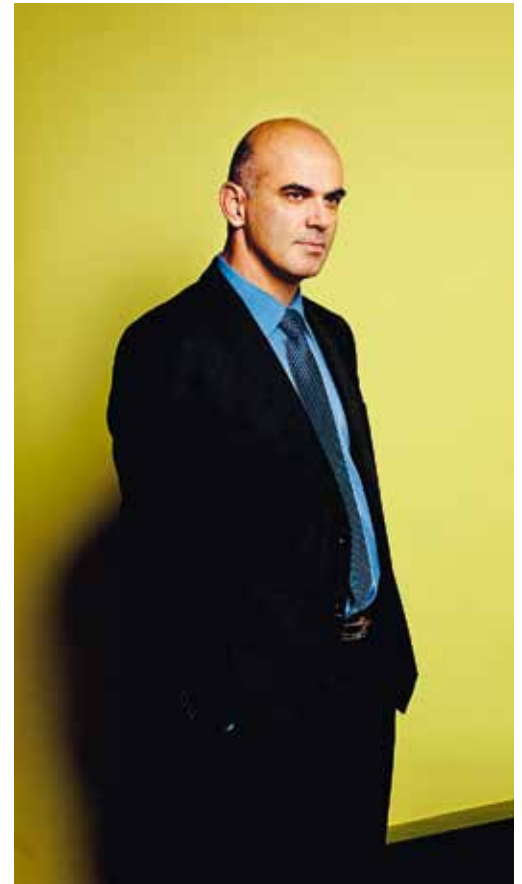
Ich-Sein als Starsein: Lady Gaga. Seite 58



Hoher Blutzoll: syrische Rebellen. Seite 50



Im Fadenkreuz: Karl Dall. Seite 40



«Teile und herrsche»: Bundesrat Berset. Seite 36

Kommentare & Analysen

7 Editorial

13 Kommentar A. M., Wahlbetrügerin

13 Im Auge Wladimir Putin, staatsmännisches Rätsel

14 Finanzplatz Obamas Werk und Raaflaubs Beitrag

14 Personenkontrolle Legrix, Schwaller, Dieterle, Hanselmann, Hartmann

15 Nachruf Carl Laszlo, Kunsthändler

16 Aufstand gegen die Bildungsbürokraten

Der Lehrplan 21 droht zum Kostentreiber zu werden

18 Die Deutschen Vorsicht, Leben!

18 Wirtschaft Ruhe vor dem Ansturm

21 Ausland Chinas Kalkül provoziert Amerika

22 Mörgeli Ein Bundesrat, der nicht will

22 Bodenmann Die Groko-Dealer

25 Medien Der Kanal der letzten Instanz

25 Gesellschaft Stop-and-Go

28 Leserbrief/ Darf man das?

Hintergrund

30 Schweiz, wir kommen!

Bundesrat und Wirtschaft malen die Personenfreizügigkeit in rosigen Farben. Offizielle Zahlen trüben die Euphorie

32 «Das ist Grössenwahn»

SVP-Nationalrat Blocher über die Personenfreizügigkeit

35 Bern Bürgerliche Subventionsspezialisten

36 Alles nach Plan

Wie sich Bundesrat Berset gegen Widersacher durchsetzt

38 Eine Lanze für die Grossbanken

Die Finanzunternehmen haben aus den Fehlern gelernt

40 Justiz Zürcher Strafverfolger und der Fall Karl Dall

41 Fussball Plädoyer für Trainer Christian Gross

42 Weg mit dem «Schädling»

Politische Intrigen gegen Mörgeli (Serie, Teil 4)

45 Brief aus Deutschland Sarrazin zum Koalitionsvertrag

46 «Es schwebt irgendwo im Nirwana»

FDP-Politiker Frank Schäffler über Euro und Liberalismus

48 Staatsmann oder Verbrecher?

Bilanz einer Karriere: Tito Tettamanti über Silvio Berlusconi

50 Kick für Kriegsverbrecher

Die Moral des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag

52 Gefahr aus dem Reagenzglas

Eine neue Studie zeigt beunruhigende Resultate

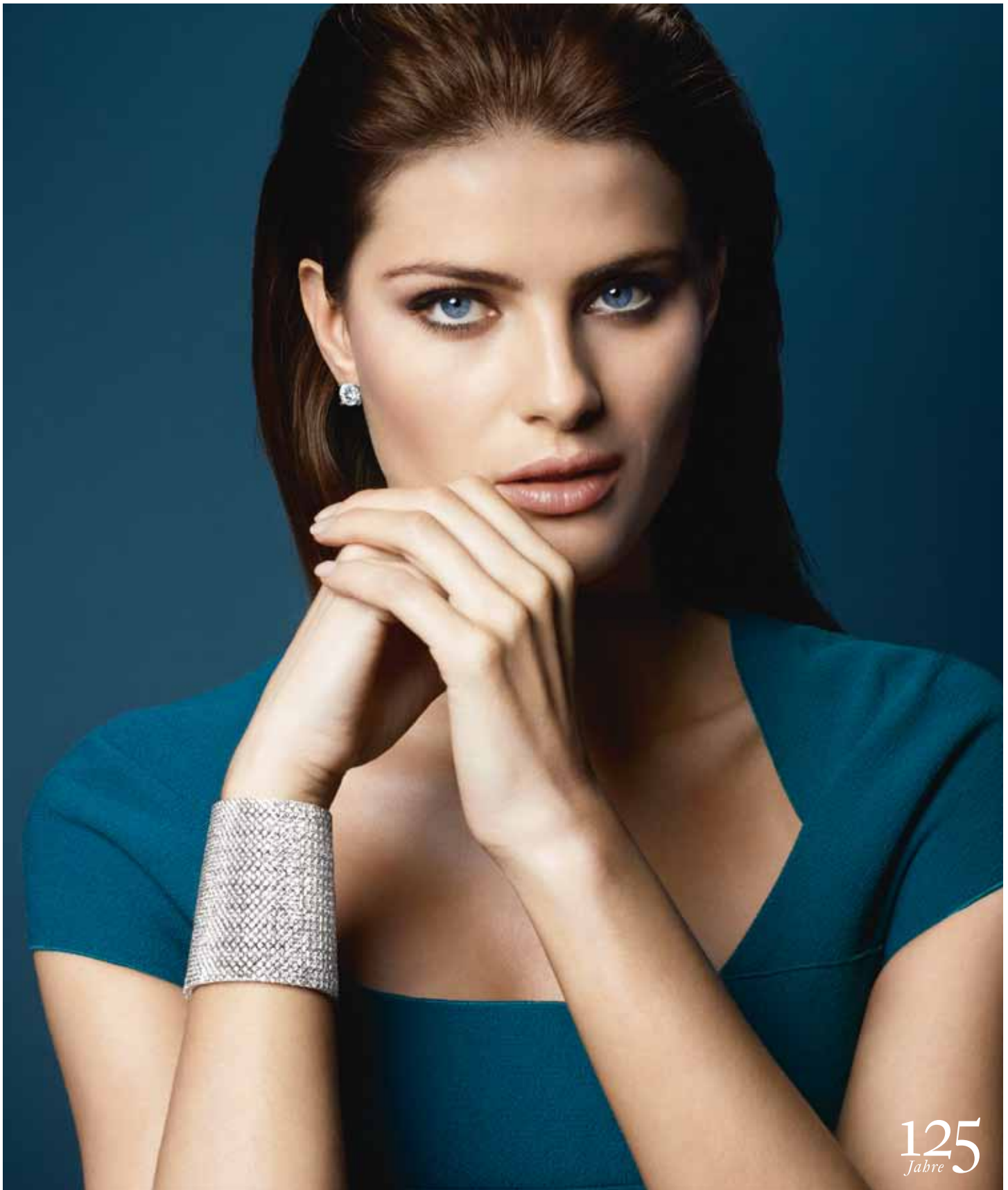
54 Der bessere Schweizer

Begegnung mit Mundart-Autor Pedro Lenz

58 Lady Gaga: Kunst ohne Werk

Das knallharte Kalkül des extravaganten Popstars

MAGIE | GLANZ



BUCHERER

1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN

Basel Bern Davos Genève Interlaken Lausanne Locarno Lugano Luzern St. Gallen St. Moritz Zermatt Zürich
Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg München Nürnberg | Wien | Paris | bucherer.com



«Intrigen entzweiten die Familie»: ehemalige Bundesrätin Elisabeth Kopp, 1984. Seite 82

Exklusiv

82 Der Anruf, der die Schweiz veränderte

Vor 25 Jahren gab Bundesrätin Elisabeth Kopp ihren Rücktritt bekannt. Es war der Schlusspunkt der Kopp-Affäre. Ein neues Buch zeichnet das Geschehen nach

Stil & Kultur

- 86 Stil & Kultur Eine Kamera ist ein Hut
- 88 Bestseller
- 88 Pop Offener Brief an DJ Bobo
- 89 Bühne Das Berliner Ensemble macht aus Hamlet einen Kannibalen
- 89 Jazz Keith Jarrett
- 90 Top 10
- 90 Kino «Inside Llewyn Davis»
- 91 Fernseh-Kritik «Der Bachelor»
- 92 Namen Verborgene Schätze
- 93 Hochzeit Helen Morfitt und Felix Laws
- 93 Thiel Böse Kinder
- 95 Im Gespräch Arnold Schmied, Silhouette-Chef
- 96 Wein Pago de Valtarreña 2009
- 96 Die Besten Es weihnachtet
- 97 Auto Bentley Flying Spur
- 97 Zu Tisch Die besten zehn
- 98 MvH trifft Evelyne Binsack, Abenteurerin

Autoren in dieser Ausgabe

Tito Tettamanti



Der 83-jährige Tessiner zählt zu den grossen Unternehmerpersönlichkeiten der Schweiz. In seinem Essay zieht er eine sachliche

Bilanz über den früheren italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und seine zwanzig Jahre in der Politik. Seite 48

Ernst Baltensperger



Der Ökonom und langjährige Professor an der Universität Bern gilt als führender Bankenexperte der Schweiz. In dieser Ausgabe bricht er eine

Lanze für die Schweizer Grossbanken, denen seiner Meinung nach völlig zu Unrecht vorgeworfen wird, sie hätten aus Fehlern nichts gelernt. Seite 38

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung
DIE ZEITUNG FÜR KMU

Morgen Freitag in der KMU-Pressse:

- **Mindestlöhne**
Linke Attacken gehen weiter
- **Erbschaftssteuer**
Zwei von drei KMU in Gefahr
- **Schweiz-EU**
Der sgV zückt die Rote Karte

www.gewerbezeitung.ch



strellson



SHOP AT STRELLSON.COM

Champagner fürs Hirn.



Verblüffen Sie mit einem prickelnden Weihnachtsgeschenk. Und bleiben Sie 50 Wochen in bester Erinnerung. Bestellen sie jetzt ein Geschenkabo unter www.weltwoche.ch/abo oder rufen Sie unseren Kundendienst an: Telefon 043 444 57 01.

A.M., Wahlbetrügerin

Von Urs Paul Engeler — In Deutschland regieren die Wahlverlierer. Dieser rote Staatsstreich muss ein Antrieb sein, die direkte Demokratie zu stärken.



Mehr Staat, mehr Zwang, mehr Staat: Bundeskanzlerin Merkel.

Offenbar erinnert in Deutschland sich niemand mehr so genau an die Ergebnisse der Bundestagswahl vom 22. September. Die sich damals bürgerlich gebende Union aus CDU/CSU gewann 7,7 Prozentpunkte dazu und erreichte stolze 41,5 Prozent der Stimmen. Die sozialistische SPD überwand ihr historisches Tief nur minim und kam auf 25,7 Prozent. Die ganz Linken und die Grünen sackten beide ab. Der Wahltag wurde zur Absage an mehr Staat und mehr Zwang, zum Votum für eine bürgerlich-freiheitliche Politik.

Die Gesamtrechnung nach politischen Lagern war eindeutig, erfreulich, ja bemerkenswert in diesen unsicheren Zeiten: Die rechten Parteien setzten sich mit 51 Prozent ohne Wenn und ohne Aber durch gegen den links-links-grünen Verbund (42,7 Prozent).

Scheindebatte nach dem Coup

Gut zwei Monate später ist dieses Ergebnis nicht nur verfälscht, sondern in sein Gegenteil verdreht worden. In einem hinter verschlossenen Türen organisierten Basar einigten die Polithändler der CDU/CSU und der SPD sich auf einen «Koalitionsvertrag» – im Klartext: auf ein sozialistisch-gewerkschaftliches Regierungsprogramm. «Wir haben in den Vertrag fast bis auf die Kommafehler hineingeschrieben, was uns die Gewerkschaften vorgegeben

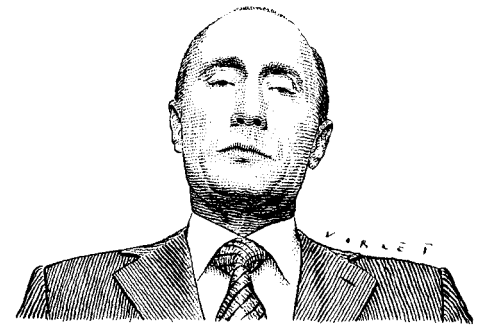
haben», bilanzierte SPD-Chef Sigmar Gabriel nach der erfolgreichen Feilscherei.

Für einmal hat der Linke recht. Über alle Branchen und Regionen wird ein staatlich fixierter Mindestlohn vorgeschrieben. Die Mietpreise werden staatlich gedeckelt. Die staatliche Kinderbetreuung und andere behördliche Betriebsamkeiten werden sukzessive ausgeweitet. Die Sozialausgaben werden nochmals erhöht, ebenso die Subventionierung der unrentablen erneuerbaren Energien. Die mutige «Agenda 2010», mit der der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SDP) 2003 Deutschland wettbewerbsfähiger gemacht hat, wird, Reform für Reform, zurückbuchstabiert. Die Zusammenfassung des 185 Seiten dicken Werks in den drei Kernpunkten: mehr Staat, mehr Zwang, mehr Staat.

Nach diesem Coup hat sich im düpierten Deutschland lediglich die lächerliche Debatte entwickelt, ob die Befragung der SPD-Basis, die diesem roten Regierungsprogramm noch zustimmen muss, verfassungsrechtlich in Ordnung sei. Es gehe nicht an, monieren nun einige Enttäuschte und um ihre Stimmabgabe Betrogene, dass eine kleine Minderheit von Parteimitgliedern die Politik des Landes bestimme. Allerdings ist der Einbezug der Parteibasis mindestens so gut zu rechtfertigen wie der intrans-

»» Fortsetzung auf Seite 14

Immer zu spät



Wladimir Putin, staatsmännisches Rätsel.

Papst Franziskus musste im Vatikan fünfzig Minuten auf den laut *Forbes* mächtigsten Mann der Welt warten. Tags darauf wuchs sich Wladimir Putins Verspätung auf bereits zwei volle Stunden aus, als der Herrscher Russlands mit seinem Gefolge von fünfzig Limousinen in Triest dem frierenden italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta seine Aufwartung machte. Putin entdeckte in der Eingangshalle des Rathauses ein Piano und klimperte noch ein paar Tastenläufe, ehe er dem Gastgeber die Hand schüttelte. Das war noch nichts im Vergleich zum Juni 2012, als sich in Jalta der ukrainische Präsident Janukowitsch vier geschlagene Stunden zu gedulden hatte. Putin hatte unterwegs mit dem Anführer der Spalier stehenden Motorradgang «Die Nachtwölfe» einen Meinungsaustausch. Kanzlerin Angela Merkel kam mit einer Stunde Missachtung noch gut weg, der US-Aussenminister John Kerry harrete drei Stunden aus, bis Putin ihn begrüßte.

Leidet der neue Zar an einer Imponier- oder Demütigungsmacke, vergessend, dass Pünktlichkeit die Höflichkeit der Könige ist? Die Queen beglückte der Überhebliche gnädig mit vierzehn Minuten Protokollverzögerung. Ist er Beckett-Fan (in «Warten auf Godot» heisst einer der Wartenden ironischerweise Wladimir)? Gehört er zu den Menschen, die nie ihre eingebaute Verspätung loswerden, auch wenn sie eine Stunde früher aufstehen? Gewiss ist nur: Putin widerlegt nachhaltig den Spruch seines Vorgängers Gorbatschow, dass die Geschichte den bestrafe, der zu spät komme. Putin sei immer zu spät dran, enthüllte seine Ex-Frau Ljudmila. In den Zeiten seines Liebeswerbens wartete sie stundenlang in zugigen Metrostationen auf ihn. Er kompensiere, meint Ljudmila, ein Jugendtrauma: Er war dauernd gehetzt vor Angst, zu spät zur Schule zu kommen. Vielleicht steht er zu lange vor dem Spiegel. Der nächste internationale Pünktlichkeitstest steht ihm am 7. Februar bevor. Dann eröffnet er seine Olympischen Winterspiele in Sotschi. Ein russischer Satiriker vermutet, Wladimir Wladimirowitsch werde auch zur eigenen Beerdigung zu spät auftauchen.

Peter Hartmann

parente, ja geheime Schacher einiger Parteifunktionäre in ihren Berliner Büros. Doch weist die Scheindebatte immerhin auf das Problem der Legitimität der Entscheide hin.

Deutschlands Politik der nächsten Jahre wird von irgendwelchen Gruppierungen oder Klüngeln bestimmt, aber nicht von der Mehrheit, die das Gros der Beschlüsse am Wahltag abgelehnt hat. Die Schlüsselrolle spielt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), deren an sich bekannte Charakterprobleme jetzt zum akuten politischen Problem Deutschlands geworden sind. Merkel, die in der DDR nicht nur ohne Klage lebte, sondern als Kaderfrau der (in Westdeutschland verbotenen) Freien Deutschen Jugend gar aktiv war, macht, wenn's passt, bürgerliche Politik, bei Bedarf aber auch sozialistische oder womöglich auch ganz andere. Hauptsache: Sie hat die Macht. Und mit diesem Wunsch ist sie nicht allein; selbst die CSU, der rechte Flügel der vermeintlich bürgerlichen Union, stimmt dem Programm zu, das ungefähr das Gegenteil der noch vor Wochen verkündeten Parolen darstellt. Es sind auch wichtige und lukrative Ministerposten zu vergeben.

Die repräsentative Demokratie erlaubt Merkel diesen Wahlbetrug. In diesem System gibt der gutgläubige Bürger seine Stimme einem mehr oder weniger vertrauenerweckenden Kandidaten, der mit diesem Mandat bis zum nächsten Wahltermin tun und lassen kann, was er will. Einzig die direkten Demokraten verfügen über Möglichkeiten, das politische Personal zu kontrollieren, zu korrigieren und zu steuern. Der Berliner Putsch müsste darum für alle Menschen mit Würde und Selbstachtung das ultimative Mahnmal sein, die Volksrechte zu stärken.

Der Trend hierzulande geht allerdings in die entgegengesetzte Richtung. Dass Bundesrat und Beamtenschar immer mehr Mittel und Wege nützen, um die Mitwirkung der Bürger einzuschränken, ist mittlerweile bekannt. Seit langem hörbar sind auch die EU-Turbos und die elitären Professoren, welche die direkte Demokratie offen anfeinden. Neuerdings greift selbst die NZZ am Werktag per Leitartikel die «ausgereizten» Volksrechte frontal an: Initiativen werden aus redaktioneller Warte zu blossen «Vehikeln der Parteipolitik im kalkulierten Wettbewerb um politische Aufmerksamkeit» entwertet. Und die oft erfolgreiche Opposition gegen unliebsame Berner Entscheide wird als Pflege von «Referendumsclubs» verspottet. Statt Initiativen, die leider «immer häufiger Zustimmung finden», als Unbehagen der Basis zu begreifen, kritisiert die NZZ das politische Engagement als Störung der Kreise der selbsternannten Vernünftigen an den Hebeln der Macht.

Deutschland wirkt – leider nicht als abschreckendes Beispiel.

Mehr zum Thema: Seite 22 und 45

Finanzplatz

Obamas Werk und Raafaubs Beitrag

Von Hans Geiger — Der Finma-Direktor gibt den Banken per Zeitungsartikel den Tarif durch: Sie sollen sich in den USA schuldig bekennen, sonst drohen aufsichtsrechtliche Konsequenzen.

Patrick Raafaub ist Chef der Finanzmarktaufsicht (Finma). Er gilt als analytisch, unerbittlich, selbstbewusst. Am Freitag hat er den Finanzplatz mit einem Beitrag in der NZZ in Angst und Zorn versetzt. Verklausuliert empfiehlt er den Banken, im Steuerstreit gegenüber den USA zuzugeben, gegen amerikanisches Recht verstossen zu haben, selbst wenn sie glauben, dass dies nicht der Fall ist. Das tönt so: Ein Institut, das sich «trotz Zweifeln über die Schwere des eigenen Fehlverhaltens für die Programmkategorie 2 [also für eine Selbstanzeige, Anm. d. Red.] entscheidet, handelt aus Sicht der Finma verantwortungsvoll». Ein solcher Entscheid werde «von der Finma gewürdigt». Eine andere Aussage wird von den Banken zu Recht als Drohung verstanden: «Ein Verzicht auf die Teilnahme am Programm scheint wenig vorteilhaft.»

Die Finma ist eine mächtige Behörde, die komplett von den Beaufsichtigten finanziert wird. Wie ein Gesetzgeber legt sie Regeln fest, wie die Polizei verfolgt sie Regelverletzungen, und wie ein Gericht fällt sie Entscheide. Alles in einer Hand. Ob er in der NZZ in der Rolle des Regulators, des Ordnungshüters oder des Richters gesprochen hat, lässt Raafaub offen.

Die NZZ bezeichnet das Vorgehen als «ungewöhnlichen Schritt». Das ist höflich ausgedrückt. Zutreffend wäre der Ausdruck «dane-

ben». Da gibt Raafaub den Banken in einem Zeitungsartikel in aller Öffentlichkeit den Tarif durch. Obwohl die «Leitlinien zur Finanzmarktregulierung» klar vorschreiben, auf welchem Weg die Finma zu kommunizieren hat: Sie muss nämlich in Rundschreiben an die Banken bekanntgeben, «wie sie unbestimmte Rechtsbegriffe mit Blick auf ein bestimmtes Thema anzuwenden gedenkt». Ein Rundschreiben bindet allerdings auch die Finma. Und Raafaub will sich nicht binden lassen.

Welches sind die Konsequenzen einer (Nicht-)Befolgung der Empfehlungen in den USA, bei der Finma und im Markt? Darüber schweigt sich Raafaub weitgehend aus. Dass sich die Rechtssicherheit auf der amerikanischen Seite durch die Teilnahme am Programm «deutlich erhöhen lässt», ist kein nützlicher Hinweis. Und über die Konsequenzen von Seiten der Finma sagt Raafaub nichts, obschon er hier Klarheit schaffen müsste. Stattdessen spricht er ominös und etwas anmassend davon, dass ein «risikominimierendes Verhalten» vom Markt «belohnt werden dürfte». Damit behauptet er, dass die Selbstbeschuldigung der Banken für Kunden, Geschäftspartner, Investoren und Mitarbeiter «vertrauensfördernd» sei – eine gewagte These.

Schlimmster Fehler seit Jahrzehnten

Im Februar 2009 befahl die Finma der UBS mitten in einem laufenden Amtshilfverfahren, die Daten von rund 250 amerikanischen Kunden an die USA auszuliefern. Raafaub schreibt, diese Lösung sei im Fall UBS nötig gewesen. Das ist ein Schönreden des schlimmsten Fehlers der Schweizer Bankenaufsicht in den letzten Jahrzehnten. Es ist nachweislich falsch, dass die Finma intervenieren musste. Die UBS hätte das Problem selbst lösen können. Die vielen kleinen Banken hingegen können das heute nicht.

Auch im Nachgang zum UBS-Fall versagte die Finma. Sie kannte das USA-Steuerdossier und die Probleme besser als alle Banken. Und was tat Raafaub? Nichts. Es wäre damals seine Pflicht gewesen, die Banken zu warnen und über die Risiken zu informieren. Wer überwachte und überwacht den Finma-Direktor? In erster Linie der Verwaltungsrat und dessen Präsidentin Anne Héritier Lachat. Und im Finma-Gesetz steht: «Die eidgenössischen Räte üben die Oberaufsicht aus.» Das Versagen der Finma lässt den Steuerstreit mit den USA zu einem «Fall Raafaub» werden.



Drohgebärden: Finma-Chef Raafaub.

Personenkontrolle

Legrix, Schwaller, Dieterle, Hanselmann, Hartmann

Unter dem Titel «Protokoll eines Putsches» deckte die *Weltwoche* im letzten August (Nr. 35/13) die Hintergründe der Absetzung von Jean-Charles Legrix, dem Stadtpräsidenten von La Chaux-de-Fonds, durch dessen Regierungskollegen auf. Begründet wurde der Sturz des SVP-Politikers mit nebulösen und vor allem anonymen Mobbing-Vorwürfen. Die Recherche gab in der Romandie, wo der Fall Legrix bis dahin eher mit Schulterzucken zur Kenntnis genommen wurde, zu heftigen Kontroversen Anlass. Die Neuenburger Justiz hat nun Legrix Recht gegeben. Letzte Woche erklärte der Cour de droit pub-



Im Recht: SVP-Politiker Legrix.

lique die Verbannung des Stadtpräsidenten aus der Stadtverwaltung für illegal. Bei Redaktionsschluss war noch offen, ob Legrix' Regierungskollegen den Entscheid ans Bundesgericht weiterziehen – oder ob sie sich doch lieber wieder mit ihrem ungeliebten *copain* arrangieren. (axb)

Um den Netzbeschluss zum Ausbau der Nationalstrassen umzusetzen, hat das Bundesamt für Strassen (Astra) bereits 34 Mitarbeitende eingestellt – und es entlässt sie nicht mehr, obwohl sie gar keine Arbeit haben, weil der Ausbau nach dem Volks-Nein zur Erhöhung des Vignettenpreises entfällt. Mit dieser Meldung schreckte der *Tages-Anzeiger* sogar das Parlament auf, das sonst zu diesem skandalumwitterten Bundesamt beharrlich schweigt. «Das müssen wir gründlich anschauen», sagte Ständerat Urs Schwaller, der in der sechsköpfigen Finanzdelegation sitzt. Der CVP-Fraktionschef müsste nur gründlicher lesen. So erklärt das Budget 2013 der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Mehraufwand von 6,4 Millionen (plus 12 Prozent) beim Personal des Astra damit, dass der Bundesrat «im Rahmen der Gesamtbeurteilung Ressourcen» 62 Stellen mehr bewilligt habe: für die Umsetzung der Energiestrategie (womit sich jetzt der Schwie-



Worte statt Taten: CVP-Ständerat Schwaller.

gersohn von Amtsdirektor Rudolf Dieterle beschäftigt), für die Umsetzung der Änderung des CO₂-Gesetzes sowie für die Vorarbeiten zur Umsetzung des neuen Netzbeschlusses. Und ein Bericht zur Personalentwicklung, den die Finanzkommission des Ständerates im September erhielt, stellt fest, der Beschluss zur Anpassung des Nationalstrassennetzes führe «ab 2013» zu einem weiteren Stellenausbau von 54 Vollzeitstellen (= 1 Stelle pro 9,2 Kilometer Strasse). Eigentlich genügt eine einfache Frage: Wie viel Misswirtschaft will das Parlament im Astra noch dulden? (sär)

Die St.Galler Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann (SP) soll künftig nicht mehr im Verwaltungsrat der Spitalverbände vertreten sein. Dies hat die bürgerliche Mehrheit im St.Galler Kantonsrat letzte Woche beschlossen. Damit beendet er die umstrittene Doppelrolle der Regierungsrätin. Heftigen Widerstand leistete die rot-grüne Fraktion. Der sozialdemokratische Fraktionschef Peter Hartmann warnte: «Wenn es in einem unserer Spitäler zu einem ernsthaften Problem kommt, trägt die Gesundheitsdirektorin die Verantwortung.» Wie die Gesundheitsdirektorin Verantwortung wahrnimmt, hat sie im letzten Sommer bewiesen. Den auf Pfüsch der Chef gynäkologen zurückzuführenden Tod einer siebenfachen Mutter im Spital Wil wollte Hanselmanns Gesundheitsdepartement unter den Teppich wischen (*Weltwoche* Nr. 33/12). Nachdem eine Krebspatientin in der folgenden Ausgabe (Nr. 34/12) einen weiteren gravierenden Fehler der gleichen Ärztin schilderte, wurde sie von der Gesundheitsdirektorin persönlich bearbeitet, bis sie ihre Kritik zurückzog. (cal)



Heikle Doppelrolle: SP-Frau Hanselmann.

Nachruf



Mann der Paradoxe: Kunsthändler Laszlo.

Carl Laszlo (1923–2013) — Warum liess sich der Basler Beatnik auf dem jüdischen Friedhof im ungarischen Veszprém bestatten? Das hat zwei Gründe: Die alte ungarische Königsstadt hatte ihm seinen grössten Wunsch erfüllt – ein eigenes Museum für seine Sammlung moderner Kunst. Der Friedhof steht für die Heimkehr zum Judentum, von dem er sich einst abgewandt hatte. Zeitlebens fühlte er sich zum Katholizismus hingezogen, aber eine Konversion hätte er als Verrat an seinen Ahnen empfunden. Der Auschwitz-Überlebende war 1948 aus seiner ungarischen Heimat nach Basel geflohen, wo er sich, dank seiner Freundschaft zu Alberto Giacometti, als erfolgreicher Kunsthändler etablieren konnte. Er gilt als einer der Väter der Art Basel. Er war Kunsthändler, Sammler, Autor, Verleger, er selbst bezeichnete sich als «gescheiterte Existenz». Das war nur zum Teil Koketterie. Sein Buch «Ferien am Waldsee» fand nie einen Verleger, ein solch unsentimentaler Blick auf Auschwitz war mehr als nur nonkonform und kam Mitte der fünfziger Jahre jedenfalls zu früh.

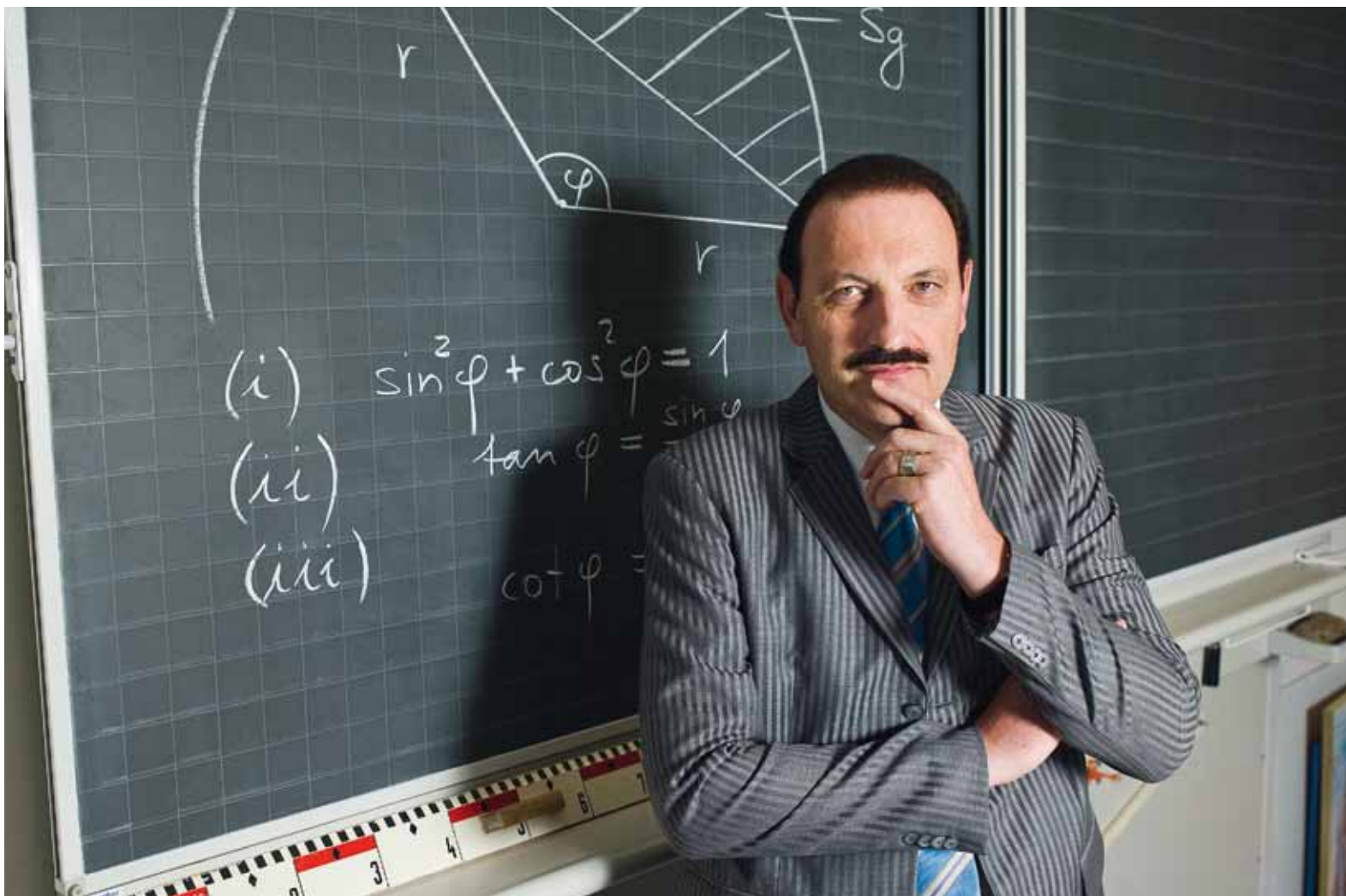
Carl Laszlo war ein Mann der Paradoxe. Ein Jude, der trotz seiner Katholizität Jude blieb. Ein Kunsthändler, der den aufgeblähten Kunstkommerz-Apparat verachtete. Ein Libertärer, der an Autorität glaubte. Ein Konservativer, der unverhohlen mit Drogen experimentierte und in den Sechzigern zum Kreis der Beatniks um Timothy Leary, Allen Ginsberg und William Burroughs gehörte. Basel, einst für seine schillernden Gestalten berühmt, hat einen seiner grössten Nonkonformisten verloren. >

Alexander von Schönburg

Aufstand gegen die Bildungsbürokraten

Der Lehrplan 21 ist ein Machwerk, das Kleinkinder nötigen will, über «Machtmissbrauch» zu diskutieren. Der «grosse Wurf» droht zum Kostentreiber zu werden.

Von Alain Pichard



4753 Teilkompetenzen: Beat Zemp, Präsident des Schweizerischen Lehrerverbands.

«Die Schülerinnen und Schüler können über Macht, Machtbegrenzung und Machtmissbrauch nachdenken (Prinzip der Machtbegrenzung).»

Kompetenzziel aus dem Lehrplan 21 für 4- bis 8-Jährige, NMG 10.5.

Wir haben es derzeit lustig in unserem Kollegium. Seit wir uns in Fachgruppen mit dem Lehrplan 21 auseinandersetzen, ist Stimmung angesagt. Kein Tag vergeht, ohne dass ein Kollege oder eine Kollegin uns einen Satz aus den 557 Seiten zitiert. Die Reaktion ist meistens dieselbe, es wird viel gelacht, Köpfe werden geschüttelt, Schenkel geklopft.

Einer hatte sogar die Idee, eine interne Hitparade der zehn «besten» Kompetenzziele zu erstellen und sie am Jahresschlusssessen mit den Behörden einfach vorzulesen. Es wäre eine Realsatire vom Feinsten.

Heute ist vielen das Lachen vergangen. Um 4,5 Millionen Franken zu sparen, hat der Berner Grossrat kürzlich beschlossen, die Zahl der Schulklassen im Kanton zu reduzieren. Ein nachvollziehbarer Entscheid, denn es gibt tatsächlich zu viele Klassen. Führt man sich allerdings vor Augen, dass der «Lehrplan-Unfug» – so drückte es eine Kollegin im Lehrerzimmer aus – sechs Millionen Franken gekostet hat, wirkt die Sparübung reichlich absurd. Und die sechs Millionen sind längst nicht alles: 22 Tage Schulung für alle Lehrkräfte, so erklärte uns der Schulleiter, seien wegen des Lehrplans vorgesehen! Ein anderer Lehrer fügte hinzu, dass die Einführung von Frühfranzösisch allein den Kanton Bern 60 Millionen kosten werde.

So reifte in einigen Lehrerzimmern der Entschluss, die bildungsbürokratische Wunschprosa und deren Urheber zu bekämpfen. 557 Lehrer aus der ganzen Schweiz haben sich in-

zwischen unter dem Motto «Praxis statt Bürokratie» zusammengeschlossen, um zu protestieren: gegen 557 Seiten Lehrplan-Praxisferne, ein monströses Regelwerk, apodiktische Kompetenzorientierung und vor allem gegen den anhaltenden Ressourcenklau.

Der oberste Bildungschef des Kantons Bern, Bernhard Pulver (Grüne), meinte auf die Ankündigung dieses Protestes: «Es kann sein, dass der Lehrplan etwas zu engmaschig ist!» Diesen wunderbaren Satz muss man sich angesichts der im Lehrplan aufgeführten 4753 Teilkompetenzen einmal auf der Zunge zergehen lassen. Entweder hat Herr Pulver das Wesen dieses Werks noch nicht begriffen, oder aber er weiss, worum es geht. Dann ist seine Aussage Teil seiner Durchsetzungsstrategie und er ein gerissener Politiker.

Ähnlich argumentiert auch Seine Durchlaucht Beat Zemp, Präsident des Schweizeri-

schen Lehrerverbandes, der die fundamentale Kritik «seiner Basis» gar nicht schön findet. Das eingangs zitierte Lernziel, über Machtmissbrauch und Machtbegrenzung nachdenken zu können, mag für Kindergärtler etwas hochgegriffen sein. Aber den bernischen Lehrkräften ist diese Kompetenz in den letzten zwölf Jahren nachhaltig eingepflegt worden, dank neun Sparpaketen und vier monumental gescheiterten Bildungsgrossreformen.

Viele Lehrkräfte haben nie richtig eingesehen, weshalb ein Schulsystem, das immer noch zu den besten der Welt gehört, eine in Europa einmalige Integrationsleistung erbringt, an Lehrlingsweltmeisterschaften Goldmedaillen abräumt, die meisten Nobelpreisträger pro Kopf hervorbringt und dem Land eine rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit beschert, plötzlich so reformbedürftig sein soll. Genau das aber trichterten uns die Bildungspolitiker, Experten und Funktionäre der Lehrerverbände ein. Harnos, das Projekt zur Vereinheitlichung des föderalistischen Bildungssystems, sollte Abhilfe leisten. Das Paket beinhaltete frühere Einschulung, vereinheitlichte Strukturen, Ganztageschulen, Standardisierung, Fremdsprachen ab Primarstufe und eben auch den Lehrplan 21. Viele meiner Kollegen stimmten zu und reiben sich heute die Augen.

Finnen haben es auf 175 Seiten geschafft

Am 30. Mai 2011 hiess es noch in einer Erklärung des Eidgenössischen Departements des Innern und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK): «Bund und Kantone verständigen sich auf wenige konkrete und überprüfbare Ziele für das laufende Jahrzehnt. Diese Ziele stützen sich auf die in der Verfassung verankerten Eckpfeiler der Qualität und der Durchlässigkeit.» Aber Bildungsbürokraten neigen dazu, immer wieder dieselben Fehler zu machen. Ohne eine rigide Projektplanung verkommt ein Prozess, wie ihn die Entwicklung des Lehrplans darstellt, zu einem Jahrmarkt der Eitelkeiten. Nach dem Motto «Wer hat noch nicht, wer will noch mehr?» wird nach Belieben draufgepflegt, bis ein «Rahmenlehrplan» mit 4753 Kompetenzvorgaben herauskommt. Der finnische Lehrplan hat, nebenbei gesagt, nur 175 Seiten, und die Schüler sind gewiss nicht schlechter.

Viele Menschen in der Schweiz sind immer noch der Auffassung, dass eine Harmonisierung des Schulsystems gut sei. Die Annahme, dass ein Kind bei einem Umzug in einen anderen Kanton genau am gleichen Ort weiterfahren könne, ist aber kaum realisierbar. Und wenn, dann nur mit standardisiertem Unterricht, gleichen Stundentafeln, gleichen Lehrmitteln, gleichen Fächerdotationen und ohne spontane Einfälle. In einer solchen Schule möchte ich weder Lehrer noch Schüler sein.

Wenn es überhaupt Anschlussprobleme gibt, dann bei den Fremdsprachen. Aber ge-

rade hier leistet sich die Bildungslandschaft Schweiz einen der grössten Seldwyla-Scherze: In der Ostschweiz wird mit Frühenglisch, in den westlichen Kantonen mit Frühfranzösisch begonnen. Das kommt sogar einem Rückschritt gleich, denn vor Harnos gab's fast überall nur Französisch ab der 5. Klasse. Der Anspruch, einen Lehrplan zu kreieren, der das Bedürfnis nach Harmonisierung abdecken soll, Fremdsprachenfragen, Stundentafeln und Fächerzuteilungen aber den Kantonen überlässt, kommt dem Waschen eines Pelzes, ohne ihn nass zu machen, gleich.

Landaus, landein wird der grosse «Bildungsabbau» aus Spargründen beklagt. Auf den ersten Blick mag das ja zutreffen. Schulen schicken ihre Schüler frühzeitig in die Ferien, Klassen werden geschlossen, Arbeitszeiten verlängert. Ein Blick in die kantonalen und kommunalen Bildungsbudgets zeigt allerdings ein anderes Bild: Die Bildungsausgaben wachsen, und zwar fast unkontrolliert. Wie geht das zusammen?

Der finnische Lehrplan hat nur 175 Seiten – und die Schüler sind gewiss nicht schlechter.

Grosse Würfe, mit Visionen und Bildungsprosa verbunden, lösen Folgekosten aus, über die sich weder Urheber noch Stimmbürger im Klaren sind. Die Ganztageschulen sind beschlossen worden, die Ausführungsbestimmungen verlangen Betreuung und bauliche Massnahmen. Das Ergebnis: massive Mehrkosten. Das neue Lehrmittel Frühfranzösisch sieht auf der Mittelstufe den Grosseinsatz des Computers vor (wie seinerzeit die teuren Sprachlabors). Die Gemeinden haben aber kaum noch Geld, um den Computer-Standard an der Oberstufe zu halten, der heute allein in der Stadt Biel jährlich 200 000 Franken kostet.

Die frühere Einschulung der Kinder wird zur Folge haben, dass in der 8. Klasse 13- und 14-Jährige Bewerbungsbriefe schreiben müssen. Bereits heute werden uns aber 16-Jährige in die Schule zurückgeschickt, weil sie nach Ansicht der Lehrmeister zu jung sind! Folge: Wir werden die offizielle Schulzeit verlängern müssen, obwohl eigentlich geplant war, das 10. Schuljahr abzubauen. Der Integrationsartikel – er schreibt vor, dass schwierige und behinderte Schüler in Regelklassen unterrichtet werden müssen – löste einen riesigen Therapieboom aus, der nun auf die Budgets drückt. 2010 berechnete der PH-Dozent Jürg Frick, dass in Zürich die Zahl der Schüler und Lehrer um 15 Prozent zugenommen hätte, diejenige der Bildungsbürokraten um 350 Prozent. Diese frivole Stellenvermehrung führt zu einer nie gekannten Mengenausweitung.

Der Lehrplan 21 wird ebenfalls unkalkulierbare Folgekosten auslösen. Neuerdings soll er

sogar überarbeitet werden. Gar nicht zu reden von all den geplanten Fortbildungsveranstaltungen, die er mit sich bringen wird. Schlichtweg grauenhaft ist die mit dem modernen Wort «kompetenzorientiert» geadelte pädagogische Ausrichtung dieses Machwerks. Die Kompetenzdefinitionen strotzen vor Aufgeblasenheit und Geschwätzigkeit, wobei die Kinder über Dinge «reflektieren» sollen, ohne dass ihnen das dazu nötige Wissen beigebracht wird (*Weltwoche* Nr. 27/13). Denn das Wissen, so die Begründung, finde sich ja im Internet.

Die Zeit des Auswendiglernens sei vorbei, jubilierte Regierungsrat Christian Amsler (FDP), Schaffhauser Erziehungsdirektor und Präsident der Deutschschweizer EDK. Wer ihm diesen albernen Spruch eingeflösst hat, bleibt sein Geheimnis, aber die Masche ist immer dieselbe: Diffamierung des Alten und Lobhudelei bezüglich des Neuen, Grossen!

«Ich habe mich geirrt»

Vermutlich haben die Lehrplanmacher und ihr Galasprecher Amsler auch die neuste Entwicklung in jenen Ländern, die Kompetenzorientierung, Konstruktivismus, Bildungsmonitoring und Standardisierung über Jahre hinweg praktiziert haben, noch nicht mitbekommen. Die grosse amerikanische Bildungsexpertin Diane Ravitch, einstige Propagandistin der Kompetenzorientierung, meinte kürzlich: «Ich habe mich geirrt.» Der Bildungsminister des Staates Massachusetts erklärte: «Wir geben viel zu viel Geld für die Standards aus. Geld, das eigentlich in die Schulen fließen müsste.» Die USA nehmen langsam, aber sicher Abschied von einem Unterricht, der unser humanistisch geprägtes Bildungssystem auf das Niveau einer Kühlerhaubenproduktion reduzieren will.

Für die Macher des Lehrplan 21 kommen düstere Zeiten. Es ist nicht mehr die leicht zu isolierende SVP, welche gegen eine ausser Rand und Band geratene Bildungsbürokratie bellt. Es sind anerkannte Bildungsforscher, Wirtschaftsleute und jetzt auch noch Teile der Lehrerschaft, die dieses Vorhaben versenken wollen. Das Memorandum 550 gegen 550 wurde von sozialdemokratisch orientierten Lehrern massgeblich mitgeprägt. Die Linke, die bei Harnos noch das Zusammengehen mit der SVP scheute, hat gemerkt, dass es hier um viel mehr geht als um die frühe Einschulung.

Christian Amsler wirkt verunsichert. Er kündigt an, nochmals über die Bücher gehen zu wollen. Ganz nach dem Motto der Bildungsbürokratie: «Wenn etwas nicht funktioniert, versuchen wir was Neues, vielleicht geht es dann auch nicht.» Das Geld für diesen Leerlauf fliesst ja, es wird derzeit in zahlreichen Sparpaketen herausgepresst.

Alain Pichard ist Reallehrer und grünliberaler Stadtparlamentarier in Biel. Er ist Mitglied der Gruppe von «550 gegen 550» gegen den Lehrplan 21.

Vorsicht, Leben!

Von Henryk M. Broder — An Karl Dall zeigt sich, wie die Wirklichkeit fiktiv wird.



Bis heute ist unklar, wie sich das Leben mit dem Fernsehen auf das Alltagsverhalten der Zuschauer auswirkt. Experten aus dem Fach Medienkunde sind da sehr geteilter

Meinung. Die einen sagen, das Fernsehen habe die Familie als *role model* abgelöst, vor allem Kinder und Jugendliche würden sich von Soaps und Serien inspirieren lassen; die anderen sagen, man solle den Einfluss des Fernsehens nicht überschätzen. Wenn es denn überhaupt geschmacks- und verhaltensprägend wirke, dann sei die Wirkung von kurzer Dauer. Gestern Britney Spears, heute Lady Gaga und morgen Frau Holle.

Ziemlich sicher dagegen ist, welchen *impact* das Leben im Fernsehen auf die Beteiligten hat. Irgendwann können sie nicht mehr zwischen Wirklichkeit und Inszenierung unterscheiden. Der Schauspieler Klausjürgen Wussow, der achtzehn Jahre lang Prof. Klaus Brinkmann, den Leiter der Schwarzwaldklinik, spielte, war am Ende der Serie mit seiner Rolle verschmolzen. Als Horst Tappert, nach 281 Folgen als Oberinspektor Derrick, in die Pension geschickt werden sollte, wollte sein Assistent, Fritz Wepper alias Inspektor Harry Klein, ganz wie im wahren Leben zum Nachfolger des Chefs befördert werden. Und war ganz empört, als ihm der Aufstieg verweigert wurde.

Nun hat der Comedian Karl Dall eine ungewohnte Erfahrung gemacht. Nachdem ihn eine Journalistin wegen sexueller Nötigung angezeigt hatte, wurde er in St. Gallen verhaftet und vier Tage in Zürich in einer Gefängniszelle festgehalten. Obwohl er in Handschellen abgeführt wurde, glaubte er zunächst, es handle sich um einen Streich aus der Reihe «Verstehen Sie Spass?». Noch im Gefängnis, so Dall später, habe er nach einer versteckten Kamera Ausschau gehalten. Bis ihm klar wurde, dass es kein Spass, sondern bitterer Ernst war. Die Frau, gab er zu Protokoll, sei eine Stalkerin.

Wie der Fall auch ausgehen wird, er steht für mehr da als die arttypische Verwahrlosung im Unterhaltungsgeschäft. Nur das, was im Fernsehen stattfindet, ist real. Die Wirklichkeit dagegen ist fiktiv. Es gibt ein richtiges Leben im falschen.

Mehr zum Thema: Seite 40

Ruhe vor dem Ansturm

Von Kurt Schiltknecht — Leidtragende des freien Personenverkehrs sind Grossbritannien und die Schweiz. Innerhalb der EU bewegt sich die Migration auf einem bescheidenen Niveau – vorerst.

Grossbritannien will den freien Personenverkehr einschränken. Wie in der Schweiz ist dies auch für Grossbritannien kein wirtschaftliches Problem. Es verfügt im Gegensatz zu den Euro-Ländern über eine eigenständige Geld- und Währungspolitik und kann auf wirtschaftliche Probleme mit einer Änderung der Zinsen und des Wechselkurses reagieren. Anders sieht es bei den EU-Ländern aus, die ihre nationale Geldpolitik zugunsten des Euro preisgegeben haben. Diesen Ländern fehlt das wirksamste Instrument zur Steuerung des Wirtschaftsgeschehens. Italien, Spanien oder Griechenland können ihre Krise nicht mit einer Abwertung mildern. Zur Lösung des Arbeitslosenproblems und zur Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit bleibt keine andere Wahl, als auszuwandern oder die Löhne zu senken. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, weshalb der freie Personenverkehr für die EU-Kommission einen so hohen Stellenwert hat.

Welche Bedeutung die Wanderung der Arbeitskräfte bei der Lösung von Beschäftigungsproblemen in einem Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Währung haben kann, zeigen die Erfahrungen der USA. Während der Krise in der Stahl- und Kohleindustrie sank die Bevölkerung von Pennsylvanien von 1950 bis 1990 relativ zur Gesamtbevölkerung der USA um rund 60 Prozent und diejenige von Illinois um 50 Prozent. Dank einer immensen Auswanderung führte der riesige Stellenverlust in den beiden Bundesstaaten zu keinem entsprechend grossen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Andere grosse Wanderbewegungen sind in den USA durch grosse regionale Einkommensunterschiede ausgelöst werden.

Die Stunde der Wahrheit

In Europa hielt sich die Migration von Arbeitskräften bisher in bescheidenen Grenzen. Die Schuldenkrise in den südlichen Ländern hätte allerdings dazu einen guten Anlass geben können. Da die Arbeitskräfte bis heute zu Hause blieben, konnten die hohen Arbeitslosenraten nicht abgebaut werden. Die Arbeitslosigkeit ist inzwischen zu einem dauerhaften Problem geworden. Anzeichen, dass sich daran schnell etwas ändern könnte, gibt es keine.

Dass die Migration innerhalb der EU bisher so bescheiden war, liegt am guten Ausbau der

Sozialversicherungen in den meisten EU-Ländern. Die Motivation ist gering, eine Stelle im Ausland zu suchen. Wegen der schlechten Arbeitsmarktsituation im EU-Raum ist es nicht einfach, im Ausland schnell eine neue Stelle zu finden. Ein wichtiger Grund für die geringe Wanderung sind aber auch die offiziellen und versteckten Einwanderungsbeschränkungen, die die meisten EU-Länder bis heute haben. Fast alle EU-Länder nutzten die Möglichkeit, die Zuwanderung aus neuen Mitgliedsländern während einer Periode von sieben Jahren einzuschränken. Es wird interessant zu sehen sein, wie sich die Situation nach dem Auslaufen der Restriktionen entwickeln wird.

Es darf bereits spekuliert werden, wie Bevölkerung und Politiker in den reicheren Ländern auf eine starke Zuwanderung reagieren werden. Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass die Politik einer starken Zuwanderung nicht untätig gegenübersteht. So war die «Er-

findung» des Passes zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf den Versuch zurückzuführen, die Einwanderung von Arbeitskräften zu beschränken.

So lange die Wanderung der Arbeitskräfte innerhalb der EU nichts oder nur wenig zur Lösung der Arbeitslosigkeit beiträgt, bleibt den Krisenländern als Ausweg nur eine drastische Senkung

der Löhne. Bis heute haben sich die Löhne wegen des grossen Einflusses der Gewerkschaften in den südlichen Ländern und wegen des gutausgebauten Sozialsystems als relativ starr erwiesen. Wie lange sich die überschuldeten Länder noch solche Systeme leisten können, steht auf einem anderen Blatt. Eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Wenn die Sozialleistungen abgebaut werden, wird die Migration stark zunehmen.

Solange die Wanderung in den Euro-Ländern wegen der Krise noch nicht eingesetzt hat, kann sich die EU-Kommission problemlos für den freien Personenverkehr starkmachen. Die Stunde der Wahrheit wird zeigen, ob es den EU-Ländern mit dem freien Personenverkehr ernst ist, und kommt, wenn nicht nur Grossbritannien und die Schweiz, sondern auch andere wohlhabende EU-Länder unter einem grossen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte ächzen. Ausser der Rhetorik der Kommissare war in der Geschichte der EU bisher nicht viel von einem freien Personenverkehr zu spüren.





Besser fahren mit Schweizer Qualitätswerten.

Anlagen sind unser Handwerk seit 1862.

Echte Qualität und Präzision haben in der Schweiz Tradition. Daher haben sich einige unserer UBS Anlagefonds der Schweiz verschrieben. Nach präzisen Anlageregeln setzen sie den Schwerpunkt auf Aktien bewährter Schweizer Firmen, solide Obligationen in Schweizer Franken und ausgesuchte Immobilien auf Schweizer Boden, je nach Ihren ganz persönlichen Wünschen.

Holen Sie sich diese beruhigende Zuverlässigkeit in Ihr Depot.

**Jetzt am Wettbewerb teilnehmen
und 10 x 1 Gutschein im Wert
von CHF 1000.- gewinnen:
www.ubs.com/schweizerfonds**

Wir werden nicht ruhen





«Parc & Diamond»

Diamanten-Seminar

Erfahren Sie das Geheimnis des «Königs der Edelsteine» und erhalten Sie Einblick in die Kunst der Diamanten-Bewertung.

In diesem exklusiven Diamanten-Seminar der Beyer Chronometrie, des traditionsreichsten und ältesten Uhren- und Schmuckgeschäfts der Schweiz, in Zusammenarbeit mit dem Fünf-Sterne-Hotel «Park Weggis», erhalten Sie einen Einblick in die Welt der Diamanten.

Durch das Seminar führt Carlo Mutschler, Leiter des Goldschmiedeateliers bei Beyer. Er bringt den Teilnehmern das Wunder der seltenen Steine näher: «In zwei Stunden wird zwar niemand zum Gemmologen», sagt Mutschler. «Aber jeder kann danach mit seinem Wissen Diamanten richtig be-

urteilen.» Die Teilnehmer lernen, Steine zu differenzieren, Qualität zu erkennen, Zertifikate zu interpretieren und die verschiedenen Angebote richtig einzustufen. Mit diesem Grundwissen ist jeder in der Lage, sich beim Kauf eines Diamanten ein objektives Bild zu machen.

PROGRAMM

Samstag, 18. Januar 2014

Individuelle Anreise zum Hotel «Park Weggis»

16.30 Uhr

Kursbeginn mit Willkommens-Apéritif, 2-stündiges Diamantenseminar in der «Aquarius Hall» mit Carlo Mutschler, Leiter des Goldschmiedeateliers bei Beyer und Diamantspezialist

20 Uhr

Diamanten-Apéritif mit Verlosung eines Brillanten im Wert von Fr. 1500.–.

Vier-Gang-Abendessen im Restaurant «Sparks»

Sonntag, 19. Januar 2014

Frühstück

Individuelle Abreise



Der ausgewiesene Fachmann Carlo Mutschler gilt als Koryphäe auf dem Gebiet der Edelsteine.

Weltwoche-Spezialangebot

Diamanten-Seminar «Parc & Diamond»

Samstag, 18. Januar 2014 mit einer Übernachtung im Fünf-Sterne-Superior-Hotel «Park Weggis»

Teilnahmegebühren/Kosten Arrangement

Übernachtung im DZ: Fr. 423.– pro Person
Übernachtung im EZ: Fr. 475.– pro Person
Aufpreis von Fr. 46.– pro Person bei Bestellung eines China-Festival-Sonntagsbrunchs.

Im Arrangementpreis enthalten sind:

Willkommensaperitif, 2-stündiges Diamantseminar, Diamanten-Apéritif nach dem Seminar, mit Verlosung eines Brillanten im Wert von Fr. 1500.–, 4-Gang-Abendessen im Restaurant «Sparks» (ohne Getränke), Übernachtung mit Frühstück.

Veranstaltungsort

«Park Weggis», Hertensteinstrasse 34, 6353 Weggis, www.parkweggis.ch

Anmeldung

per E-Mail an: [Katrin Ulrich, PR & Sponsoring bei Beyer Chronometrie](mailto:Katrin.Ulrich@beyer-ch.com), unter katrin.ulrich@beyer-ch.com
Die Platzzahl ist beschränkt.
Die Anmeldungen werden nach Eingangsdatum berücksichtigt.
www.beyer-ch.com

www.weltwoche.ch/platinclub

Chinas Kalkül provoziert Amerika

Von Hansrudolf Kamer — Die Luftüberwachungszone Chinas verursacht neue Spannungen. Vizepräsident Joe Biden versuchte in Peking, Tokio und Seoul die Wogen zu glätten.



Nur kurz nach dem Reformplenium der chinesischen Staatspartei ist wieder Feuer im Dach. Die Ankündigung einer neuen Luftverteidigungszone im Ostchinesischen Meer hat Japan, Südkorea

und auch Amerika zu Protestaktionen veranlasst. China hatte bekanntgegeben, es werde gegen Flugzeuge, die sich nicht an die Regeln hielten, «dringende Abwehrmassnahmen» einleiten.

Amerika reagierte prompt. Zwei B-52-Bomber flogen unangemeldet und unbehelligt in die neue Zone. Japan und Südkorea doppelten mit Kampffjets nach. Nachdem die erste Konfusion überstanden war, beeilte sich ein Sprecher des Pekinger Verteidigungsministeriums, abzuwiegeln: China werde keine Flugzeuge abschiessen, die sich in der Zone aufhielten. Die spezifischen Massnahmen hingen von der spezifischen Situation ab sowie vom Ausmass der Bedrohung zum jeweiligen Zeitpunkt.

Eine Air Defense Identification Zone (Adiz) ist keine Flugverbotszone und nicht mit dem international anerkannten Luftraum eines Landes zu verwechseln. Sie hat im internationalen Recht keine besondere Bedeutung. Bemerkenswert ist allenfalls, dass China auch eine Anmeldung von einem Flugzeug verlangt, das nicht die Absicht hat, chinesisches Territorium anzufliegen.

Die chinesische Zone ist politisch problematisch, weil sie den Luftraum über den umstrittenen Senkaku-Inseln (Diaoyu nach chinesischer Lesart) umfasst. Sie überschneidet sich ausserdem mit dem japanischen und südkoreanischen Überwachungsgebiet und erstreckt sich über internationale Gewässer von nennenswerter Ausdehnung.

China hatte bisher keine solche Zone deklariert – die japanische gibt es seit 44 Jahren. Es soll die Generalität der Streitkräfte gewesen sein, die Xi Jinping und die Staatsspitze auf dieses Manko aufmerksam machte. Das Weisse Haus hat inzwischen Peking aufgefordert, das Ganze rückgängig zu machen. Man riskiere eine ernsthafte Konfrontation mit Japan und anderen Staaten der Region. Dass Chinas Führung einfach zurückkriecht, ist indes ziemlich unwahrscheinlich.

Wer sich für Formalien interessiert: Es wurde nicht bekannt, in welchen Teil der neu deklarierten Zone die – im Übrigen uralten – US-Bomber bei ihrer Operation «Flagge zeigen» eindringen. Nur in den Teil, der sich mit der japanischen Zone deckt, oder auch in jenen, der internationalen Luftraum umfasst? Wichtig wäre das für die Begründung der künftigen amerikanischen Haltung bei einer möglichen Eskalation des Geschehens.

Was den Inselstreit betrifft, so verhält sich Washington in der Souveränitätsfrage weiterhin neutral, will aber seine Verbündeten im Konfliktfall unterstützen. Präsident Obama empfahl allerdings dem privaten US-Linienverkehr, sich an die neuen Vorschriften zu halten. Die Japaner lassen ihre Passagierjets unangemeldet durch Chinas Zone fliegen. Dabei beabsichtigt China wohl nicht, den zivilen Luftverkehr zu drangsaliieren.

Die Beweggründe liegen auf der Hand. Der alles überragende Führer («paramount leader»), Xi Jinping, hatte soeben am jüngsten Plenum des Zentralkomitees seine Macht konsolidiert und sie insbesondere auch über das Militär ausgedehnt – so weit jedenfalls die Beurteilung durch alte China-Spezialisten in Amerika.

Xis Mischung aus Reformrhetorik, Berufung auf die alte kommunistische Ideologie und kämpferischen Nationalismus stärkt

seine Position beim Militär und isoliert ihn vom Vorwurf, er strebe eine Liberalisierung und Verwestlichung an. Er setzt den seit den Olympischen Spielen 2008 zu beobachtenden Kurs fort, territoriale Ansprüche anzumelden und zu versuchen, sie Schritt für Schritt durchzusetzen. Er will als Wahrer chinesischer Interessen und als Garant des von ihm beschworenen chinesischen Traums gesehen werden, der auch die Korrektur historischer Ungerechtigkeiten beinhaltet. Vor allem das japanische Geschichtsverständnis hat er im Visier.

Obama ringt um eine Antwort

Auch die Taktik zur Strategie ist recht gut erkennbar. Es geht darum, die eigene Stellung in der Region zu stärken und zwar mit solchen Mitteln, die keine harte amerikanische Reaktion auslösen. Für den offenen Konflikt ist China nicht bereit. Doch will es den Einfluss der Amerikaner schmälern und das Vertrauen der asiatischen Verbündeten in deren Zuverlässigkeit untergraben.

Für die Amerikaner ist es nicht einfach, eine wirkungsvolle Antwort zu finden. Wie so oft, fühlt sich die Administration Obama hin- und hergerissen zwischen den Bündnisverpflichtungen und ihrer angeborenen Konfliktscheu. Während sie Japan und Südkorea den Rücken stärkt, befürchtet sie gleichzeitig, der «Heisspörn» Shinzo Abe könnte China herausfordern und Amerika ins Schlamassel hineinziehen.

Der Klarheit und einer dezidierten Abschreckung dient das nicht. Chinas neue Führung testet unterschwellig den amerikanischen Reaktionswillen und bewertet ihn zurzeit als eher lustlos. Joe Biden hatte deshalb in Tokio, Peking und Seoul so etwas wie eine *mission impossible* auf dem Programm.



Mission impossible: US-Vizepräsident Biden (l.), japanischer Premierminister Shinzo Abe.

Ein Bundesrat, der nicht will

Von Christoph Mörgeli

Man stelle sich vor: Das Schweizer Volk stimmt am 9. Februar 2014 Ja zur SVP-Volksinitiative gegen die Massenzuwanderung. Was geschieht dann? Die Bundesräte Johann Schneider-Ammann, Simonetta Sommaruga und Didier Burkhalter bedauern an einer Medienkonferenz noch am gleichen Abend den Entscheid des Souveräns. Sie versuchen, diesen wegweisenden Richtungswechsel herunterzuspielen. Um gleichzeitig unverhohlen zu drohen: Nein, die EU wird dieses Volksverdikt niemals schlucken. Ja, die Bilateralen sind in grösster Gefahr. Der Bundesrat – so versichern die aufgereihten Magistraten – werde die unvermeidlichen Gegenmassnahmen aus Brüssel prüfen und den Schaden möglichst in Grenzen halten.

Unsere Regierung wird sich auch am 9. Februar 2014 widerspenstig aufführen. Ganz im Stil: «Jetzt habt ihr den Dreck!» Wie Eveline Widmer-Schlumpf, die bei der Kürzung des Budgets mit weniger Grenzwachtern drohte. Oder Doris Leuthard, die nach dem Nein zur Vignetten-Verteuerung eine Benzin-Verteuerung in Aussicht stellte. Oder Didier Burkhalter, der den Gegnern seiner institutionellen EU-Anbindung und von fremden Richtern mit dem Zaunpfahl von «Ausgleichsmassnahmen» winkte. Oder Simonetta Sommaruga, die sich gegen die Umsetzung der vom Volk angenommenen Ausschaffungs-Initiative wehrt. Mit Händen und Füssen. Nur nicht mit dem Kopf.

Man stelle sich vor: Der zum Bundespräsidenten gewählte Aussenminister Burkhalter soll in Brüssel den EU-Funktionären das Ja des Schweizervolks zur Masseneinwanderungs-Initiative erklären. Ausgerechnet er soll Klarheit reden, dass die Personenfreizügigkeit unser kleines Land heillos überfordert. Er wird sich winden wie ein Aal. Er wird sich entschuldigen. Aber er wird das Naheliegendste diplomatisch verschweigen: Dass der schweizerische Bundespräsident kein Staatsoberhaupt ist, und dass über ihm der Souverän herrscht.

Auch fünf weitere Bundesräte werden sich für den Volksentscheid schämen. Und keine Anstalten treffen, den Willen der Bürger umzusetzen. Sie wollen einfach nicht. Wenn unsere Regierung den Volkswillen aus politischen oder ethischen Gründen nicht umsetzen will, müsste sie zurücktreten. Aber der Mitte-links-Bundesrat ist auch dafür zu schwach. Das ist das einzige gute Argument, das gegen die Massenzuwanderungsinitiative spricht.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Die Groko-Dealer

Von Peter Bodenmann— Der Deal zwischen Merkel, Seehofer und Gabriel geht auf Kosten der SPD.



Babylonische Gefangenschaft: SPD-Chef Gabriel.

Die deutsche Sozialdemokratie hat zusammen mit den Grünen und Linken eine Mehrheit im Deutschen Bundestag. Und eine Mehrheit im Bundesrat. Die älteste aller deutschen Parteien könnte 2013 ihr Wahlprogramm durchsetzen, wenn sie den Grünen in Sachen Umweltschutz entgegenkäme. Und den Linken in Sachen militärischer Auslandseinsätze. Beides waren einst sozialdemokratische Kernthemen.

Stattdessen bleibt Sigmar Gabriel der nachhaltige Gefangene des Spitzenkandidaten Peer Steinbrück. Aufgrund seiner Erklärungen wollte Steinbrück eine rechnerisch aussichtslose Koalition mit den Grünen. In Tat und Wahrheit eine Grosse Koalition ohne ihn. Zwecks Fortsetzung der sozial und ökonomisch unsinnigen Hartz-IV-Politik.

Tuttifrutti zum Eintüten

Der Koalitionsvertrag führt die SPD in die babylonische Gefangenschaft der Angela Merkel. Das Programm spricht für sich: Deutschland will und wird weiterhin die anderen europäischen Länder mit zu hohen Handelsbilanzüberschüssen an die Wand drücken. Um sie parallel dazu mit Sparprogrammen zu würgen.

Der ökologische Umbau wird gebremst und neu dank der Subventionierung von Kohle statt Gaskraftwerken in Sachen CO₂-Ausstoss arg suboptimal. Die Dealer der Grossen Koalition, die «Groko-Dealer», wollen nichts gegen

den amerikanischen und deutschen Schnüffelstaat machen, der alle Bürger und Unternehmen Tag und Nacht überwacht.

Der Mindestlohn von bescheidenen 8.50 kommt mit Verzögerung. Die grossen Vermögen und Einkommen werden nicht stärker belastet. Mehr Geld für Soziales und Bildung gibt es nicht. Der zynische Horst Seehofer nimmt derweil – ganz väterlicher Freund – Sigmar Gabriel öffentlich in Schutz. Während die kalte Angela Merkel wartet, bis die SPD-Basis ihr Tuttifrutti brav eingetütet hat.

Die Rechnung geht weit über die Parteigrenzen hinaus auf. In Hessen schlüpfen die Grünen in den Hosensack der rechtesten Landes-CDU. Wer wie die Konrad-Adenauer-Stiftung die Entwicklungen in Frankreich und Italien verfolgt, merkt: Eher früher denn später wird es in Südeuropa zu politischen Erdbeben kommen. Nichts würde den exportorientierten Deutschen mehr schaden als das Ende des Euro.

Merkel hat in Sachen Atomenergie nach Fukushima eine beachtliche Wende hingekriegt. Sie wird dies – sobald die bretonischen Lastwagen samt Rotkappen Richtung Brüssel donnern – auch wirtschaftspolitisch machen. Weil es keine Alternative gibt. Und so die nach wie vor konzept- und machtlose SPD gleich noch einmal uralte aussehen lassen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

HABEN SIE IM JAHR 2100 NOCH EIN ZEITFENSTER OFFEN?



MANERO CHRONOPERPETUAL

Ein ewiger Kalender mit korrekturfreier Anzeige von Datum, Wochentag, Monat und Mondphase: Das Uhrwerk der Manero ChronoPerpetual benötigt bis 2100 keine manuelle Einstellung mehr. Ihr zeitlos klassisches Äusseres bietet Übersicht und Formvollendung. Eine Uhr für Kenner, die Wert auf traditionelle uhrmacherische Meisterleistung und höchste Funktionalität legen – streng limitiert und hochexklusiv.

BOUND TO TRADITION – DRIVEN BY INNOVATION



CARL F. BUCHERER

FINE SWISS WATCHMAKING

BUCHERER GESCHÄFTE BASEL, FREIE STRASSE 40, T 061 261 40 00 **BERN**, MARKTGASSE 2, T 031 328 90 90 **DAVOS**, PROMENADE 69, T 081 410 00 50
GENÈVE, 45, RUE DU RHÔNE, T 022 319 62 66, 22, RUE DU MONT-BLANC, T 022 732 72 16 **INTERLAKEN**, HÖHEWEG 43, T 033 826 02 02 **LAUSANNE**, RUE DE BOURG, T 021 312 36 12
LOCARNO, PIAZZA GRANDE, T 091 751 86 48 **LUGANO**, VIA NASSA 56, T 091 923 14 24 **LUZERN**, SCHWANENPLATZ 5, T 041 369 77 00 **ST. GALLEN**, MULTERGASSE 15, T 071 222 02 22
ST. MORITZ, VIA MAISTRA 17, T 081 833 31 03 **ZERMATT**, BAHNHOFSTRASSE 6, T 027 967 53 53 **ZÜRICH**, BAHNHOFSTRASSE 50, T 044 211 26 35
ZÜRICH FLUGHAFEN, AIRSIDE CENTER, T 044 800 85 40 **KURZ GESCHÄFTE BASEL**, FREIE STRASSE 39, T 061 269 60 60 **LUZERN**, WEGGISGASSE 25, T 041 419 40 20
ZÜRICH, BAHNHOFSTRASSE 80, T 044 219 77 77 **SWISS LION GESCHÄFTE ENGELBERG**, TITLIS, T 041 372 10 90 **LUZERN**, LÖWENPLATZ 11, T 041 410 61 81

WWW.CARL-F-BUCHERER.COM



**Ihre Vielseitigkeit
stösst bei mir
auf fruchtbaren
Boden.**

Urs Jauslin, Weinbauer aus Muttenz

Der Kanal der letzten Instanz

Von Kurt W. Zimmermann — Wenn es spitz auf spitz geht, dann gibt es weiterhin nur eines: Fernseher einschalten.

Diese Woche war ich in Thailand. Ich ging in ein paar Bars. In den Bars von Thailand war es diese Woche anders als sonst.

Auf vielen Bildschirmen in den Bars liefen nicht mehr die üblichen Fussball- und Rugby-spiele, die hier sonst ununterbrochen laufen. Auf den Bildschirmen liefen die Demonstrationen und Strassenschlachten von Bangkok.

Wenn es drauf ankommt, dann läuft der Fernseher.

Fernsehen, so fiel mir wieder einmal auf, ist weiterhin das weitaus kräftigste und überzeugendste Medium, das wir haben. Wenn unser Informationsbedarf ungewohnt und rasant nach oben schnell, dann schnell unser Reflex zu TV. Bei Bürgerkriegen, Terrorattacken und Tsunamis vertrauen wir automatisch der Remote Control.

Für den alltäglichen und kleinen Informationsbedarf, von Börsenkrisen bis Bundesratswahlen, können wir mit den hochgelobten neuen Formaten wie Internet und Social Media durchaus kutschieren. Wir können es auch mit den tiefgelobten alten Formaten wie Zeitungen und Radio. Aber wenn es drauf ankommt, dann läuft der Fernseher.

Oder kann sich noch jemand an die Zeitungsberichte von 9/11 erinnern?

Fernsehen ist der Kanal der letzten Instanz. Fernsehen hat dadurch eine Machtposition wie kein anderes Medium. Belegen kann man das auch sehr einfach dadurch, indem man auf die instinktsicherste und populistischste Subgruppe dieser Gesellschaft schaut. Die Politiker setzen voll auf TV. Gegen einen einzigen «Arena»-Auftritt tauschen sie weiterhin gern vier Auftritte im *Blick*.

Fernsehen ist der Kanal der letzten Instanz. Wenn etwa die SRG-Sender ihre notorisch falschen Abstimmungsprognosen veröffentlichen, dann entbrennen jeweils heftige Debatten über diese Wettbewerbsverzerrung. Wenn die führenden Sonntagszeitungen ihre notorisch falschen Abstimmungsprognosen veröffentlichen, dann interessiert das kein Schwein. Wenn das Schweizer Fernsehen in irgendeiner historischen Serie irgendein Frauenzimmer vergisst, dann setzt es wochenlange Diskussionen. Wenn sämtliche führenden Websites irgendein Frauenzimmer vergessen, dann interessiert es kein Schwein.

De facto ist die Einschätzung von TV eine Überschätzung. Fernsehen ist, numerisch betrachtet, ein Unterschichtenmedium, das zugleich nur ein paar hunderttausend Vertreter der tieferen Einkommens- und Bildungsseg-



Faute-de-mieux-Prinzip: Aufruhr in Bangkok.

mente konsumieren. In einer nüchternen demografischen Sichtweise sind im Schnitt die TV-Zuschauer alt, arm und dumm.

Dennoch gehorcht Fernsehen, vor allem wenn es drauf ankommt, dem klassischen *Faute-de-mieux-Prinzip*. Die anderen sind noch unverbindlicher.

Im Gattungsvergleich der Informationsmedien sind abonnierte Zeitungen heute ein nettes Spielzeug für Intellektuelle, sympathisch gemacht, aber ein Minoritätenproblem. Radio hat sich vom früheren Informations- zum Unterhaltungsgenre gewandelt, das ausser bei Staumeldungen wenig ernst zu nehmen ist. News-Sites im Internet sind notorisch oberflächlich, weil unter ihrem Tempodruck die Sekunde mehr zählt als die Substanz. Social Media wiederum sind ohnehin die hysterische Kakophonie der postmodernen Kommunikationsgesellschaft.

Bleibt also nur Television. In Thailand jedenfalls sehen sie die Rolle von TV ähnlich wie bei uns. Die Demonstranten setzten die sechs grossen Landessender massiv unter Druck. Die Stationen sollten die oppositionelle Position ausführlich verkünden und dafür die Haltung der Regierung unterdrücken. Fünf der sechs Sender gehorchten dem Diktat.

Nur bei einem Sender, bei Channel 11, weigerten sie sich. Die hatten offenbar die Rolle des Fernsehens nicht richtig verstanden.

Stop-and-go

Von Beatrice Schlag — Stau und andere Probleme.

Kein böses Wort über Männer. Aber könnten sie sich etwas zurückhalten, wenn der Verkehr nicht rollt? Er rollt nie gegen fünf in der Zürcher Innenstadt oder auf der Autobahn kurz



vor Basel. Warum fluchen sie jedes Mal los, als sei Stau etwas nie Dagewesenes? Warum ist die gute Laune dahin, wenn der Mann sich trotz Auto wie eine Raupe zentimeterweise nach vorne arbeiten muss? Es gibt auch ungeduldige Autofahrerinnen, natürlich. Aber sie tun selten so, als sei der Stau gegen sie persönlich gerichtet. Warum flippen viele Männer aus, als sei Stop-and-go eine persönliche Niederlage? Warum verlieren sie ihren Charme, wenn der Wagen nicht vorwärtskommt? Die Frau neben ihm atmet tief in den Bauch, die Kinder hinten klappen die Ohren zu und fühlen sich irgendwie schuldig.

Das Widerliche am Stau ist seine Rätselhaftigkeit, vor allem auf der Autobahn. Alles läuft, auf einmal geht nichts mehr, und irgendwann rollt es plötzlich wieder, obwohl da kein Unfall und keine Polizeikontrolle war. Berthold Horn, Wissenschaftler am Massachusetts Institute of Technology, sagt, ein einziger Autofahrer, der plötzlich auf die Bremse trete, könne die Ursache sein. Es sei wie eine Rückwärtswelle, und je weiter man entfernt sei, desto heftiger sei ihre Wirkung. Sein Rezept: Nicht nur den vorderen Wagen, sondern auch den hinten dran beobachten und immer darauf bedacht sein, dass die Abstände gleich bleiben. Das verringere die Chancen auf Stau. Natürlich, sagt Horn, müsse das Auto das eigentlich von allein machen, die Technologie existiere längst. Jeder, der sich interessiert, weiss, dass nicht nur Stau technologisch vermeidbar wäre, sondern auch viel Einschneidenderes als schlechte Laune im Auto.

Letztes Jahr starben in der Schweiz 339 Menschen durch Autounfälle. In den USA waren es über 34 000, in dem nur halb so bevölkerungsreichen Russland geschätzte 28 000. In einem Sci-Fi-Film, dessen Namen ich vergessen habe, sagte ein Autofahrer, der sein Steuer nie berührte, zu seinem Beifahrer: «Kannst du dir vorstellen, dass man sich einmal damit abgefunden hat, dass Hunderttausende starben, weil sie im Auto von da nach dort fahren wollten?»

NEW

-Radio-

BLUESKY

MAGIC MOMENTS

Digitalradio DAB+ bietet eine wesentlich bessere Tonqualität als UKW-Radio. Auch unterwegs störungs- und Automatische Sendersuche nach Radionamen. DAB+ Radios gibt es im Handel bereits ab CHF 30.-. Mehr In

70s – 80s GREATEST HITS

Jetzt zuschalten via Digitalradio DAB+,
Kabel, Satellit und auf www.blueskyradio.ch

unterbrechungsfreier Empfang.
fos auf www.blueskyradio.ch

DAB+
Digital Audio Broadcasting

Leserbriefe

«Schade, dass die *Weltwoche* auch noch mit einstimmt in den Chor der Kuscheljustiz.» *Silvio Pellegrini*



Wo bleibt die «soziale Gerechtigkeit»? «Carlos».

Arbeit auf dem Bau

Nr. 48 – ««Carlos» – Jetzt rede ich»; Alex Baur im Gespräch mit dem jugendlichen Straftäter «Carlos»

Schade, dass die *Weltwoche* auch noch mit einstimmt in den Chor der Kuscheljustiz, mit Justizdirektor Martin Graf als Dirigenten, der Jugendanwaltschaft, den Psychiatern und Psychotherapeuten und allen anderen, die gut und gerne an «Carlos» mitverdienen – ein Schlag ins Gesicht der Erwerbstätigen, die jeden Morgen um sieben Uhr zur Arbeit gehen und dem Staat brav die Steuern abliefern. Dabei wäre alles so einfach. «Carlos» soll arbeiten statt ins Thaibox-Training – so, dass er seinen Lebensunterhalt, wie alle anderen auch, selber bestreiten kann. Ins Gefängnis gehören jene, die so schamlos mit öffentlichen Geldern umgehen. *Silvio Pellegrini, Scharans*

Zum ersten Mal bin ich so richtig enttäuscht von der *Weltwoche*. Sie bieten diesem verzogenen Bubi zwei Doppelseiten, das sind genau zwei Doppelseiten zu viel.

Anita Vaucher, per E-Mail

Ist der junge Mann so, wie im Interview dargestellt, besteht kein Grund, ihn nicht auf Bewährung freizulassen. Wenn ein angelernter Spanier auf dem Bau 4200 Franken verdient, könnte auch «Carlos» so für seinen Lebensunterhalt aufkommen. Zum Vergleich ein unverschuldeter Sozialfall: Ein vierzigjähriger

Mann, verheiratet, Vater von drei Kindern im Alter von 9 bis 14 Jahren, wird nach seinem zweiten Schlaganfall in einem Alterspflegeheim untergebracht, das nicht für einen Patienten wie ihn eingerichtet ist. Er kann zwar gehen, aber die Hände kann er kaum gebrauchen. Zum Glück kann er noch lesen und mit Ja oder Nein antworten. Da er ruhig und freundlich ist, macht er niemandem Schwierigkeiten. Einmal in der Woche Ergotherapie hat er, alles andere ist zu teuer. Die Familie schlägt sich irgendwie durch. Wo bleibt da die vielbeschworene «soziale Gerechtigkeit»?

Verena Guran-Fierz, Zumikon

Das Wesentliche ging leider unter: Wer ist verantwortlich für die Verdummung von Steuergeldern im Umfang von rund 30 000 Franken monatlich? Warum wurden keine fristlosen Kündigungen ausgesprochen für den Jugendanwalt und die Entourage, die dieses «Setting» bewilligt haben. *J. R. Butler, Kaiseraugst*

Wermuths Spiegel

Nr. 48 – «Drohende Verschnöselung»; Christian Mundt über Cédric Wermuth

Endlich hält mal jemand Nationalrat Cédric Wermuth den Spiegel vor! War höchste Zeit, denn seine Arroganz ist kaum noch zu überbieten. Bleibt nur zu hoffen, dass er sich mit seinem Getue selber demontiert und disqualifiziert – auch bei seinen Genossen!

Peter F. Bickel, Herrliberg

Unter dem Titel «Drohende Verschnöselung» hackt Christian Mundt mit einem dürftigen Aufsatz auf Nationalrat Cédric Wermuth herum. Als 68er kenne ich Vorhaltungen à la «Kein Respekt vor dem Alter und der Lebenserfahrung» allzu gut – nur kamen sie damals von den Alten. Dass das aber heute ein 25-jähriger HSG-Schnösel einem knapp Dreissigjährigen wie Cédric Wermuth an den Kopf schleudert, ist mehr als peinlich. Tatsächlich droht da Verschnöselung. *Reinald Huwyler, Luzern*

Ein eifriger Schüler

Nr. 48 – «MvH trifft Peter Rothenbühler»; Mark van Huissing im Gespräch mit dem bekannten Journalisten

Sie schreiben, Peter Rothenbühler sei in Pruntrut aufgewachsen. Es ärgert mich, dass überall verschwiegen wird, dass Rothenbühler bis Ende 5. Klasse in die Sekundarschule Frutigen im Berner Oberland gegangen ist. Ich war damals in derselben Klasse und erinnere mich, dass er ein sehr eifriger Schüler war, den es nicht an seinem Platz hielt, sondern der, wenn er die Hand hochhielt, seinen Platz verliess und nach vorne strebte. Sein Vater war Pfarrer in Frutigen. Erst etwa 1958/59 zog die Familie nach Pruntrut. Macht es sich besser, im Jura als im konservativen Oberland aufgewachsen zu sein? *V. Sommer, Kirchlindach*

Mehrheiten gegen Minderheiten

Nr. 48 – «Eine famose Farce»; Urs Paul Engeler über das Völkerrecht

Ich zitiere aus dem Artikel von Herrn Engeler: «Das Völkerrecht ist nicht definiert und nicht verbindlich, sondern ein Mittel der Machtpolitik. In der Schweiz dient es als bequeme Waffe gegen die direkte Demokratie.» Also: Das «Völkerrecht» gibt es nicht! «Dieses <zwingende Völkerrecht> wird nur von einer Minderheit von – meist europäischen – Staaten ernst genommen.» Folglich: Das zwingende Recht, besonders in einem ernstzunehmenden Staat wie der Schweiz (noch) mit Bürgerrechten, ist das eigene Landesrecht.

Bernhard Zueger, Altendorf

Ursprünglich sind direktdemokratische Instrumente wie die Volksinitiative als Schutz und als Korrektiv für Minderheiten eingeführt worden. Nun stehen wir aber in der Schweiz vor einer Sintflut von Initiativen, welche nicht von einer Minderheit, sondern von etablierten Parteien zu strategischen Zwecken lanciert werden. Dies wäre im Prinzip noch kein Problem, wenn durch eine Mehrheitsentscheidung in einer Volksabstimmung garantiert werden könnte, dass Konventionen, die die Schweiz ratifiziert hat (Uno-Pakte I und II, EMRK), nicht tangiert werden würden. Das Völkerrecht bliebe dann tatsächlich eine Farce,

wenn diese ratifizierten Rechte nicht durchgesetzt werden könnten. Dazu brauchte es ein starkes Verfassungsgericht, das verhindert, dass eine Mehrheit sich das Recht nimmt, die Rechte von Minderheiten zu beschränken. Nur weil es Staaten gibt, die nicht beispielhaft agieren, heisst dies noch lange nicht, dass die Schweiz diesen schlechten Beispielen folgen muss! Grundsätzlich sind Menschenrechte nichts Böses, Absurdes oder Bedrohliches – sondern sie sind Platzhalter für Ungerechtigkeiten. *Chantal Schaller, Feuerthalen*

Walesas Halbwahrheiten

Nr. 48 – «Es juckt mich in den Fingern»; Urs Gehrig im Gespräch mit Lech Walesa

An Wille zur Selbstinszenierung und Nonchalance mangelt es Lech Walesa nicht. Mythen, Legenden und Halbwahrheiten prägen sein Bild von sich selbst. Zum Beispiel über seinen «Sprung über die Werftmauer» oder die «Befreiung Polens von der Sowjetarmee». Im ersten Fall wurde er in die Danziger Schiffswerft mit einem Motorboot der Kriegsmarine geschleust. Und dass die Rote Armee Polen verlassen hat, verdankt Polen dem damaligen Premierminister Jan Olszewski, der in dramatischen Verhandlungen mit den Russen einen historischen Vertrag unterzeichnen konnte. Walesa als Präsident hinderte ihn daran enorm. Auch dank Olszewski, der vom Parlament ermächtigt wurde, eine Liste wichtiger Politiker zu erstellen, die mit dem ehemaligen kommunistischen Sicherheitsdienst zusammengearbeitet haben, konnten die Polen über viele «prominente Oppositionelle» die Wahrheit erfahren. Aus den Dokumenten und Zeugenaussagen geht hervor, dass Walesa seit 1970 bezahlter Mitarbeiter im Dienste der Geheimpolizei war. Für die Publikation dieser Fakten rächte er sich, indem er mit dem heutigen Premierminister Donald Tusk und dem vor kurzem verstorbenen Kirchenkritiker Tadeusz Mazowiecki ein Komplott organisierte und die demokratisch berufene Regierung unter Jan Olszewski am 6. Juni 1992 stürzte.

Stanislaw Komorski, Bottmingen

Missachtung des Volkswillens

Nr. 48 – «Staatsstreich der Administration»; Markus Schär über den Umgang des Bundesrates mit Volksinitiativen

Simonetta Sommaruga und ihre Bundesratskollegen missachten den Volkswillen, indem sie mit allerlei Tricks aus der Zauberkiste versuchen, die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative zu verzögern und die Durchsetzungsinitiative für teilweise ungültig zu erklären. Bei den Auszuschaffenden handelt es sich ja schliesslich nicht um Chorknaben, sondern um kriminelle Ausländer, denen Mord, Vergewaltigung, Raub, Diebstahl und andere

schwere Delikte vorgeworfen werden. Selbst wenn diesen in ihren Herkunftsländern ein etwas kühlerer Wind entgegenweht, ist das nicht dramatisch, solange das zwingende Völkerrecht nicht verletzt wird.

Marlisa Schmid, Rebstein

Syndrom «Journi-Geschwurbel»

Nr. 48 – «Die Krankmacher»; Alex Reichmuth über den Boom der Psychotherapien

Der Autor leidet an einem unter Journalisten nicht ganz seltenen Syndrom, dem «Journi-Geschwurbel». Es zeichnet sich dadurch aus, dass die Betroffenen selbstgewählte Thesen mit einer Mischung von Ganz- und Halbwahrheiten, Unterstellungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten von Experten zu «beweisen» versuchen, wobei viele der angeblichen Enthüllungen aus der tiefsten Mottenkiste stammen. Kostproben gefällig? «Psychiatrische Diagnosen sind willkürlich, werden als Machtmittel verwendet und dienen wirtschaftlichen Interessen»; «Gesunde werden in die Psychiatrie eingewiesen und dort erst recht krank gemacht»; «Psychotherapien führen zu Scheidungen, Abhängigkeit und Suizid»; «Hochstapler sind die erfolgreichsten Psychiater, da die richtigen Psychiater ohnehin kränker sind als ihre Patienten». Zur Untermauerung dieser Thesen wird der hochaktuelle Film «One Flew Over the Cuckoo's Nest» angeführt, der vor knapp 40 Jahren Furore gemacht hat. Leider verpasst es Alex Reichmuth, der tatsächlich interessanter Frage nachzugehen, wieso ein offensichtlich zunehmendes Bedürfnis nach psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten besteht. Stattdessen wird auf uralten antipsychiatrischen Klamotten herumgedroschen, dass es staubt. Psychiatrie ist weder reine Wissenschaft noch ausschliessliches Handwerk, sondern im besten Sinne ein «Kunsthandwerk»; das gleiche sollte eigentlich auch für Journalismus gelten.

Dr. med. Franz Caduff,

FMH Psychiatrie/Psychotherapie, Burgdorf

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man von einem Schriftsteller ein Buch ausleihen, das er selbst geschrieben hat?

Oskar Egli, Biel-Benken

Nein. Wenn Sie das Buch wirklich lesen wollen, kaufen Sie sich ein Exemplar oder besorgen Sie es sich in der Bibliothek. So viel Anstand gehört sich. Man verlangt von einer Kuh schliesslich nicht, dass sie auch noch Käse macht.

Sacha Verna

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förllibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förllibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Schönfärber der Zuwanderung

Die Debatte über «Masseneinwanderung» ist lanciert. Bundesrat und Wirtschaft malen die Personenfreizügigkeit in rosigen Farben. Offizielle Zahlen und Fakten freilich trüben die Euphorie.

Von Roger Köppel

Letzte Woche mobilisierte der Bundesrat in Dreierbesetzung gegen die gefürchtete «Masseneinwanderungsinitiative» der SVP. Synchron schaltete die organisierte Schweizer Wirtschaft in geneigten Organen eine erste Staffel grossflächiger Inserate. Darauf erzählen Manager und Unternehmer, warum sie den unbeschränkten Zustrom europäischer Arbeitskräfte in die Schweiz nicht nur für einen Segen, sondern schlicht für eine Lebensnotwendigkeit halten. Eine zweite Botschaft schwingt drohend mit: Würde sich die Schweiz erdreisten, die Zuwanderung zu kappen oder auch nur einzuschränken – die Vergeltung der grossen, bösen Europäischen Union würde den Staatenzwerg in der Mitte des Kontinents zermalmen: Bilateralismus oder Tod.

Halten wir uns an nüchterne Zahlen und Fakten. Wie ist der Stand der Zuwanderung? Stimmt es, dass nur brillant qualifizierte Europäer die porös gewordenen Schweizer Landesgrenzen überschreiten? Wo liegen allenfalls statistisch und faktisch belegbare Unerfreulichkeiten der bilateralen Migration, die vom Bundesrat und den Spitzenverbänden so gespannt einhellig besungen wird? Eine Vorbemerkung: Wir stützen uns in den folgenden Ausführungen ausschliesslich auf offizielle Daten der Bundesämter für Statistik und Migration. Alle Zahlen können dort vom skeptischen Leser überprüft werden.

Rekorde seit 2007

Beginnen wir mit der Bevölkerungsentwicklung. Das Bundesamt für Statistik (BFS) rechnet mit drei Szenarien, einem «hohen», einem «tiefen» und einem «mittleren». Der heutige Stand, Ende Juni 2013, liegt bei 8,09 Millionen Einwohnern und damit bereits Mitte Jahr deutlich über der «mittleren» Prognose des Bundesamts. Alles deutet darauf hin, dass sich die Schweiz bei anhaltenden Zuwanderungstrends im Rahmen des «hohen» Szenarios bewegt. Konkret: Im Jahr 2025 würden bereits 9,173 Millionen Menschen in der Schweiz leben. Die Zehn-Millionen-Marke würde im Jahr 2035 geritzt mit prognostizierten 9,858 Millionen Einwohnern. Nicht die Geburtenraten treiben das Wachstum voran, sondern die Zuwanderung: Zwischen 1980 und 2012 stieg die Zahl der hier lebenden Ausländer um eine knappe Million. Es gab auch 747 000 zusätzliche Schweizer, dies aber nur deshalb, weil seit 1980 insgesamt 771 000 Ausländer eingebürgert wurden.



Mobilisierung: Bundesräte Sommaruga, Berset, Schneider-Ammann (v.l.).

Noch nie sind netto so viel Ausländer eingewandert wie 2008, im Jahr eins nach Einführung der Personenfreizügigkeit: 99 071 lautete der Saldo. Das ist fast so viel wie in den frühen sechziger Jahren, als die ungebremste Zuwanderung den Bundesrat und die Wirtschaftsverbände bewog, Kontingente einzuführen (siehe «Editorial», Seite 7). Seit 2007 wandert pro Jahr mindestens eine Anzahl Ausländer in der Grössenordnung der Stadt Luzern neu in die Schweiz ein, das macht auf zwei Jahre einen Kanton Neuenburg. Und die Zahl steigt wieder: Zwischen August 2012 und August 2013 sind gemäss Bundesamt für Migration 151 539 Ausländer eingewandert und 67 668 Ausländer ausgewandert, das ergibt eine auf bereits wieder 83 871 steigende Nettozuwanderung. Nicht enthalten in dieser Zahl sind Kurzaufenthalter, die weniger lang als zwölf Monate bleiben, Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene.

Zum Vergleich: 1997 betrug die Zuwanderungsbilanz 9022 Personen. Als der Bundesrat am 21. Mai 2000 im Abstimmungsbüchlein die Personenfreizügigkeit anpries, beruhigte er die Leser mit der Fehlprognose, die «Ängste [...], die Einwanderung aus den EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen», seien «nicht begründet». Man rechnete mit maximal 8000 bis 10 000 Zuwanderern pro Jahr und lag um den Faktor zehn daneben.

Natürlich treibt die Zuwanderung die Mietpreise nach oben und die Zersiedelung der Landschaft voran. Strassen und Schienen müssen infolge der Übernutzung teuer ausgebaut werden. Baulandpreise schiessen in die Höhe, die entsprechenden Statistiken sind bekannt. Was allerdings besonders interessiert, sind die Auswirkungen der Zuwanderung auf die Sozialwerke. Anders als in den sechziger Jahren, als sich der Bundesrat zusammen mit der Wirtschaft entschlossen gegen die Zuwanderung stemmte, gibt es heute in der Schweiz einen ausgebauten Sozialstaat.

Es heisst, niemand könne ohne Stelle in die Schweiz einreisen. Das ist falsch. Kürzlich reichte SVP-Nationalrätin Sylvia Flückiger eine Interpellation ein, um herauszufinden, wie viel EU-Bürger ohne Stelle in die Schweiz kommen und ob die Schweiz diesen stellenlosen EU-Bürgern, die mit der ganzen Familie einreisen und sechs Monate suchen dürfen, bereits Sozialleistungen zur Verfügung stelle. Tatsache ist: Die Zahl der stellenlosen Zuwanderer aus der EU stieg zwischen 2010 und 2012 von 2876 auf 4080. Ende dieses Jahres werden es 4857 Personen sein. Der Bundesrat gab zu, dass diesen Zuwanderern, unter denen die Portugiesen den grössten Anteil ausmachen (36 Prozent), Sozial- und Nothilfe gewährt werden könne, exakte Zahlen blieb er schuldig.

Eine direkte Zuwanderung in den Sozialstaat findet statt.

Und auch eine indirekte, allerdings, und zwar massiv: Der Ausländeranteil an der Bevölkerung beträgt rund 23 Prozent, der Anteil der Ausländer bei den registrierten Arbeitslosen liegt bei 44,6 Prozent (September 2013), ist also rund doppelt so hoch. Bei den IV-Renten sind anteilmässig 46,2 Prozent Ausländer (2012), bei der Sozialhilfe weist die Statistik einen Anteil von 45,4 Prozent Ausländern aus. Sobald ein EU-Bürger auch nur einen Tag in der Schweiz und vorher während zwölf Monaten irgendwann in der EU gearbeitet hat, hat er Anspruch auf die volle Leistung der Arbeitslosenversicherung. Ein Eldorado.

Hauswarte und Küchenpersonal

Hat die Personenfreizügigkeit vorwiegend Hochqualifizierte gebracht? Die Migrationsstatistik von 2012 ist erhellend: 22,8 Prozent der Europäer kamen durch «Familiennachzug» in die Schweiz, dann folgen mit 9,3 Prozent «nicht bestimmbar Berufe». Nur 4,1 Prozent «Unternehmer und Direktoren» waren dabei, dafür je 2,9 Prozent Küchen- und Servicepersonal sowie 1,5 Prozent Hauswarte. Noch weniger zahlreich kamen europäische Ärzte (1,4 Prozent), am Schluss finden sich die Krankenschwestern mit 1,3 Prozent. Schlechter Qualifizierte haben ein grosses Risiko, arbeitslos zu werden. Anders als früher, als sie keine Sozialleistungen bezogen (weil es keine gab) und nach Hause gingen, bleiben sie heute in der Schweiz und belasten die öffentlichen Kassen.

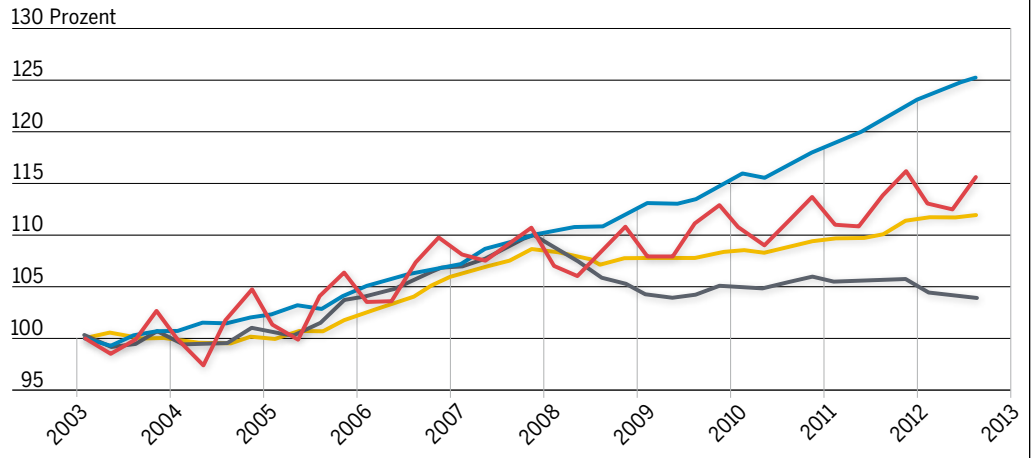
Blieben wir beim angeblichen Jobwunder, das die Personenfreizügigkeit der Schweiz beschert haben soll. Tatsache ist: Im produktiven industriellen Sektor gehen die Beschäftigtenzahlen seit 2008 zurück, neuerdings auch bei den privaten Dienstleistern, zum Beispiel im Kredit- und Versicherungsgewerbe (minus 0,7 Prozent im 3. Quartal 2013). Die grosse Wachstums-«Branche» ist das staatliche Gesundheits- und Bildungswesen. Vor allem der Staat saugt die bilateralen Europäer ab, seit 2000 wurden rund 25 Prozent neue Stellen geschaffen, auch nach den jüngsten Statistiken legen Gesundheit (plus 2,3 Prozent) und Bildungswesen (plus 3,7 Prozent) zu. Während die produktive Wirtschaft Stellen abbaut, berauschen sich Bundesrat und Wirtschaftsverbände an einem künstlichen Stellenboom auf Kosten der öffentlichen Hand.

Der freie Personenverkehr, die Abschaffung der Grenzen im Gefolge des Schengen-Vertrags, das neue Asylregime von Dublin haben die Schweiz durchlässiger gemacht für Zuwanderer aller Art. Dass darunter auch Kriminelle die Segnungen eines wohlhabenden Kleinstaats in Anspruch nehmen wollen, versteht sich. Der Ausländeranteil bei verurteilten Erwachsenen betrug 1984 rund 30 Prozent. Im Jahr 2012 betrug er 58 Prozent, die erst kürz-

Einwanderung in die Schweiz

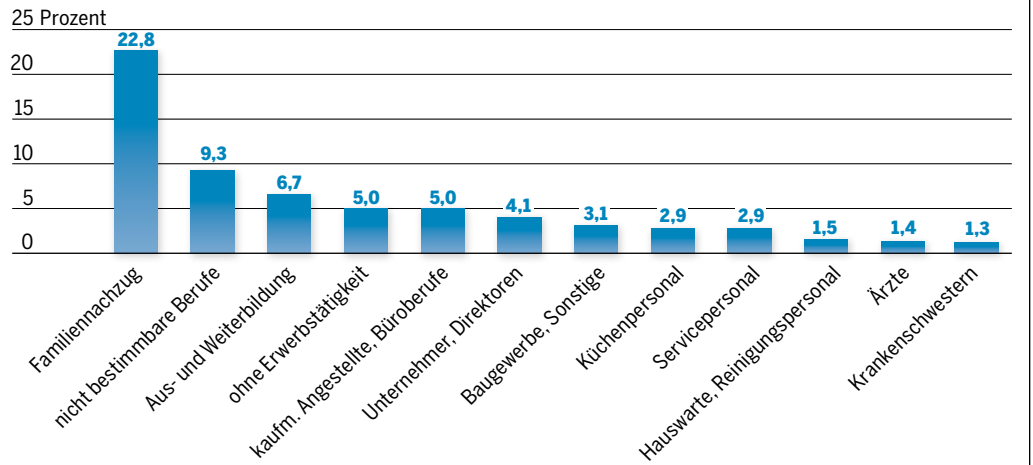
Anzahl neuer Stellen in Prozent, von 2003 bis 2013

■ Industrie (ohne Bau) ■ Bau ■ Dienstleistung (ex ÖGSB) ■ ÖGSB

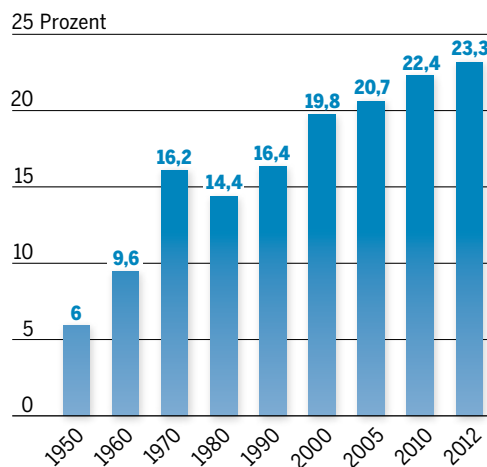


Jobwunder? Der öffentliche Sektor (blaue Kurve) schuf am meisten Stellen.

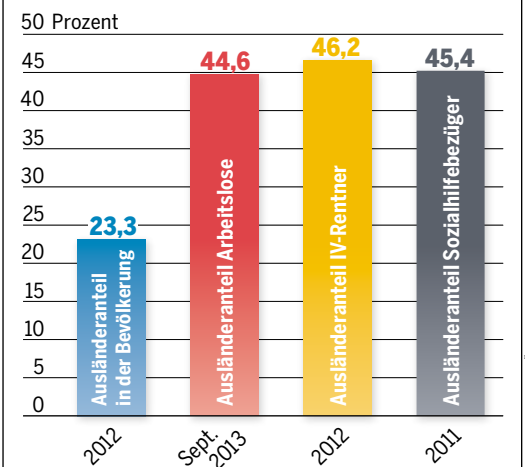
Zuwanderung aus der EU im Jahr 2012



Ausländeranteil in der Schweiz, 1950 bis 2012



Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken



Segnungen eines wohlhabenden Kleinstaats: brisante aktuelle Zahlen.

lich Eingebürgerten nicht eingerechnet. Brisant sind die Zahlen im Asylbereich: Obschon der Anteil der Asylsuchenden nur 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, sind Asylsuchende bei 12,6 Prozent aller in der Schweiz begangenen Straftaten beteiligt (2012).

Dieser Streifzug durch die Zahlen belegt, dass die Zuwanderungseuphoriker eine allzu

rosige Bilanz abliefern. Natürlich bleibt die Schweiz auf offene Arbeitsmärkte und qualifizierte Zuwanderung nach Mass angewiesen. Zu viel und unkontrollierte Einwanderung allerdings plündert den Sozialstaat und produziert Überregulierung und Unmut bis hin zu Fremdenhass. Vor allem das kann sich die Schweiz nicht leisten.

«Das ist Grössenwahn»

SVP-Nationalrat Christoph Blocher prophezeit der Schweiz massive Wohlstandsverluste und soziales Unheil, wenn die Personenfreizügigkeit nicht beschränkt werde. Den Vorwurf, er mache die Schweiz kaputt, schiebt er an seine Kritiker zurück. *Von Roger Köppel und Jorma Müller (Bild)*

Herr Blocher, was ist das Grundproblem der Personenfreizügigkeit – ein paar überfüllte Züge und Staus auf den Strassen kann es ja nicht sein?

Der grosse liberale Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman sagte: Freihandel schafft Wohlstand. Dann präzisierte er, fast alles könne man dem Freihandel, also dem Freizügigkeitsprinzip, unterstellen, nur zwei Dinge nicht: Kapital und Personen. Das könne kein Land tragen! Jetzt glaubt die wohlhabende Acht-Millionen-Schweiz, dass sie ihren Arbeitsmarkt 500 Millionen Europäern gleichberechtigt zur Verfügung stellen kann. Das ist Grössenwahn.

Was soll so falsch daran sein?

Die Schweiz hat sich einen der höchsten Lebensstandards erarbeitet. Es ist verständlich, dass fremde Menschen in dieses Land des höchsten Wohlstands einreisen, um davon zu profitieren. Weil diese Ausländer den Schweizern völlig gleichgestellt sind und damit Anrecht auf alle Sozialleistungen haben, ist der Anreiz für die Zuwanderung enorm – wie in keinem andern Land. Während noch in den guten Jahren 2000 bis 2005 pro Jahr im Durchschnitt etwas über 40 000 Personen zugewandert sind (Einreisende minus Ausreisende), reisen seit der vollen Öffnung pro Jahr zirka 80 000 ein – also jährlich eine Stadt in der Grösse von Luzern oder, in fünf Jahren, eine Stadt in der Grösse von Zürich! All das zieht unglaubliche Staatsausgaben nach sich. Strassen, Schulhäuser, Spitäler, öffentliche Verkehrslinien müssen gebaut und unterhalten werden. Zudem hat sich die Zahl der Grenzgänger in fünfzehn Jahren mehr als verdoppelt. Von den Scheinfirmen aus der EU nicht zu reden! Um damit fertig zu werden, müssen in Zukunft Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht werden. Die Sozial- und Fürsorgeausgaben steigen beängstigend. Dadurch steigen die Mieten. Kulturland wird verbaut, Unsicherheit und Kriminalität nehmen zu. Die Schweiz verliert ihre Eigenheiten. All das zeichnet sich bereits ab. Aber statt zu bremsen, will man in Bern die Personenfreizügigkeit noch ausbauen. Wollen wir wirklich die Schweiz ruinieren?

Ruinieren? Die Schweiz, sagen die Befürworter der Personenfreizügigkeit, habe seit deren Einführung eine Blüte erlebt.



«Die Zuwanderung ist masslos, und diese Masslosigkeit schadet»: Unternehmer Blocher.

Der Schweiz geht es heute besser, weil sie nicht Mitglied der EU ist. Die Masslosigkeit bei der Zuwanderung brachte es aber mit sich, dass diese – wie das auch die ETH-Studie 2012 wieder bestätigt – den einzelnen Menschen im Land praktisch keinen Nutzen eintrug. Und die Produktivitätsentwicklung wurde negativ beeinflusst. Das ist gefährlich. Diese Zuwanderer werden bleiben, auch wenn sie arbeitslos sind.

Warum?

Weil ein EU-Ausländer hier schon nach lediglich einem Monat Arbeit bei Arbeitslosigkeit die weit über dem Ausland liegenden Leistungen unserer Sozialwerke beanspruchen kann. Und diese Regelung wird sich von Jahr zu Jahr stärker bemerkbar machen.

Aber die Personenfreizügigkeit brachte reale Wohlstandsgewinne, das können Sie nicht bestreiten.

Für den einzelnen Menschen kaum – nur für das gesamte Bruttoinlandprodukt. Die notwendigen Arbeitskräfte hätten wir auch ohne Freizügigkeit bekommen.

Nützt es nichts, so schadet es nichts.

Doch! Allmählich realisieren die Leute, dass sie mit der Personenfreizügigkeit nicht reicher, sondern schlussendlich ärmer werden. Die Wirtschaft legt zu, aber der Nutzen für den Einzelnen wird kleiner. Das ist keine gute Wirtschaftspolitik. Grossbritanniens Premierminister David Cameron spricht mit Blick auf die Personenfreizügigkeit bereits von «Sozialtourismus».

Sie dramatisieren. Die Wirtschaft stellt doch nicht einfach beliebig Leute an. Die Wirtschaft ist sparsam und letztlich ein gutes Kontrollinstrument gegen ungebremste Zuwanderung.

Die Wirtschaft war immer auf gute Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen und erhielt diese auch vor der Personenfreizügigkeit mit der EU! Bis in die sechziger Jahre hatte die Schweiz die Personenfreizügigkeit. Auch damals drohte die Zuwanderung zu überborden. Deshalb erliessen die damals weitblickenden Industriellen Begrenzungen, die der Bundesrat 1965 für das ganze Land in Kraft setzte. Diese Begrenzungen (Restriktionen beim Familiennachzug, Aufenthaltsdauer, Höchstzahlen in Boomjahren, Vorrang der Schweizer) wurden ab 2007 ausser Kraft gesetzt. Mit erneutem Beginn des freien Personenverkehrs wurde die Begrenzung aufgehoben.

Dies müsste sich doch aber schon heute in den Rechnungen niederschlagen.

Das tut es bereits. Die Katastrophe wird aber noch folgen. Bereits heute, nach fünf Jahren freiem Personenverkehr, steigen

die Sozial- und Fürsorgeausgaben bedenklich an. Bei einem Ausländeranteil von 23,3 Prozent liegt der Anteil der Ausländer bei den Arbeitslosen Ende 2013 bei rund 45 Prozent; der Ausländeranteil bei den IV-Rentnern bei 46 Prozent, bei den Sozialhilfebezüglern bei 45 Prozent. Für die Arbeitslosenversicherung mussten wir bereits die Beiträge erhöhen, obwohl Hochkonjunktur herrscht. Die Zuwanderung ist masslos, und diese Masslosigkeit schadet.

Wieso waren Sie denn damals für die Einführung der Personenfreizügigkeit? Sie haben als Bundesrat gesagt, man müsse dieses Experiment wagen.

Ich war von allem Anfang an gegen die Personenfreizügigkeit. Dann musste ich gegen meine Meinung den Gesamtbundesrat vertreten. Übrigens hat das Volk damals zugestimmt, weil der Bundesrat versprochen hat, es würden nicht mehr als 8000 Personen (Einwanderer minus Auswanderer) zuwandern. Seit der Öffnung 2007 kommen jedes Jahr 80 000, also zehnmal mehr!

Was ist Ihr Worst-Case-Szenario, wenn die Zuwanderung weitergeht wie bisher?

Spätestens in der nächsten Rezession, die bestimmt kommt, werden wir eine enorme Arbeitslosigkeit bekommen, und zwar nicht

«Bis in die sechziger Jahre hatte die Schweiz die Personenfreizügigkeit.»

nur bei Ausländern, sondern auch bei Schweizern, dort namentlich bei den über Fünfzigjährigen. Diese werden ersetzt werden durch neue, billigere, junge Arbeitskräfte aus dem Ausland. Das wird zu grossen sozialen Spannungen führen. Handeln muss man vorher. Also jetzt.

In der Krise wird die Zuwanderung doch zurückgehen.

Gemäss unserer Volksinitiative gilt wie vor der Einführung der Personenfreizügigkeit der Grundsatz des Vorrangs des Schweizer. Heute gilt der Vorrang der Europäer. Sogar in den Krisenjahren 2009/2010 sind fast 70 000 Personen mehr ein- als ausgewandert. Die Schweiz wird auch in der Rezession attraktiv bleiben, weil das Wohlstandsgefälle gegenüber der EU so gross ist.

Alle Ihre Gegner behaupten vehement das Gegenteil, FDP, CVP, die grossen Wirtschaftsverbände, sogar viele Unternehmer. Sie sagen: «Ohne Stelle kommt niemand in die Schweiz.» Alles Geisterfahrer?

Gemäss Abkommen mit der EU kann jeder ohne Stelle einwandern, um eine Stelle zu suchen. Jeder kann einreisen und sich bis zu sechs Monate lang nach einer Stelle umsehen. Findet der EU-Bürger eine Stelle und verliert diese nach wenigen Monaten, kommt er in

die Arbeitslosenversicherung, und die Schweiz ist während mindestens fünf Jahren sozial- und fürsorgepflichtig. Ich verstehe, dass man als Manager für die Personenfreizügigkeit sein kann. Aber weitblickend ist das nicht. Der Staat ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Wohlfahrt bleibt, und darf nicht einfach Wachstum fördern.

Nun will die SVP zurück zu einem System der Kontingente. Ausgerechnet die staats-skeptische SVP verlangt, dass staatliche Bürokraten den Arbeitsmarkt steuern. Das birgt ausserdem ein enormes Risiko der Politisierung. Beispiel: Ein Unternehmen will einen Genforscher, doch die Politik findet Genforschung schlecht und verbietet die Einreise, stattdessen dürfen Legionen von Solarenergie-Experten einreisen.

Die SVP ist für ein freiheitliches System. Aber wie Friedman betont, kann man Personen nicht dem freien Handel unterstellen. Die Volksinitiative empfiehlt ein Beschränkungssystem, das bis 2007 einigermaßen funktionierte. Seit der Personenfreizügigkeit wird zudem eine grosse Stärke der Schweizer Wirtschaft – nämlich der freie Arbeitsmarkt – mit den flankierenden Massnahmen zunehmend unterwandert.

Mit einer Bürokratie der Kontingente soll alles besser werden?

Die Bürokratie wird kleiner. Dieses Beschränkungssystem gilt übrigens heute in der Schweiz auch gegenüber allen Arbeitskräften von ausserhalb der EU. Es funktioniert gut, wie mir neulich auch Vertreter der Pharmaindustrie, die viele Hochqualifizierte aus Amerika und Asien braucht, bestätigt haben. Natürlich muss es sinnvoll gehandhabt werden. Die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung gibt dem Staat die Möglichkeit, es für die Schweiz richtig zu machen.

Wollen Sie die Zuwanderung auf null setzen?

Nein. Aber in schlechten Jahren dürfte es nach der Annahme der Volksinitiative dazu kommen. Das ist auch gut so. Die Zuwanderung dürfte auch einmal negativ sein. Die SVP verlangt, dass der Bundesrat den betreffenden Vertrag mit der EU neu aushandelt, weil wir uns zu viel zugemutet haben.

Die Amerikaner haben es geschafft, die Personenfreizügigkeit zu meistern. Sie drücken bei den illegalen Mexikanern beide Augen zu, alle Hochqualifizierten bekommen Arbeitsbewilligungen, gleichzeitig hat man einen schwachen Sozialstaat. Warum soll sich die Schweiz nicht amerikanisieren?

Sie glauben doch nicht, dass man in der Schweiz viel kleinere und kürzere Arbeitslosenentschädigungen, schlechtere Krankenkassen, eine schlechtere IV, eine kleinere AHV et cetera, et cetera einführt beziehungsweise die zweite Säule und die Fürsorge-

pflicht streicht! Der Schweizer ist doch nicht bereit, seinen Lebensstandard zu senken, nur um Ausländer abzuhalten. Übrigens: Seit der Personenfreizügigkeit wurde der Sozialstaat noch ausgebaut, nicht abgebaut.

Mit Ihrer Initiative riskieren Sie, dass die EU alle bilateralen Verträge mit der Schweiz kündigt. Dies setzt unser Land unabsehbaren Risiken aus.

Welchen Risiken? Freihandelsverträge haben wir, das ist entscheidend und genügt. Die EU wird die bilateralen Verträge nicht kündigen. Diese sind alle in ihrem eigenen Interesse. Kein Staat handelt gegen die eigenen Interessen. (Das macht höchstens die Schweiz.) Die Arbeitskräfte kommen auch ohne Personenfreizügigkeit in die Schweiz.

Und wenn die EU die sieben Verträge ausser Kraft setzt?

Da müsste jeder einzelne der 27 EU-Mitgliedstaaten zuerst der Kündigung zustimmen. Wie sollten Italien, die Niederlande oder Deutschland beispielsweise den für sie sehr vorteilhaften Transitverkehrsvertrag aufheben? Nochmals: Kein Staat handelt gegen seine Interessen.

Nationalbank-Präsident Jordan warnte, die EU bleibe ein enorm wichtiger Absatzmarkt für die Schweiz, man dürfe hier keine Risiken eingehen.

Er hat recht. Eine Neuverhandlung ist aber kein Risiko. Zudem: Die EU verkauft der Schweiz mehr als umgekehrt. Wird die EU einen ihrer besten Käufer einfach so fallen lassen?

Schauen wir uns die Realpolitik an: Mit Ihrer Initiative treiben Sie die bürgerliche Mitte in die Hände der Linken, die dann weitere flankierende Massnahmen zum Schaden der Schweiz einführen kann. Die SVP mache die Schweiz kaputt, sagen zornig Ihre Gegner.

Ich bedaure, dass nach der EWR/EU-Abstimmung von 1992 die bürgerliche Seite auseinandergebrochen ist. Die «bürgerliche» Mitte ist stark nach links gerutscht. Sie stimmt in den grundsätzlichen Fragen von Unabhängigkeit und Neutralität – mit den europhilen Linken und mit der internationalistischen Verwaltung. Sie nickt fast jede Steuererhöhung ab – so war es mit der Autobahnvignette, und am 9. Februar soll zudem über die sogenannte Fabi-Vorlage abgestimmt werden, mit der die Mehrwertsteuer erneut erhöht und die Pendlerabzüge reduziert werden sollen. Die SVP ist wieder die einzige Partei, die sich gegen diese Steuererhöhung wehrt. Solche Sachen machen die Schweiz kaputt. CVP und FDP haben sich leider für eine Zukunft mit den Linken entschieden. Wir können uns doch deswegen nicht für eine

zubetonierte, überfüllte Schweiz, in der die Menschen immer ärmer werden, entscheiden. Es ist wieder wie bei der EWR/EU-Abstimmung vom 6. Dezember 1992. Auch damals behaupteten die gleichen Kreise, die Schweiz gehe kaputt, wenn sie nicht dem EWR beziehungsweise der EU beitrete. Am Abstimmungsabend sagte Bundesrat Delamuraz: «Die Schweiz ist verloren, die Zukunft gehört der europäischen Jugend!» Heute herrscht bei den Schweizer Jugendlichen praktisch Vollbeschäftigung, während es in den EU-Ländern eine Jugendarbeitslosigkeit bis gegen 60 Prozent gibt – nicht zuletzt wegen der Fehlkonstruktion EU. Die Elite hat sich damals verschätzt, weil sie nicht über die eigene Nasenspitze hinaussah. So ist es auch heute wieder.

Sie behaupten unterschwellig, das politische und wirtschaftliche Establishment treibe die Schweiz heimlich in die EU. Warum sollen sich die Unternehmen freiwillig für dieses regulatorische, wirtschaftlich angeschlagene Monstrum Europa einsetzen? Die haben doch keinerlei Motiv.

Die Manager der ganz grossen Unternehmen treiben diesen heimlichen Beitritt zusammen mit der Bundesverwaltung voran.

«In der Politik gilt: «Wer den Dampf nicht erträgt, soll nicht in die Küche gehen.»»

Diesen Unternehmen ist die direktdemokratische Schweiz, wo die Bürger – der Souverän – die höchste Macht haben, lästig. Die EU-Bürokratie gleicht einem Basar, wo die Grossen um Vorrechte feilschen. Hier können die Grossunternehmen ihre Interessen besser durchsetzen. Das Volk kommt ihnen dort nicht in die Quere. In der Schweiz diskutiert das Volk sogar über die Saläre der Spitzenkräfte. Das ist nicht angenehm. Deshalb versucht man die Volksrechte zu schmälern. Viele Spitzenmanager kennen Freiheit und Souveränität nur noch, wenn es um ihre Saläre geht. Die Schweiz als solche ist ihnen zweitrangig. Aber die SVP kämpft für eine unabhängige Schweiz und weiss, dass nur die Unabhängigkeit Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sichern kann.

Über der EU-Frage spaltet sich das bürgerliche Lager. Die Linke profitiert. Was kann die SVP tun, um die Bürgerlichen wieder zu versöhnen?

Die Wahrung der Unabhängigkeit – die Tatsache, dass die Schweiz selbst bestimmen kann, also weder fremdes Recht noch fremde Richter akzeptiert – ist der entscheidendste Erfolgsfaktor für das Land. Darauf sollten sich die Bürgerlichen einigen können. Dass die Linke in die EU will – sie war von jeher internationalistisch –, ist klar. Die Mitte

muss sich entscheiden. Heute geht sie in dieser Frage mit den Sozialisten, den Beamten des Aussendepartements und den Wirtschaftsbürokraten einig. Auch ich bedaure, dass wir statt einer bürgerlichen Politik eine Mitte-links-Mehrheit haben.

Was aber kann die SVP tun, um die bürgerlichen Reihen zu schliessen?

Es wurde uns der Stil vorgeworfen. Die SVP hat diesen als grösste Partei sehr gemässigt. Die zunehmende Linkspolitik brachte der CVP und der FDP Wahlverluste. Dafür kann die SVP die Verantwortung nicht übernehmen. Bei den Freisinnigen sind Zeichen der Selbsterkenntnis glücklicherweise vorhanden.

Haben Sie die FDP nicht zu sehr ins Lächerliche gezogen?

Vergleichen Sie diese Kritik mit all den Verunglimpfungen gegen die SVP und namentlich gegen mich selbst! Da ist unsere Kritik geradezu liebevoll. In der Politik gilt: «Wer den Dampf nicht erträgt, soll nicht in die Küche gehen.» Es geht doch um substantielle Fragen: Steht man zur Unabhängigkeit der Schweiz, ja oder nein? Stehen wir für die Sicherheit der Schweiz ein – ja oder nein? Ist man als Wirtschaftspartei für Steuerensenkungen oder eben nicht? Hier haben sich die CVP und die FDP und die neuen kleinen Mitteparteien BDP und Grünliberale zu entscheiden. Die FDP weigerte sich bei den letzten Wahlen, mit der SVP eine Listenverbindung einzugehen. Dadurch verloren FDP und SVP zusammen vier Sitze! Sie werden nun von der Linken besetzt, was im Parlament je nach Abstimmung acht Stimmen Differenz ausmacht. Kann man so kopflos sein?

Sie sind für viele Freisinnige ein rotes Tuch. Würden Sie den Weg frei machen, wenn die FDP dadurch der SVP entgegenkäme?

Sollten FDP und CVP in diesen wesentlichen Fragen einlenken, aber mit Überzeugung, wäre der Rücktritt Blochers eine denkbare Variante.

Sie bieten hier offiziell Ihren Rücktritt an?

Wenn es mich nicht mehr braucht, dann gehe ich gerne! Aber nur, wenn es zu einer Phalanx für Unabhängigkeit, Sicherheit, Freiheit kommt. Ich warte schon lange, dass ich nicht mehr nötig bin!

Zurück zur Kernfrage: Wie viel Zuwanderung erträgt die Schweiz pro Jahr?

Das kann man so nicht sagen.

Gibt es eine oberste Bevölkerungsgrenze?

Nein. Das muss sich aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Ohne Freizügigkeit passt sich die Zuwanderung dem an. Es gilt, Mass zu halten. Denn Masslosigkeit schadet allen Gebieten – nicht nur der Wohlfahrt, sondern auch der Kultur, der Natur, der Schönheit unseres Landes, der Lebensqualität. ○

Mehr Geld für Rinder

Normalerweise fordern rechte Politiker tiefere Politikerlöhne. Nicht so im Kanton Bern. Hier setzen SVP, BDP und FDP für sich selbst eine 50-prozentige Lohnerhöhung durch. Die Bürgerlichen erweisen sich als Subventionsspezialisten – fürs eigene Portemonnaie. *Von Roland Näf*

Monsterdebatte im Berner Kantonsparlament. 400 Millionen Franken sollen gespart werden – insbesondere bei pflegebedürftigen älteren Menschen und in der Bildung. Da passt es schlecht, dass sich der Grossrat den Grundlohn von 16 000 auf 23 500 Franken pro Jahr erhöhen will, wobei gut und gerne noch ein paar Tausender für Kommissionsarbeit hinzukommen. Gleich zu Beginn fordert deshalb die SP, auch bei sich selbst zu sparen. Trotzig verteidigt der ehemalige SVP-Landwirt und heutige BDP-Präsident Heinz Siegenthaler seine fast 50-prozentige Lohnerhöhung: «Wer anderer Meinung ist, kann mich ja abwählen.» Die BDP-Kollegen folgen geschlossen. Mit grossen Mehrheiten aus SVP und FDP wird die SP-Forderung gebodigt.

Woher die Schamlosigkeit der Berner Bürgerlichen? Und was ist mit uns Sozis los? Haben wir uns nicht immer für gute Löhne starkgemacht?

Zuerst zum eigenen Lager: SP-Leute warnen immer wieder davor, die Parlamentssitze Lobbyisten zu überlassen. Diese vertreten ihre Organisation beruflich und werden so auch für die Arbeit als Politiker bezahlt, ihre Unabhängigkeit leidet arg darunter. Andere verzichten auf eine Kandidatur, weil die finanziellen Einbussen zu gross sind. So erstaunt es nicht, dass im Berner Rathaus viele Rentner sitzen. Grundsätzlich wäre somit eine angemessene Entschädigung zu begrüssen.

Trotzdem hat die SP-Fraktion jetzt den Antrag gestellt, auf die im Juni beschlossene Erhöhung der Grossratsentschädigungen zu verzichten. Dies, nachdem die Bürgerlichen den Sparhammer bei den Schwächsten niedersausen liessen: 12 000 Franken im Jahr seien zu viel für Sozialhilfebezüger, die Unterstützung sei um 10 Prozent zu kürzen, hiess es. Anders sah es FDP-Fraktionspräsident Adrian Haas beim eigenen Grossratslohn: «30 000 Franken für ein 30-Prozent-Pensum sind nicht übertrieben.»

Gekürzt wird, wo die Kosten hoch sind: bei Pflegebedürftigen, psychisch Kranken, Behinderten, Sozialhilfebezügern, Schulkindern. Vor dem Hintergrund dieses Abbaus bei den Schwächsten war für die SP ein Ja zu höheren Sitzungsgeldern nicht mehr vertretbar.

Wenig Bedenken gab es bei SVP, BDP und FDP. Zuerst ein Ja zu höheren Sitzungsgeldern. So stimmte auch der Alt beziehungsweise Kurz-Nationalrat Thomas Fuchs (SVP), Geschäftsführer vom Bund der Steuerzahler, für höhere Sitzungsgelder. Mit Applaus seiner

Mitglieder kann er nicht rechnen. Brisant war die Zustimmung des SVP-Fraktionspräsidenten Peter Brand, nachdem er kurz zuvor in den Saal gerufen hatte, es bestehe «kein Problem bei den Einnahmen, sondern bei den Ausgaben». Was kaum einer seiner bäuerlichen Parteikollegen weiss: Brands steuerbares Einkommen lag 2009 bei 300 000 Franken. Etwas vorsichtiger agierte SVP-Kollege Andreas Blank, auch er Notar. Er äusserte sich zwar nicht, lehnte aber einen höheren Grossratslohn ab. Hat er auch nicht nötig mit den zahlreichen Verwaltungsratsmandaten und einem steuerbaren Jahreseinkommen von 423 000 Franken.

Etwas schlechter sieht es übrigens bei seinem steuerbaren Vermögen aus, trotz imposantem Einkommen sind bis 2011 nur 186 000 Franken zusammengekommen.

Tiefer Graben in der SVP

Die Unterschiede in der Berner SVP-Grossratsfraktion erklären den Griff in die Berner Staatskasse. Eine der wichtigsten Gruppen im Berner Kantonsparlament sind die Notare von BDP und SVP. Bis heute haben sie es geschafft, die massiv überhöhten Notariatstarife zu bewahren (bei einem Hausverkauf kassiert ein Berner Notar fast fünfmal mehr als sein Zürcher Kollege).



«Kein Problem»: SVP-Fraktionspräsident Brand.



Trotzig: BDP-Präsident Siegenthaler.

Noch mächtiger aber ist eine andere Berufsgruppe. Von den 69 Sitzen, die SVP und BDP zusammen haben, werden 32 von Landwirtschaftsvertretern besetzt – kein Wunder, dass im Berner Rathaus das Bäuerlich-Behäbige dominiert. Für Notare, Fürsprecher und Banker hat das Sitzungsgeld Trinkgeldcharakter. Die bäuerlichen Grossräte aber haben finanziell zu kämpfen. Sie sind auf den Politikerlohn angewiesen. Ihr Ja zu mehr Sitzungsgeld war ein Entscheid aus der persönlichen Situation heraus.

Vor diesem Hintergrund wird auch klar, warum die Zürcher SVP-Strategen es mit ihren Berner Kollegen schwer haben. Die Berner Rechte bleibt staatsnah, solange es um Landwirtschaft und die eigene Tasche geht. Ein Beispiel: Ein weiterer SP-Sparantrag forderte, Viehschauen nicht mehr zu subventionieren. Bei den Kühen wollte die Berner Rechte nichts von Abbau wissen.

Fazit aus Bern: Die einst staatstragenden Rechten profilieren sich weiterhin als Subventionsspezialisten und bildungsferne Verhinderer eines wirtschaftlich starken Kantons. Es bleibt dabei: Lieber mehr Geld für Rinder statt für Kinder.

Roland Näf ist Grossrat und Präsident der SP Kanton Bern. Er ist Schulleiter und lebt in Muri bei Bern.



Wenig Bedenken: SVP-Politiker Fuchs.



«Nicht übertrieben»: FDP-Grossrat Haas.

Alles nach Plan

Ob bei der Altersvorsorge oder im Gesundheitswesen: Bundesrat Alain Berset glaubt an den Staat, nicht an den Markt. Seine ehrgeizigen Pläne setzt er als überlegener Stratege und Taktierer gegen seine Widersacher im Parlament und in den Verbänden durch. *Von Markus Schär*

Die Augen blitzen, die Mundwinkel zucken. «Das ist wirklich eine ganz besondere Frage», höhnt Bundesrat Berset, «aber alles ist erlaubt.» Dabei hat sich der Journalist der *Basler Zeitung* in der Medienkonferenz nur harmlos erkundigt: Der Sozialminister muss im Namen des Bundesrates die Volksinitiative der SP für eine staatliche Krankenkasse bekämpfen, sein persönlicher Mitarbeiter Thomas Christen aber gehört dem Initiativkomitee an – wie geht das vertraute Duo mit diesem Dilemma um?

Das Dauerlächeln des Bundesrates gerät aus den Fugen, weil die Frage einen wunden Punkt trifft: Die Frage der Einheitskasse ist die einzige schwere Niederlage von Alain Berset in seinen zwei Jahren in der Landesregierung. Nächsten Montag behandelt der Ständerat die Initiative, und er dürfte sie noch deutlicher ablehnen als seine Kommission, die sich mit 7 zu 4 Stimmen dagegen aussprach. Danach geht das Geschäft in den Nationalrat und kommt wohl noch 2014 vors Volk, das vor nur sechs Jahren schon eine Initiative für eine Einheitskasse mit 71 Prozent Nein abschmetterte. Dies aber wollte der Gesundheitsminister gerade verhindern.

«Alle latschen mit»

Der sozialdemokratische Senkrechtstarter könnte entspannt mit dieser Niederlage umgehen, denn sonst läuft alles nach Plan – und für den Plan. Alain Berset, sein Parteipräsident Christian Levrat und sein Rivale ums Bundesratsamt, der Waadtländer Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard, sowie dessen Berater, Nationalrat Jean-François Steiert, haben eine erklärte Absicht: Die Führungsriege des Parti socialiste suisse mit drei Freiburgern will möglichst viele Bereiche der Wirtschaft dem Markt entziehen.

Eigentlich sah sich Alain Berset – bei seiner Wahl in den Bundesrat mit 39 schon ein Elder Statesman mit perfekten Manieren und diplomatischem Flair – als Aussenminister. Aber er zog nach der Flucht des Freisinnigen Didier Burkhalter willig ins Innendepartement ein, auf der Mission, die er zusammen mit seinem Freund Levrat schon 2007 in einem Buch vorgab: «Changer d'ère» (Vor einer neuen Ära). Und er baute das Sozialministerium um, zurück zur sozialdemokratischen Burg von Bundesrätin Ruth Dreifuss.

Dem Politologen mit Lizentiat und Ökonomen mit Dokortitel fehlt das Fachwissen seiner Vorgängerin, die vor ihrer Wahl als Sozial-

versicherungsexpertin für die Gewerkschaften kämpfte. «Es gibt einen Politiker im Departement», dekretierte Alain Berset aber bei Amtsantritt: «Das bin ich.» Für das Fachwissen holte er linientreue Experten in die Bundesämter, über die Politik herrscht er mit seinem Stab.

Im Bundesamt für Sozialversicherungen beigt jetzt wieder Jürg Brechbühl die Zahlen, der schon unter Ruth Dreifuss als «heimlicher BSV-Chef mit heissem Draht zur Bundesrätin» (*Facts*) galt. Der liberale Vizedirektor Martin Kaiser ging Ende 2012 ab, für die gesamte Altersvorsorge, also für AHV und Pensionskassen zusammen, schaut jetzt Colette Nova, einst Nachfolgerin von Dreifuss beim Gewerkschaftsbund. Und IV-Chef Stefan Ritter hält sich, weil sich der einzige Politiker im Departement kaum um die angeschlagene Invalidenversicherung kümmert. Direktor Brechbühl geniesst in den Fachkreisen einen ausgezeichneten Ruf – aber das ist gerade das Problem: Der Experte neigt zum Einzelkampf, vernachlässigt die Führung und überfordert damit seine Kräfte. «Ausser ihm», stellt ein Insider fest, «gibt es niemanden mehr in diesem Amt.»

Und im Bundesamt für Gesundheit sieht sich Direktor Pascal Strupler, den noch Bundesrat Couchepin (FDP) mit dem Amt belohnte, von Genossen umzingelt. Auch hier ging der bürgerliche Vizedirektor Andreas Faller schon vor einem Jahr ab. Für ihn kam der linke Ökonom Oliver Peters, der zuvor die Gewerkschaft Unia sowie den Waadtländer Gesundheitsdirektor Maillard beriet und als dessen Statthal-

Er beherrsche dieses Spiel meisterhaft, vor allem das «Teile und herrsche».

ter die Finanzen und den Betrieb des Universitätsspitals Lausanne führte, das als eines von wenigen grossen Spitälern der Schweiz noch unter der Fuchtel der Politiker steht. Ähnlich, sagt ein Insider, regiere Innenminister Berset im «völlig verpolitisierten» Bundesamt dank seinem direkten Draht zu Vizedirektor Peters: Der freisinnige Direktor dürfe bleiben, «weil er ungefährlich ist».

Denn Strategie und Taktik entwickelt Alain Berset, im engen Kontakt mit der Partei, ohnehin dank seinem Stab, vor allem mit den persönlichen Mitarbeitern: Thomas Christen, zuvor SPS-Generalsekretär, für das Gesund-

heitswesen und Michael Brändle, vorher stellvertretender Suva-Generalsekretär, für die Altersvorsorge. Und als einziger Politiker im Departement übernimmt es der Bundesrat persönlich, mit den Lobbys zu sprechen. Er beherrsche dieses Spiel meisterhaft, stellen alle Beteiligten fest, vor allem das «Teile und herrsche». So versicherte er gleich beiden Pharmalobbys, Interpharma und Vips, sie seien für ihn die Nummer eins mit direktem Draht. «Die Leute sind scharf darauf, an den Tisch mit ihm eingeladen zu werden», sagt ein Lobbyist. «Er führt alle an der Nase herum, und alle latschen mit.»

Widerstand gegen die «Monstervorlage»

Die taktische Virtuosität bewies der Sozialminister besonders bei der IV-Revision. Eigentlich sollte die Politik, wie sie es dem Volk bei der Abstimmung von 2009 versprochen hatte, nach der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer auch Sparmassnahmen beschliessen, um das überschuldete Sozialwerk zu sanieren. In der Kommission aber fragte EVP-Nationalrätin Maja Ingold, ob sich angesichts der besseren Zahlen (dank der Mehreinnahmen) die versprochenen harten Sparmassnahmen noch aufdrängten. Alain Berset nahm das Anliegen nur zu gerne auf. Er spülte mit der Mitte-links-Koalition im Bundesrat und im Parlament die Vorlage so weich, dass sie schliesslich die SVP, die den Volkswillen verraten sah, zusammen mit der Linken, die gegen jegliches Sparen kämpfte, in der Schlussabstimmung versenkte.

Der Sozialminister sieht keinen Handlungsbedarf, auch nicht angesichts der 14 Milliarden Franken, welche die IV der AHV immer noch schuldet. «Was bei ihm nicht auf der Agenda ist», weiss ein früherer Untergebener, «das bleibt einfach liegen.» SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi sagte dem Bundesrat, wenn es ihm bis 2018 nicht gelinge, die IV wie versprochen gesund zu machen, müsse er zurücktreten. Alain Berset lächelte: «Nein, dann bringe ich ein neues Gesetz.»

Fast alle Energie fliesst in die beiden schwierigsten Dossiers, wo der Bundesrat mit «Altersvorsorge 2020» und «Gesundheit 2020» ehrgeizige Pläne vorgibt. Als erster Sozialminister will Alain Berset die erste Säule (AHV) und die zweite Säule (berufliche Vorsorge) zusammen umbauen: «Wir müssen die ganze Diskussion gleichzeitig führen», betont er: Nur mit einem Gesamtpaket lasse sich ein



Taktische Virtuosität: Bundesrat Berset.

Gleichgewicht finden, dem das Volk schliesslich zustimme. Für den Fall, dass diese ausgewogene Lösung scheitere, gebe es keinen Plan B.

Arbeitgeber, Gewerbe und Freisinnige wehrten sich gegen die «Monstervorlage». Sie forderten den Bundesrat auf, die dringenden und nach ihrer Meinung mehrheitsfähigen Anliegen vorzuziehen: das Angleichen des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre; das Einführen einer Schuldenbremse auch für die AHV; das Anpassen des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge. Ungerührt schickte Alain Berset vor zwei Wochen 514 Seiten in die Vernehmlassung, ohne noch irgend etwas zu ändern.

Die Experten warnen: «Mit einem solchen Mammutpaket ist das Parlament völlig überfordert.» Der Sozialminister wolle im Auftrag seiner Partei die Angleichung des Frauenrentenalters verhindern. Dafür setze er mit dem Erhöhen der Mehrwertsteuer und Tricks wie dem Streichen der Rente für «kinderlose» Witwen – als solche gelten auch Mütter, deren Kinder eben ausgeflogen sind – den Preis so hoch an, dass niemand zustimmen könne. «Wenn das Paket scheitert, kann Alain Berset 2018 das Departement wechseln», meint ein Insider, «und niemand kann ihm vorwerfen, er habe es nicht versucht.»

Eine der raren Niederlagen erwartet den Sozialminister eben am nächsten Montag beim anderen grossen Brocken. Alain Berset machte dem Bundesrat einen Gegenvorschlag zur Einheitskasseninitiative der SPS beliebt, mit dem er deren wichtigste Anliegen aufnahm. Die Debatte um die Gesundheitsversorgung sollte sich im Sinn seiner Partei bis ins Wahljahr 2015 dahinziehen. Dieses Taktieren aber durchkreuzte das Parlament mit seiner geballten Macht an Krankenkassen-Lobbyisten: Es zwang den Bundesrat, die Initiative zügig vorzulegen, und es lehnt sie voraussichtlich mit grosser Mehrheit ab.

Undurchschaubarer Gegenspieler

Als grosser Gegenspieler gefällt sich Ständerat Urs Schwaller. Der Fraktionschef der CVP versucht an allen Fronten, die Pläne des Sozialministers zu durchkreuzen – wobei sein Engagement entscheidend von der persönlichen Betroffenheit abhängt. Die Spielchen um die Einheitskasse konnte und durfte sich Urs Schwaller nicht bieten lassen, schliesslich sitzt er in der *groupe de réflexion* der mächtigen Krankenkassen-Gruppe Mutuel. Und gegen die Untätigkeit bei der IV musste er mit einer Motion für die «dringend notwendige» Sanierung des Sozialwerks vorgehen – schliesslich brachte

die nach links kippende CVP-Fraktion die IV-Revision im Juni zum Kentern.

Schwer durchschaubar bleibt die Haltung von Schwallers Fraktion bei der AHV. Bis im Oktober drängte sie zusammen mit FDP und SVP, Arbeitgebern und Gewerbe darauf, die wichtigsten Vorhaben aus Betsers Monsterplan vorzuziehen. Dann scherte sie aber aus und forderte, das gesamte Paket müsse noch nächstes Jahr ins Parlament kommen. «Wir dürfen uns nicht in die Schützengräben zurückziehen und auf alles schiessen», meint CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. Und die Beobachter rätseln, was für einen Deal die beiden Freiburger Berset und Schwaller da miteinander machen, die sich spätestens seit der Zeit verbunden sind, als sie bei der Abwahl von Christoph Blocher die Fäden zogen.

Wohin immer die CVP als Mehrheitsmacherin kippt: Alain Berset spielt virtuos mit dem Parlament, um seine Pläne umzusetzen. Dabei erweist er sich immer noch als lernfähig. Vor einem Jahr klagte Toni Bortoluzzi in der *Weltwoche*, der Innenminister beachte die Parlamentarier in den Kommissionssitzungen kaum. Darauf erkundigte sich Betsers Generalsekretär beim SVP-Nationalrat – und seither geht der Bundesrat vor jeder Sitzung händeschüttelnd um den Tisch. ○



Loyal als die internationale Konkurrenz: Paradeplatz, Zürich.

Eine Lanze für die Grossbanken

Haben die Finanzunternehmen aus ihren Fehlern wirklich nichts gelernt? Das Gegenteil ist der Fall: Sie haben rasch umgesetzt, was der Gesetzgeber von ihnen verlangte. Sie jetzt dafür zu kritisieren, ist unredlich – und vor allem nicht logisch. *Von Ernst Baltensperger*

Die Schweizer Banken, allen voran die beiden Grossbanken, haben massive Fehler begangen. Entsprechend heftig werden sie gescholten. Die Anzahl Bankexperten, die sich dazu berufen fühlen, ist im Lauf der letzten Jahre sprunghaft angestiegen. Eine angemessene Kritik ist notwendig und richtig. Ihr sollten aber stets Tatsachen und echtes Verständnis der zugrundeliegenden Probleme eigen sein. Undifferenziertes Banken-Bashing, das in Mode gekommen ist, ist davon weit entfernt.

Unsere Grossbanken hätten nichts gelernt, wird häufig moniert. Sie brüsteten sich zwar gerne damit, zu den bestkapitalisierten Banken der Welt zu zählen. In Wahrheit stünden sie aber, gemessen an ihrem gesamten Verschuldungsgrad, hinter den meisten ihrer internationalen Konkurrenten zurück. Ihre vermeintlich gute Stellung sei bloss Illusion und allein der starken Fokussierung auf die «risi-

kogewichteten» Aktiven zu verdanken. Die wahren Risiken würden künstlich «heruntergerechnet». Die schweizerische Bankengesetzgebung, ebenso wie die neue Regulierung von Basel III, habe sich unglücklicherweise auf diesen Taschenspielertrick eingelassen.

Falsche Fixierung auf die Verschuldung

Was ist von solcher Kritik zu halten? Wenig, meine ich. Ich bin im Gegenteil überzeugt, dass die schweizerischen Grossbanken sehr viel gelernt haben. Die neuen Vorschriften der *too big to fail*-Gesetzgebung haben ihnen dazu starke Anreize gesetzt – und sich als viel wirksamer erwiesen, als es manche Kritiker wahrhaben möchten.

Beide Grossbanken sind mit Nachdruck daran, ihre rechtlichen und organisatorischen Strukturen an die neuen Anforderungen anzupassen. Beide haben im Vergleich zum Zu-

stand vor der Krise ihre Bilanz massiv zurückgefahren. Sie haben dies getan, indem sie besonders riskante Aktivitäten stark reduziert oder abgestossen haben. Aus gewissen Bereichen des Investmentbankings sind sie praktisch ausgestiegen. Sie haben damit genau das bewirkt, was der Gesetzgeber von ihnen wollte. Sie jetzt dafür zu kritisieren, scheint mir nicht redlich – und vor allem nicht logisch.

Doch genau das tun diejenigen, die ihnen vorhalten, sie hätten mit diesen Schritten zwar ihre statistisch ausgewiesene Eigenkapitalquote verbessert, aber dies allein dank der von Basel III «leider» immer noch zugelassenen Risikogewichtung. Gemessen an der gesamten Bilanzsumme, sei ihre Eigenkapitalausstattung nach wie vor bloss mittelmässig. Die ausschliessliche Fixierung auf die ungewichtete Verschuldungsquote (*leverage ratio*), die hinter dieser Sichtweise steht, halte ich für völlig unangebracht.

Vorweg dies: Ich teile die Meinung, dass es längerfristig wünschenswert ist, das haftende und Verlust absorbierende Eigenkapital der Banken über das schon jetzt vorgegebene Mass hinaus weiter zu stärken. Ich gehöre zu der Minderheit von Ökonomen, die sich seit Jahrzehnten, und nicht erst seit der jüngsten Krise, mit dem Eigenkapital der Banken in zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen auseinandergesetzt haben. Vor bald einem halben Jahrhundert habe ich meine Dissertation zu diesem Thema geschrieben.

Plädoyer für den Puffer

Im Gegensatz zu manchen, die jetzt nicht genug fordern können, habe ich schon immer die Meinung vertreten, dass eine substanzielle Eigenkapitaldecke der Banken als Puffer gegen unerwartete Schocks und Verluste und als Schutzschild zur Sicherung der Stabilität des Finanzsystems notwendig sei und dass hohe, im Ernstfall haftende Eigenmittel wirksame Anreize zum verantwortungsvollen Verhalten setzten. Für diese Themen hat sich allerdings bis vor wenigen Jahren kaum jemand interessiert – gerade auch unter jenen, die heute nicht laut genug beklagen können, dass ihnen «das niemand gesagt» habe. Eher schon wurde man als versponnener und weltfremder Theoretiker mitleidig belächelt.

Aber wir sollten die Kirche im Dorf lassen und den Banken zunächst einmal Zeit lassen, ihre Aufgaben zu erfüllen, die ihnen die jüngsten Reformen vorgegeben haben, bevor wir diese Reformen bereits wieder auf den Kopf stellen. Wir sollten akzeptieren, dass es ein internationales Umfeld gibt, auf das man Rücksicht nehmen muss. Und wir sollten die Schweizer Grossbanken nicht dafür bestrafen, dass sie sich rascher und loyaler an die neuen Vorschriften und Reformen angepasst haben als die meisten ihrer internationalen Konkurrenten. Sie haben rasch auf die Möglichkeit reagiert, über den Abbau besonderer Risikopositionen ihre Eigenkapitalanforderungen etwas zu erleichtern. Das ist genau, was wir von ihnen wollten. Eine im Quervergleich der Banken etwas niedrigere ungewichtete Kapitalquote ist unter diesen Umständen kein Problemsignal, sondern Ausdruck des verbesserten Risikoprofils.

Die Risikogewichtung wird heute häufig zu Unrecht schlechtgeredet. Risikogewichtung erlaube es, Eigenkapitalanforderungen zu manipulieren, wird gesagt. Gewiss, Manipulation ist immer eine Gefahr. Aber für welche Vorschriften gilt das nicht? Etwa für die des Steuergesetzes? Argumentieren wir deswegen, dass wir anstelle eines differenzierten Steuersystems einfach eine pauschale Kopfsteuer einführen sollten? Natürlich ist es falsch, wenn beispielsweise Staatsanleihen generell als risikolos eingestuft und mit einem Risikogewicht von null versehen werden. Aber hier sind ja nicht die Banken die Manipulatoren, sondern die Regulierer und ihre Staaten, die für ihre Schuldtitel

Finanzierungsvorteile bewahren wollen. Völlig naiv ist es im Übrigen, zu glauben, eine ungewichtete, einfach an der gesamten Bilanzsumme orientierte Kapitalanforderung schliesse Manipulationen aus. Die Auseinandersetzungen würden sich dann einfach auf die «richtige» Definition der Bilanzsumme verlagern: welche Bilanzierungsvorschriften erlaubt sind, welche Bewertungsprinzipien befolgt werden sollen, was genau in der Bilanz erfasst werden soll und was nicht. Ein Übergang etwa vom in Europa üblichen Bilanzierungsstandard IFRS (der es nicht erlaubt, Bruttoguthaben und -verbindlichkeiten pro Gegenpartei zu verrechnen und auf weit geringere Nettopositionen zu verkürzen) zum amerikanischen GAAP-Standard (der dies in beträchtlichem Ausmass gestattet) kann die Bilanzsumme bis zur Hälfte reduzieren. Auch politischer Einfluss würde seinen Weg in diesem Umfeld ebenso finden.

Die Risikogewichtung sei anspruchsvoll, und Risiken seien schwer messbar. Stimmt, aber keine Gewichtung ist ebenfalls problema-

Wir sollten den Banken etwas Zeit lassen, bevor wir die Reformen wieder auf den Kopf stellen.

tisch. Vor allem setzt sie Anreize zur Inkaufnahme höherer Risiken (mit denen im Erfolgsfall höhere Erträge einhergehen). Zu kritisieren ist, wenn schon, die Verwendung intransparenter bankinterner Risikomodelle. Zwar können die Banken auch diese nicht willkürlich selber bestimmen. Aber ein Unbehagen ihnen gegenüber ist nach ihrem Versagen in der Finanzkrise begründet. Eine Verschuldungsgrenze (Leverage-Ratio) als ergänzendes Sicherheitsnetz zur risikobasierten Regulierung – wie in der Schweiz vorgesehen – ist deshalb sinnvoll. Aber beides muss aufeinander abgestimmt sein.

Auf eine Risikogewichtung könnte man vielleicht verzichten, wenn wir ungewichtete Eigenkapitalquoten in der Höhe von 20 oder gar 30 Prozent hätten. Haftendes Eigenkapital in dieser Grössenordnung gäbe den Banken hinreichende Anreize, mit ihren Risiken sorgsam umzugehen. Als langfristiges Ziel mag dies deshalb wünschenswert sein. Aber bei Eigenkapitalquoten in der Höhe, wie wir sie heute kennen, wäre ein Verzicht auf Risikogewichtung ein Fehler.

Ein besonders naives Argument gegen die Risikogewichtung, das selbsternannte Bankexperten mit Vorliebe anführen, beruht auf einer simplen Verwechslung von Struktur- und Niveauvorschriften. Die Risikogewichtung wird dabei als automatische Erleichterung der Kapitalanforderungen, als eine Art Schlaumeierei, dargestellt. Diese Sicht rührt daher, dass die riskantesten Anlagen in der Regel mit einem Gewichtungsfaktor 1 versehen werden und die

weniger riskanten mit Gewichten von kleiner als 1. Die «risikogewichteten Aktiven» in ihrer Summe sind dann definitionsgemäss stets kleiner als die ungewichtete Bilanzsumme.

Das Niveau der Risikogewichte ist jedoch völlig unerheblich, entscheidend ist allein ihre Struktur. Wir könnten beispielsweise die riskanteste Anlage mit einem Gewicht von 100 versehen und die weniger riskanten mit Gewichten zwischen 100 und 1. Dann wären die risikogewichteten Aktiven in ihrer Summe stets grösser als die ungewichtete Bilanzsumme. Über die gesamte Kapitalanforderung aber sagt dies überhaupt noch nichts aus. Diese ergibt sich erst aus der Multiplikation der gewichteten Aktiven mit der geforderten Eigenkapitalquote. Letztere kann unabhängig von den Risikogewichten so angesetzt werden, dass die Gesamtanforderung dem gewünschten Niveau entspricht.

Eine Kritik an den Banken lasse ich gelten: Die Kosten des Eigenkapitals werden von ihnen generell überschätzt. Eigenkapital ist für die Banken heute teuer, weil die Eigenmittel sehr knapp und die Risiken der Aktionäre deswegen sehr gross sind. Höhere Eigenkapitalpuffer reduzieren das Insolvenzrisiko und die Renditeansprüche sowohl der Fremdkapital- wie der Eigenkapitalbesitzer. Als Bankaktionär wäre mir im vergangenen Jahrzehnt eine einigermaßen regelmässige Rendite von 5 Prozent viel lieber gewesen als Renditen von 20 oder gar 25 Prozent in Boomjahren, begleitet von einem nahezu totalen Verlust in schlechten Zeiten. Wer klar im Kopf ist, weiss, dass Kapitalrenditen in dieser Höhe unrealistisch sind, es sei denn, man nimmt extreme Risiken auf sich – und dann sind sie nur für die guten Jahre erreichbar. Aber zum Glück sind die Banken daran, auch das langsam einzusehen.

Ernst Baltensperger ist langjähriger Ordinarius an der Universität Bern und gilt als einer der führenden Geldtheoretiker und Bankenexperten der Schweiz.

«MARKTAUSBLICK 2014»



«Sehen Sie unsere Einschätzung der aktuellen Finanzmärkte in einer Aufzeichnung aus dem KKL Luzern auf www.reichmuthco.ch.»

Christof Reichmuth
unbeschränkt haftender Gesellschafter

PRIVATBANKIERS
REICHMUTH & CO

INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 49
CH-8002 ZÜRICH TÖDISTRASSE 63 +41 44 299 49 49
www.reichmuthco.ch

Zuerst schiessen, dann zielen

Vieles deutet darauf hin, dass die Zürcher Strafverfolger bei der Verhaftung des deutschen Komödianten Karl Dall einer Falschanschuldigung aufgesessen sind. Dabei war die Polizei gewarnt. Der Fall offenbart die notorische Einseitigkeit, mit der bei Sexualdelikten ermittelt wird. *Von Alex Baur*



Opfer einer Falschanschuldigung? Komödiant Karl Dall.

Die Verhaftung erfolgte an einem Sonntag gegen Mitternacht. Nach einer Abendgala am 3. November in St. Gallen wurde der deutsche Komödiant Karl Dall, 72, gleichsam von der Bühne weg festgenommen und nach Zürich überführt, wo er die Nacht in einer Einzelzelle des provisorischen Polizeigefängnisses (Propog) verbrachte. Am Tag danach durchlief der betagte Häftling erst einmal die übliche Prozedur: Abnahme von Fingerprints und DNA-Proben, Fotos fürs «Verbrecheralbum», Aufnahme der Personalien. Am Nachmittag folgte die erste polizeiliche Einvernahme, bei der Dall erstmals in groben Zügen erfuhr, was ihm überhaupt vorgeworfen wird.

Nach einer weiteren Nacht im Propog wurde Karl Dall am Dienstag der Staatsanwaltschaft vorgeführt, die ihn in Anwesenheit seines erbetenen Verteidigers Marc Engler ein zweites Mal protokollarisch befragte. Am späteren Nachmittag wurde er dem Haftrichter vorgeführt, der am Mittwochmorgen die Haft routinemässig bestätigte. Am Donnerstag dann endlich die Konfrontation mit der Journalistin Anja S., 43, die Dall der Vergewaltigung bezichtigt – soweit man den Vorgang als Gegenüberstellung bezeichnen mag: Der Angeschuldigte konnte die Befragung des angeblichen Opfers nur vom Nebenzimmer aus verfolgen. Gegen Mittag wurde Dall freigelassen.

Es war der übliche Ablauf bei solchen Fällen, mit einer Besonderheit: Wäre Dall kein Star, dessen sich mehrere von der *Weltwoche* angefragte Anwälte sicher, hätte er mit grosser Wahrscheinlichkeit mehrere Wochen hinter Gittern verbracht, sässe wohl heute noch in Untersuchungshaft. Klassisch auch die Konstellation: Es steht Aussage gegen Aussage, soweit bekannt, liegen keine Sachbeweise vor. Klar ist nur eines: Es ist ein schweres Verbrechen passiert – entweder eine Vergewaltigung oder eine Falschanschuldigung. Der Täter kann ebenso das Opfer sein und umgekehrt. Trotzdem wird nur gegen Karl Dall ermittelt.

Dabei gibt es gerade im Fall Dall eine Reihe von Indizien, die den Vergewaltigungsvorwurf wenig glaubhaft erscheinen lassen. Warum wartete Anja S. zwei Monate, bis sie ihre Strafanzeige am 1. November – just zwei Tage vor Dalls Gastauftritt in der Schweiz – bei der Stadtpolizei Zürich deponierte? Konnte sich die kräftige Mittvierzigerin wirklich nicht gegen den schon ziemlich greise wirkenden Komödianten wehren? Wie mittlerweile bekannt ist, hatte die bis über die Ohren verschuldete und offenbar spielsüchtige Anja S. schon mehrere, meist betagte Showgrössen von Udo Jürgens, 79, über «Hausi» Leutenegger, 73, bis Jürgen Drews, 68, über Monate massiv bedrängt und bedroht. Sie hatte in den Wochen

vor der Anzeige auch Karl Dall und dessen Familie terrorisiert.

Dass schon mehrere Strafanzeigen wegen Stalking gegen die rabiate und psychisch offenbar angeschlagene Journalistin eingereicht wurden, hätte die Stadtpolizei Zürich wissen müssen. Um das herauszufinden, reichen ein paar Klicks in den einschlägigen Archiven. Trotzdem wird nur gegen Dall ermittelt. Während er wegen angeblicher Verdunkelungsgefahr in Haft sass, liess man der Frau alle Zeit der Welt, um sich mit allfälligen Zeugen abzusprechen oder Beweise zu manipulieren. Nicht einmal ein Kontaktverbot wurde verhängt.

Lügen werden konsequent ignoriert

Einseitige Ermittlungen bei Sexualstrafverfahren haben System. Die Vorverurteilung beginnt schon bei der Sprachregelung: Eine Anzeigerstatterin wird in der Schweiz von Anfang an als «Geschädigte» oder gar als «Opfer» aufgeführt, was impliziert, dass der Angeschuldigte der «Täter» ist (auch wenn man es ihm nicht rechtsgenügend nachweisen kann). Die Unschuldsvermutung wird damit zur heuchlerischen Floskel. Erweist sich eine Anschuldigung als erfunden, hat dies kaum Folgen für die Täterin (in der Regel eine Frau). Obwohl eine Falschanschuldigung (Art. 303 StGB) theoretisch mit bis zu zwanzig Jahren Gefängnis bestraft werden könnte, wurde in den letzten Jahrzehnten nicht ein einziger Fall bekannt, in dem eine Verleumderin zu einer unbedingten Strafe verurteilt worden wäre.

Die Falschanschuldigung wird damit zur ebenso perfiden wie effizienten Waffe, mit der jede Frau gefahrlos allfällige Widersacher aus dem Weg räumen kann. Das geschieht viel öfter, als man denkt. Gemäss einer aufwendigen Studie* der bayrischen Polizei aus dem Jahr 2005 enthalten 33,4 Prozent aller Strafanzeigen wegen angeblicher Sexualdelikte deutliche Hinweise auf eine Falschanschuldigung. Allein in Bayern sind das über 600 Fälle pro Jahr. Immerhin: In 7,4 Prozent der Fälle wurde ein Verfahren wegen Falschanschuldigung eröffnet. Doch die falschen Opfer werden nur zur Verantwortung gezogen, wenn sie ein Geständnis ablegen. Beharrt eine Frau auf ihren falschen Anschuldigungen, und mögen diese noch so abstrus anmuten, hat sie nicht einmal eine symbolische Strafe zu befürchten.

* Erich Elsner und Wiebke Steffen: Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in Bayern. www.polizei.bayern.de

Plädoyer für Gross

Warum nicht das Original nehmen, nachdem der Klon Koller abgesagt hat? Weshalb Christian Gross Hitzfelds Nachfolger werden muss. *Von Peter Hartmann*

Der ideale Nachfolger des Nationaltrainers Ottmar Hitzfeld wartet, nur einen Anruf von der Verbandszentrale Ostermundigen entfernt, auf ein Signal. Warum, fragt sich die Fussballschweiz, wird nicht Christian Gross, 59, berufen, der mit den Grasshoppers und mit dem FC Basel in vierzehn Jahren elf Titel gewann und in die Champions League vordrang? Nachdem der Klon, Marcel Koller, der Muster-Schüler seines Über-Ichs Gross, abgesagt hat: Weshalb nicht das Original?

Das Wahlfever hat das Land erfasst fast wie bei Christoph Blochers Einzug und Abgang aus dem Bundesrat. Der – vermutlich – Beste steht nicht zur Verfügung: Lucien Favre setzt in der Bundesliga mit Mönchengladbach zum Höhenflug an. Der Austria-Coach Marcel Koller, der Favorit des Nationalteam-Delegierten Peter Stadelmann (sie kennen sich aus gemeinsamen St. Galler Zeiten), der seine Karriere-schritte in den Spuren von Gross absolvierte, hat abgesagt. Seine Frau möchte in Wien bleiben. Christian Gross, eine Anekdote, hat auch als Charmeur bemerkenswerte Durchsetzungsqualitäten. In seiner Basler Zeit bat er die Frauen und Freundinnen der Spieler zu einem abendlichen Rendezvous auf das Rheinschiff, er allein mit den Damen, denen er den Fussball erklärte und wie sie ihre Fussballer in Form halten können. Sie waren entzückt. So wurde er, zumindest in Basel, auch der «Sexiest Trainer Alive».

«Ja, ich würde ihm sofort den Vertrag zum Unterschreiben vorlegen. Dieses ganze Wahltheater ist ein Trauerspiel.» Peter Jauch hat den Trainer Christian Gross 1999 zum FC Basel geholt. Jauch war Projektverantwortlicher des Stadionbaus und Geschäftsleiter des FC Basel. Er kennt aus dem Innern auch den BSC Young Boys, den letzten Arbeitgeber des gescheiterten Trainers Gross, das Kompetenzgerangel auf allen Ebenen im Berner Traditionsclub. Gross kam nach Vladimir Petkovic, der im Frühjahr 2011 einen Vorsprung von 13 Punkten auf den FC Basel verschleudert und den Titel um einen Punkt verpasst hatte – der gleiche Petkovic, der jetzt vom *Blick* penetrant ins Amt gelobt wird und bei Lazio Rom vor dem Rauswurf steht. Ein brillanter Kandidat wäre Roberto Di Matteo, der Italo-Schaffhauer, der mit Chelsea 2012 die Champions League gewann und trotzdem gefeuert wurde. Er sitzt in goldenen Fesseln den bis Juni 2014 laufenden Kontrakt aus, garantierte 5 Millionen Franken – so viel würde er in der Schweiz in fünf Jahren verdienen.

Gross ist ein Trainer, der Autorität, Dominanz ausstrahlt und absolute Selbständigkeit einfordert, ein penibler Arbeiter, der 24 Stunden am Tag Fussball lebt. «Seine Stärke», sagt Jauch, «ist das Detail. Er kümmert sich um alles. Darin ist er Guardiola vergleichbar. Er verlangt alles von den Spielern, aber er kann sie faszinieren, begeistern.»

Erich Vogel kennt Gross wahrscheinlich am besten, er hat ihn als Zwölfjährigen zum Grasshopper Club geholt und war lange sein Trainer. «Ich weiss, dass er den Job will», sagt er. «Und ich weiss, dass er es nicht wird.» Seine ganze Karriere erscheine im Rückblick «wie eine logische Vorbereitung» auf das Ziel. «Mit 27 machte er bereits den Trainerschein.»

Übergangen, vergessen, verschmäht?

«Gross verkörpert einen Trainertyp, der kaum mehr zeitgemäss ist. Vielleicht kann er noch der Richtige sein, wenn kurzfristig etwas zu korrigieren ist; muss er aber Vertrauen schaffen und etwas aufbauen, dann steht ihm offenbar sein Charakter im Wege [...] Er war zuletzt mehr Gross, als er schon immer war, noch verbissener und härter.» Das Urteil von Fredy Wettstein im *Tages-Anzeiger*, nachdem Gross vom BSC Young Boys im Frühjahr 2012 entlassen worden war, hatte die Wirkung von Sargnägel. Gross verschwand in der inneren Emigration, spielte Golf auf Mallorca und dachte,

beobachtete und analysierte Fussball aus der Einsamkeit. Fussball als Gift und Antgift seiner Sinnkrise.

Das Alter kann kein Kriterium sein. Die meisten Nationaltrainer sind ältere Herren mit dem Kranz der Erfahrung auf ihren Häuptern: Ottmar Hitzfeld geht mit 64, der Brasilianer Felipe Scolari ist 65, Englands Roy Hodgson 67, der Spanier Vicente del Bosque auch schon 63, der Argentinier Alejandro Sabella ist 59, so alt wie Gross.

Mediale Trainerbegräbnisse erweisen sich oft als die beste Motivation für die Betroffenen. Über Enzo Bearzot fiel 1982 in Spanien die gesamte frustrierte nationale Pressemeute her, als seine Italiener mit drei kümmerlichen Remis in die Zwischenrunde rutschten – danach räumte seine Squadra Azzurra Brasilien, Argentinien und Deutschland weg und wurde Weltmeister. Über Otto Rehhagels antiquierten Fussball lästerten Generationen überheblicher Kommentatoren, dann auferstand der angebliche Einfältige als rächender Sagenkönig «Rehakles» und wurde mit Griechenland 2004 Europameister. Oder die letzte herbeigedichtete Polemik um Murat Yakin und das gestörte Klima im FC Basel: weggewischt über Nacht mit der Glanzvorstellung gegen Chelsea. Klar, Yakin, der von klein an alles von Gross gelernt hat, bei GC und Basel, wird Nationaltrainer. Wann, ist noch offen. ○



Bemerkenswerte Durchsetzungsqualitäten: Christian Gross.



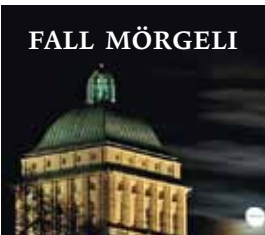
«Rechter Flügel der SVP»: Iris Ritzmann.



Perfidie hoch zwei: Historiker Tanner.



«Kultur der Bedrohung»: Professor Sarasin.



FALL MÖRGELI

Weg mit dem «Schädling»

Christoph Mörgeli wird wegen seiner politischen Ansichten gerügt und ins Abseits gedrängt. Wer sind die Gegner innerhalb der Universität Zürich, die gegen ihn mobilmachen? Teil 4 der *Weltwoche*-Serie. Von Philipp Gut

Entscheidend ist das «Trotzdem». Zwar weiss Flurin Condrau, der neue Direktor am Medizinhistorischen Institut der Universität Zürich, dass es nicht angeht, einen Mitarbeiter aufgrund seiner politischen Ansichten zu beurteilen. Zweifelsohne kennt der Gelehrte auch das Diskriminierungsverbot, das sowohl in der schweizerischen Bundesverfassung (Art. 8) als auch der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 14) ausdrücklich für die politische Gesinnung gilt. Aber offenbar lässt Condrau diese Einsicht fallen, wenn es um Christoph Mörgeli geht, hauseigener Museumsleiter des Medizinhistorischen Instituts und Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei (SVP).

Diesen Eindruck vermittelt zunächst ein Mitarbeitergespräch, das Condrau am 8. Juni 2012 mit Mörgeli führt. Dabei kommt der Chef, wie ein von ihm selber angefertigtes Protokoll mit Datum vom 11. Juni zeigt, auch auf eine Teilnahme Mörgelis an der Talkshow «Schawinski» im Schweizer Fernsehen zu sprechen. Mörgeli äusserte sich unter anderem über die Zuwanderung in die Schweiz, neuerdings auch und besonders von Deutschen.

«Instituts- und universitätsschädigend»

Das Protokoll des Mitarbeitergesprächs vom 8. Juni vermerkt den «TV-Auftritt» in einem eigenen Kapitel. Es heisst dort: «FC [Flurin Condrau, die Red.] hält fest, dass es grundsätzlich nicht seine Aufgabe ist, die politische Arbeit von CM [Christoph Mörgeli] zu beurteilen. Ferner hält FC fest, dass er normalerweise politische Beiträge von CM nicht zur Kenntnis nimmt, weil er CM als Mitarbeiter und nicht als Politiker zu beurteilen hat.»

So weit, so korrekt. Doch gesagt ist nicht getan. Denn Condrau macht in der Folge genau das, was auch nach eigener Einschätzung «nicht seine Aufgabe» ist: Er beurteilt Mörgeli wegen seiner politischen Meinung als gewählter Volksvertreter des Kantons Zürich in der grossen Kammer des eidgenössischen Parlaments. «Trotzdem» – und jetzt kommt er, der Haken, der alle zuvor aufgestellten Grundsätze wieder zunichte macht – «möchte er kurz auf Aussagen von CM bei Schawinski, 7. Mai 2012, eingehen», schreibt Condrau im zitierten Protokoll.

Die Rüge fällt heftig aus. Gleich dreimal geisselt Condrau Mörgelis Statements als «institutschädigend», einmal sogar als «instituts- und universitätsschädigend». So schreibt er, Aussagen wie: «zu viele Deutsche in der Schweiz» – was Mörgeli im Übrigen so gar nicht gesagt hat – halte er «für sehr ungünstig – FC schätzt seine deutschen, österreichischen, russischen, englischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und musste diese im Anschluss an die TV-Ausstrahlung beruhigen. Viele Angehörige des Instituts leiden unter solchen Aussagen.»

Christoph Mörgeli hielt Condrau im Mitarbeitergespräch entgegen, das passive Wahlrecht – also das Recht, sich in ein Amt wählen zu lassen – müsse auch für Universitätsangehörige gelten. Überdies schnitten deutsche Universitäten in internationalen Rankings nicht gut ab und lägen allesamt regelmässig hinter Universität und ETH Zürich.

Nun kann man darüber streiten, ob der Überhang deutscher Professoren in gewissen Fächern die Schweizer Hochschulen wirklich

voranbringt. Oder ob es nicht besser wäre, vermehrt weltweit – etwa aus den global führenden Privatuniversitäten der USA – die klügsten Köpfe zu rekrutieren. Aber darum geht es nicht. Indem Institutsdirektor Flurin Condrau politische Ansichten seines Untergebenen Christoph Mörgeli zum Thema eines Mitarbeitergesprächs macht und sie sogar in den schärfsten Tönen missbilligt, erhebt er Mörgelis politisches Engagement zu einem qualifikationswirksamen Kriterium für seine akademische Arbeit.

Mehrfach in den eineinhalb Jahren, die Mörgeli bis zu seiner Entlassung im Herbst 2012 unter dem neuen Chef Flurin Condrau arbeitet, kritisiert ihn dieser wegen politischer Aktivitäten. Am 12. Januar 2012 rügt Condrau Mörgeli schriftlich, weil er im Institutssekretariat zwei Papiere mit Ausschnitten aus der Albigütli-Rede von Christoph Blocher vorfand («Wertezerfall im Schweizerland»). Die beiden Blätter steckt Condrau mitsamt der Rüge in ein geschlossenes Couvert. Unter der Betreffzeile «Blocher-Rede» schreibt er: «Nach einem Druckauftrag nahm ich gestern Abend irrtümlich auch den Anfang Ihres Redemanuskripts für Herrn Dr. Blocher aus dem Druckerfach mit. Bitte entschuldigen Sie mein Versehen. Ich möchte Sie bitten, solche Manuskripte nicht mehr im Institutsdrucker zu hinterlassen.»

Die Blocher-Episode erwähnt Direktor Condrau auch anlässlich einer offiziellen Mitarbeiterbeurteilung, die im Beisein von Klaus Grätz, dem Dekan der Medizinischen Fakultät, am 10. Februar 2012 stattfindet. Mörgeli sagt dort, Christoph Blocher habe in den ver-



«Rassistisch»: ETHZ-Historiker Hagner.

gangenen Jahren mehrere hunderttausend Franken in Ausstellungen und Publikationen des Medizinhistorischen Instituts und Museums investiert und dürfe so «hin und wieder eine kleine Gegenleistung erwarten» – wie das Gegenlesen von Texten.

Ein ähnlicher Vorfall ereignet sich am 20. April 2012. Condrau massregelt Mörgeli, weil politische Unterlagen – so für einen bevorstehenden Auftritt in der Fernsehsendung «Arena» – im Sekretariatsdrucker zurückblieben. Diese, moniert Condrau, seien «von mehreren Mitarbeitern angetroffen und kommentiert» worden. «Das ist für alle Beteiligten unangenehm.» Condrau wiederholt seine früher schon geäusserte Bitte, «solche Dokumente nicht im Sekretariat zu hinterlassen».

Im Visier: die Politik

Wie sehr sich Condrau an Mörgelis Politik stiess, illustriert der Umstand, dass er den Mitarbeiter nicht nur mehrmals schriftlich und mündlich für politische Ansichten rügte und dass er sich nicht scheute, seine politischen Vorbehalte gegenüber Mörgeli auch vor Dekan Klaus Grätz auszubreiten. Er machte das «Problem», das er offensichtlich mit der Gesinnung von Christoph Mörgeli hatte, auch explizit zum Gegenstand des sogenannten Akademischen Berichts für das Jahr 2011.

Mörgelis politische Aktivitäten werden dort von Condrau als Grund dafür genannt, dass das Medizinhistorische Institut und Museum von Professorenkollegen geschnitten und geradezu in die «Isolation» getrieben werde. So heisst es in diesem Akademischen Bericht: «Die Zusammenarbeit wird uns von Kollegen vermutlich aus politischen Gründen verweigert und die Reichweite unserer Veranstaltungen ist leider auch immer noch beschränkt. Für unser kleines Fach ist das besonders schädlich und im Alltag für die Mitarbeiter eine Belastung.» Es gehe jetzt darum, «die offenbar jahrelang eingeübte öffentliche Wahrnehmung von Institut und Museum zu korrigieren», schliesst der Bericht.

vielen Personen haben Sie den Datenschutz aufgehoben?

- Ist es wahr, dass Sie die Betroffenen über den Eingriff in ihre Persönlichkeitsrechte bis heute nicht orientiert haben?
- Ist es wahr, dass Sie trotz der allgemein bekannten Verwahrlosung des medizinhistorischen Museums und seiner Objektsammlung die Höhe des Schadens bis heute nicht schätzen und den oder die Verantwortlichen wegen grob fahrlässiger Sachbeschädigung kantonalen Eigentums nicht verklagen liessen?
- Ist es wahr, dass Sie eine wissenschaftliche Null und nachweislichen Schädling der Universität weiterhin den Titel eines Professors tragen und Leerveranstaltungen halten lassen?

«Schädling der Universität»: emeritierter Professor Franz Ritzmann über Christoph Mörgeli.

Zürich, 12. Januar 2012

Betreff: Blocher-Rede

Lieber Herr Mörgeli

Nach einem Druckauftrag nahm ich gestern abend irrtümlich auch den Anfang Ihres Redemanuskripts für Herrn Dr. Blocher aus dem Druckerfach mit. Bitte entschuldigen Sie mein Versehen. Ich möchte Sie gerne bitten, solche Manuskripte nicht mehr im Institutsdrucker zu hinterlassen.

Mit freundlichen Grüssen

Prof. Dr. Flurin Condrau

Keine Blocher-Reden mehr: Condrau rügt Mörgeli.

TV-Auftritt

FC hält fest, dass es grundsätzlich nicht seine Aufgabe ist, die politische Arbeit von CM zu beurteilen. FC hält ferner fest, dass er normalerweise politische Beiträge von CM nicht zur Kenntnis nimmt, weil er CM als Mitarbeiter und nicht als Politiker zu beurteilen hat. Trotzdem möchte er kurz auf TV-Aussagen von CM bei Schawinski, 7. Mai 2012, eingehen. FC bemerkt dabei insbesondere

- Aussagen zur Berufungskommission NF Rüttimann oder zu Gründen für Thomas Schlichs Absage hält FC für ungünstig, weil klar instituts- und universitätsschädigend.
- Aussagen zu „zu viele Deutsche in der Schweiz“ hält FC für sehr ungünstig – FC schätzt seine deutschen, österreichischen, russischen, englischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und musste diese im Anschluss an die TV Ausstrahlung beruhigen. Viele Angehörige des Instituts leiden unter solchen Aussagen.
- Die Institutsstrategie von FC besteht in einer sehr gezielten und bewussten Internationalisierung. Diese wird durch solche Aussagen am TV aktiv behindert; damit sind diese Aussagen aus der Sicht von FC eindeutig institutsschädigend.
- CM entgegnet, dass es nur dank seiner Partei gelungen sei, die Schweiz aus der EU zu halten

«Angehörige des Instituts leiden»: Kritik des Direktors an politischen Aussagen.

Die Sätze enthalten eine unzweideutige politische und arbeitsrechtliche Kampfansage an Christoph Mörgeli. Jedenfalls sperrte die Universitätsleitung den Bericht, weil er Mörgelis Persönlichkeitsrechte tangiere. Und bereits Monate zuvor – im November 2011 – hatte Condrau vor Dekan Klaus Grätz gesagt, er wolle künftig nicht mehr mit Mörgeli zusammenarbeiten.

Die zitierte Bemerkung über die «jahrelang eingeübte öffentliche Wahrnehmung von Institut und Museum» bezieht sich zweifellos

darauf, dass der prominente SVP-Politiker – wiewohl nur Mitarbeiter und Titularprofessor und nicht Ordinarius oder Direktor – bei Medien und interessierter Bevölkerung als «bekanntester Medizinhistoriker» des Landes gilt und das Bild des Instituts prägte. Das mag Flurin Condraus Ehrgeiz verletzt haben – denn wer kannte den Namen des Direktors, bevor er sich mit Mörgeli anlegte –, sicher aber war ihm dessen Politik in tiefster Seele zuwider. Condraus intellektuelle Sozialisation erfolgte im linksakademischen Milieu, von den Anfängen

bis heute. Er publizierte in der linken *Wochenzeitung*, schrieb gegen den «Schnüffelstaat» oder, 1989, die Familie von FDP-Bundesrat und Diamantfeier-Schutzherr Kaspar Villiger an («Wieviel schmutziges Geld brachten Ariesierungsgewinne damals in die Schweiz, und könnten wir heute nicht ebensogut Ariesierungsmünzen wie Guisan-Medaillen an die Aktivdienstler verteilen?»). Später assistierte Condrau beim Sozialhistoriker Reinhard Spree, der sich im Zuge der 68er-Bewegung radikalisierte, deshalb als sogenannter Bildungsbeisitzer von einer Sektion der Berliner SPD abgewählt wurde und aus der Partei austrat.

Treffpunkt der Mörgeli-Gegner

Mindestens so bedeutsam wie seine eigenen dokumentierten politischen Vorbehalte gegen Christoph Mörgeli sind allerdings die von Condrau zitierten «Kollegen», die dem Medizinhistorischen Institut und Museum «vermutlich aus politischen Gründen» die Kooperation versagten. Denn Condraus Darstellung legt nahe, dass es an der Universität Zürich und anderswo offenbar ein Netzwerk von Mörgeli-Kritikern geben musste, die den Medizinhistoriker und Konservator aus politischen Motiven ablehnten und für diese politische Leidenschaft sogar bereit waren, das gesamte Institut und seine Mitarbeiter in Sippenhaft zu nehmen.

Gemeint sind damit weniger die Angehörigen der Medizinischen Fakultät, sondern vor allem Geistes- und Sozialwissenschaftler, also sogenannte Phil-Einer. Zu den einflussreichsten gehören die beiden Geschichtswissenschaftler Jakob Tanner und Philipp Sarasin sowie der ETHZ-Wissenschaftshistoriker Michael Hagner. Ihnen gemeinsam verhasst ist Mörgelis SVP, die stärkste Schweizer Partei, die sie in ähnlich klingenden Worten verdammten. Tanner spricht von einem «Bedrohungs-generator» und meint: «Vom rechtsextremen Rand bis zur SVP sind dieselben Themen auf der Tagesagenda.» Sarasin redet von einer «Kultur der Bedrohung» und sagt: «Die SVP behauptet zwar immer, Verfechterin «schweizerischer» Werte zu sein, zerstört aber genau jene Werte.» Der Deutsche Hagner hält die SVP schlicht für «rassistisch und fremdenfeindlich». Alle drei arbeiten zudem eng zusammen, auch mit Flurin Condrau. Sarasin und Hagner sassen bereits in der Berufskommission für die Nachfolge von Condrau-Vorgänger Professor Beat Rüttimann, für die sich auch Christoph Mörgeli beworben hatte.

Ein wichtiger Treffpunkt der politisch motivierten Mörgeli-Gegner innerhalb der Zürcher Hochschulen ist das Zentrum Geschichte des Wissens (ZGW), das von Universität und ETH gemeinsam betrieben wird. Zu dessen Mitgliedern zählen sowohl Hagner, Sarasin und Tanner als auch Flurin Condrau. Mit von der Partie

sind auch die Historikerin Monika Dommann und der Kunsthistoriker Philip Ursprung, die zusammen mit dem Berner Medizinhistoriker und Mörgeli-Kritiker Hubert Steinke später einen «Akademischen Protest» gegen die Entlassung von Iris Ritzmann mitorganisiert haben, den über 600 Wissenschaftler aus dem In- und Ausland unterschrieben. Ritzmann, Vizedirektorin des Medizinhistorischen Instituts und Stellvertreterin Flurin Condraus, wurde von der Universitätsleitung entlassen, weil sie, wie die Staatsanwaltschaft feststellte, im Fall Mörgeli vertrauliche Daten an den *Tages-Anzeiger* weitergegeben hatte.

Das ZGW, das sich sonst theoretischer «Wissensarbeit» verschreibt, gleicht heute einer Propaganda-Abteilung für Iris Ritzmann und gegen Christoph Mörgeli. Die obersten fünf Einträge der zentrumseigenen Website betreffen allesamt Stellungnahmen und Artikel zu dieser Causa, mit eindeutiger Schlagseite. In einem Beitrag, der zuerst im *Tages-Anzeiger* erschien, lobt das Professoren-Trio Hagner/Sarasin/Tanner den ZGW-Kollegen Flurin Condrau für den «Mut», mit dem er den Akademischen Bericht – im Regelfall eine nüchterne Bilanz über die Gesamtaktivität des Instituts – in eine Abrechnung gegen den ihm unterstellten Christoph Mörgeli umgeschrieben hat. Das Lob der drei Professoren gilt also ausgerechnet jenem Bericht, den die Universitätsleitung als «potenziell persönlichkeitsverletzend» taxierte und darum für vertraulich erklärte und der schliesslich aus dem Institut den Weg zum *Tages-Anzeiger* fand, um Mörgeli öffentlich zu diskreditieren.

Bereits Ende 2009 schrieben die Professoren des ZGW, zu denen etwa auch der Technikhistoriker und SVP-Kritiker David Gugerli gehört (er unterstellt der Partei, sie habe sich darauf spezialisiert, «Probleme zu erfinden und sie politisch zu bewirtschaften»), in einem ganzseitigen Inserat in der *NZZ*: «Die rassistische und fremdenfeindliche Rhetorik, Ideologie und Politik der SVP torpediert die Ausbildung unserer Jugend, setzt unsere Zukunft aufs Spiel, vergiftet unsere Gesellschaft und gefährdet das, was unsere Stadt und unser Land lebenswert macht.»

Man braucht kein Hellseher zu sein, um im Umfeld dieser Professoren, die sich jetzt so lautstark für die Mörgeli-Gegnerin Iris Ritzmann einsetzen, jene «Kollegen» zu vermuten, die laut Flurin Condrau das Medizinhistorische Institut und Museum in die «Isolation» trieben, weil ihnen Mörgelis politische Ansichten missfallen. Man muss sich den Vorgang präzise vor Augen halten: Condrau spricht ja im Akademischen Bericht davon, dass sein Institut aus «politischen Gründen» isoliert werde. Dass es just die Kollegen und Freunde Condraus sind, die Condrau den Vorwand liefern, Mörgeli abzuschliessen, veranschaulicht die feinmaschige Intrigenkultur an dieser Uni.

Es sind Condraus enge Kollegen und Freunde, die sein Institut schneiden. Damit erhält dieser ein zusätzliches, scheinbar objektives Motiv, Mörgeli loszuwerden. Perfidie hoch zwei.

Die Familie Ritzmann

Die politische Motivation der Anti-Mörgeli-Kampagne wird schliesslich auch bei Iris Ritzmann und deren Familie deutlich. Ein Bruder von Iris Ritzmann namens Heiner präsidiert den sogenannten Unterstützungsverein für AkademikerInnen in Konflikten mit öffentlichen Arbeitgebern und Behörden (UVAK), dessen einzige Tätigkeit bislang darin besteht, Iris Ritzmann und deren Ehegatten Eberhard Wolff – auch er steht im Visier der Staatsanwaltschaft wegen mutmasslicher Amtsgeheimnisverletzung im Fall Mörgeli – zu unterstützen. Bis vor kurzem war auf der UVAK-Website ein «Aufruf zur Solidarität mit der Familie Ritzmann-Wolff» aufgeschaltet, der einer politischen Anti-SVP-Kampfschrift gleicht und Iris Ritzmann als Opfer eines politischen Komplotts darstellt. Nicht weniger als sechs Mal fällt darin die Bezeichnung: «rechter Flügel der SVP».

Hier geht es, ganz offen, nicht mehr um Wissenschaft und akademische Leistung, sondern um Politik. In ihrem heiligen Eifer gegen Christoph Mörgeli scheinen manche Beteiligten die Contenance verloren und jede Zurückhaltung abgelegt zu haben. Iris Ritzmanns Vater, Professor Franz Ritzmann, ein emeritierter Ökonom, der seine Studenten einst mit dem kritischen Rationalismus des Philosophen Karl Popper vertraut machte, nannte Mörgeli in einem im Internet publizierten offenen Brief eine «wissenschaftliche Null» und schimpfte ihn unphilosophisch einen «Schädling der Universität».

Ein unbedachter Ausrutscher eines hilflosen Vaters? Vielleicht. Allerdings bewegt sich Franz Ritzmann damit gar nicht so weit weg von den Begriffen, mit denen Institutsdirektor Flurin Condrau operierte: Er bezeichnete Mörgelis politische Ansichten mehrfach als «institutsschädigend» und die «Isolation» der Zürcher Medizingeschichte durch Mörgelis Gegner im Hochschulmilieu als «schädlich». Auch gehe es darum, «Schaden» von Institut, Museum und Universität abzuwenden. Vater Ritzmanns Rhetorik ist brachial, aber womöglich sprach er nur aus, was andere dachten.

Wie ein Leitmotiv zieht sich die «Schädlings»-Rhetorik durch die Angriffe der Professoren. Was tut man mit einem Schädling? Man beseitigt ihn. Christoph Mörgeli, der Medizinhistoriker aus der falschen Partei, sollte schon bald endgültig aus Institut und Universität entfernt werden.

Nächste Ausgabe: Wie Mörgelis Rauswurf eingefädelt wird – und wie Institut, Universitätsleitung und Bildungsdirektorin Regine Aepli kräftig mithelfen.

Stoff für Kabarettisten

Von Thilo Sarrazin — Trickreich handelte die geschlagene SPD einen Koalitionsvertrag aus, der allen alles verspricht. Die Zukunft wird aber ganz anders aussehen, als es die Politiker vorsehen.



Am 22. September war die Bundestagswahl, die der CDU/CSU mit 41,5 Prozent einen Triumph bescherte, die FDP aus dem Parlament kapultierte und bei der SPD mit einem Ergebnis von nur

25,7 Prozent alle Kanzlerhoffnungen welken liess. Auch die Grünen, die sich schon bei 15 Prozent gesehen hatten, gaben mit 8,4 Prozent ein recht gerupftes Bild ab.

Am Ende konnten sie sich doch nicht zu einer Koalition mit der Union entschliessen, sondern entschieden sich fürs Wundenlecken. So fiel es der geschlagenen SPD zu, erneut unter einer Bundeskanzlerin Angela Merkel eine grosse Koalition einzugehen. Dafür hat sie den Preis recht hoch getrieben: So viel Sozialismus hatte es jedenfalls unter Kanzler Schröder nicht gegeben.

Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel wusste, dass die grosse Koalition bei vielen Genossen unpopulär ist, und er wendete einen Trick an: Über den Koalitionsvertrag, der am 27. November unterschrieben wurde, sollen die Parteimitglieder abstimmen. Mindestens 20 Prozent der 470 000 Parteimitglieder müssen an der Abstimmung teilnehmen, davon muss mindestens die Hälfte zustimmen, so die selbstgesetzten Regeln der SPD. Am 14. Dezember soll das Ergebnis des Mitgliedervotums vorliegen, am 17. Dezember wird dann die Bundeskanzlerin gewählt.

Bis dahin irren noch die Minister der abgewählten FDP als geschäftsführende Untote über die Flure ihrer Ministerien. Das Interregnum nach der Wahl wird bis zur Bildung der neuen Regierung drei Monate angedauert haben, so lange wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik. Die Koalitionsparteien werden über 80 Prozent der Sitze verfügen, die grösste Oppositionspartei wird dann die Linke sein, und ihr Chef Gregor Gysi wird bei allen Debatten nach den Regierungsparteien als Erster sprechen können. Wer hätte das gedacht: 23 Jahre nach der Einheit hat Deutschland einen ostdeutschen Bundespräsidenten, eine ostdeutsche Bundeskanzlerin und einen ostdeutschen Oppositionsführer.

Die Entscheidung der SPD für ein Mitgliedervotum erwies sich in den letzten Wochen als eine starke Verhandlungswaffe, denn auch die Union scheute die aussichtslose Lage, die

bei einem ablehnenden Votum entstehen würde. Das jetzt vorgelegte Verhandlungsergebnis passt in die Weihnachtszeit. Es wirkt so, als ob ein gütiger Nikolaus bei Petrus die himmlische Goldtruhe geöffnet hätte:

Hoffnung gibt's nur für Optimisten

- Für die Armen gibt es einen Mindestlohn von € 8.50.
- Für die Mütter gibt es zusätzliche Rentenansprüche.
- Für Arbeitnehmer mit langen Versicherungszeiten gibt es die Rente mit 63.
- Für solche mit niedrigem Einkommen gibt es die Aufstockung ihrer Renten.
- Für Mieter in Ballungsräumen gibt es die Mietpreisbremse.
- Für die Krankenversicherten gibt es innert vier Wochen einen Termin beim Facharzt.
- Für die Pflegebedürftigen gibt es verbesserte Leistungen.
- Für die Gewerkschaften gibt es die Begrenzung von Werkverträgen und Zeitarbeit.
- Für die Subventionierung von Ökostrom (2014: 24 Milliarden Euro) gibt es keine erkennbaren Einschnitte.
- Für die wegen des Ökostroms unrentabel gewordenen Kohle- und Gaskraftwerke gibt es eine neue Subvention, damit sie nicht abgeschaltet werden.



Himmliche Goldtruhe: Merkel, Seehofer.

- Für die CSU gibt es die PKW-Maut für Ausländer.
- Für die Entwicklungshilfe gibt es die Ankündigung steigender Leistungen.
- Für die Steuerzahler gibt es die Ankündigung des Verzichts auf Steuererhöhungen.
- Für die Sozialversicherung gibt es neue versicherungsfremde Lasten in Höhe von mindestens 1,5 Beitragspunkten.
- Für die Freunde staatlichen Sparens gibt es das Versprechen, dass ab 2015 keine neuen Schulden gemacht werden sollten.
- Für die Optimisten gibt es die Annahme, dass eine Rezession bis 2017 nicht stattfindet.
- Für die Vorsichtigen gibt es die Aussage von Angela Merkel, dass man natürlich nicht in die Zukunft schauen könne.
- Für die Krisenländer im Euro-Raum gibt es die Hoffnung, dass Deutschland engagiert an der Beseitigung seiner Stärken arbeitet.
- Für die Türkei gibt es die Ankündigung, dass die Beitrittsverhandlungen fortgesetzt werden.
- Für Verliererthemen wie Geburtenarmut, Zuwanderung in die Sozialsysteme, Flüchtlingsströme oder Euro-Krise gibt es Beschwichtigungsformeln oder staatsmännisches Schweigen.
- Für Menschen mit Angst vor Veränderungen gibt es jetzt die Gewissheit, dass sich nicht viel verändern wird.
- Für Kabarettisten gibt es neue Betätigungsfelder.
- Für Menschen mit gesundem Menschenverstand gibt es die Option, sich mit Grausen abzuwenden.

So weit die kurze Auswertung des 187 Seiten langen Koalitionsvertrags, der den beziehungsreichen Titel trägt: «Deutschlands Zukunft gestalten». Recht sicher dürfen wir sein: Die Zukunft stellt sich schon von selber ein, und sie wird ganz anders aussehen, als jetzt im Koalitionsvertrag zugrunde gelegt.

Franz Josef Strauss hat mal gesagt: «Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat zu, als dass die Politiker Rücklagen bilden.» Recht hatte er. Solange es gutgeht, wird der Bürger zufrieden sein, und wenn es schiefgeht, waren die Weltwirtschaft oder internationale Spekulanten schuld.

Nach einer aktuellen Umfrage von Allensbach misstraut die Mehrheit der Bürger in Deutschland der Marktwirtschaft und will einen starken Staat. Nur 18 Prozent finden die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gerecht, 65 Prozent finden sie ungerecht. Die grosse Koalition ist populär, und ihre Ankündigungen scheinen den Volkswillen widerzuspiegeln. Demokratie ist eben Volksherrschaft, und als Demokrat muss man mit den Folgen leben.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

«Es schwebt irgendwo im Nirwana»

Frank Schäffler kritisiert die deutsche Politik zur Rettung des Euro und fordert die Rückkehr der FDP zum klassischen Liberalismus. Am Parteitag von diesem Wochenende kandidiert er für die Wahl in den Parteivorstand. Ein Gespräch über den Liberalismus und Deutschland. *Von Christian Mundt*

Herr Schäffler, nach dem Wahldebakel der deutschen FDP fordern Sie als Kopf der Bewegung «Liberaler Aufbruch» eine Erneuerung der Partei von innen – die FDP müsse sich wieder an klar liberalen Werten orientieren. Wie gross ist der «Liberaler Aufbruch» innerhalb der FDP?

Wir haben keine internen Mitgliedschaften, darum kann man das nicht genau sagen. Wir sind eine Handvoll Leute, die den klassisch liberalen Geist in der FDP voranbringen wollen. Unsere Grösse zeigt sich jeweils an internen Abstimmungen: Wir sind keine Mehrheit, aber eine bedeutende Minderheit.

Jetzt wollen Sie als Vertreter des Liberalen Aufbruchs in den Vorstand der FDP.

Genau. Es ist mein Angebot an den designierten Vorsitzenden Christian Lindner, um die Partei mit all ihren Strömungen zusammenzuhalten.

Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe für die Wahlniederlage vor zwei Monaten?

Die FDP hat Reden und Handeln nicht in Einklang gebracht. Wir haben Versprechungen gemacht, die wir in der Regierung nicht umgesetzt haben: die Steuerreform, die Energiewende oder unsere Europapolitik. Anstatt des Finanzministeriums besetzten unsere Leute das Aussen- oder Entwicklungshilfeministerium.

Die wichtigen Ministerien waren der Koalitionspartnerin CDU vorbehalten?

Da bin ich nicht sicher. All diese Dinge werden während der Koalitionsverhandlungen am Anfang der Regierungszeit festgelegt. Anstatt die CDU in unsere Richtung zu drängen, haben wir zu schnell nachgegeben und dem Vertrag zugestimmt.

Warum war die FDP nicht standfester?

Der Aussenminister wollte möglichst schnell zum Europäischen Rat mitgenommen werden, was eine schnelle Vereidigung bedingte. Die persönlichen Werte standen vor der Sache. Liberale treten immer für Machtteilung ein. Wir haben das im Innern nicht umgesetzt und dafür nun die Quittung bekommen.

Dass die deutsche FDP zwischenzeitlich Mühe mit dem liberalen Kompass hat, wurde im Mai mit dem Ja zu Mindestlöhnen offensichtlich.

Die Frage ist, warum stimmten die Mitglieder für diese Art von Mindestlohn? Das hat nicht immer mit dem Thema an sich zu



«Neuer Stern am Parteienhimmel»: FDP-Politiker Schäffler.

tun. Es gab taktische Überlegungen, einige waren loyal zum Parteivorstand – solche Entscheide werden nicht nur sachlich getroffen. Ich kritisierte das scharf, denn genau das ist unser Problem: Wir vertaktieren uns. Am Ende weiss niemand, wofür die FDP steht: Sind wir für oder gegen etwas? Oder taktieren wir nur?

Apropos Taktik: Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat eine neue, eurokritische Partei fast gleich viele Stimmen geholt wie die Liberalen. Hat die FDP punkto Euro falsch taktiert, so dass eine AfD überhaupt entstehen konnte?

Ja, ganz klar. Seit 2010 war es meine Hoffnung, so etwas zu verhindern. Darum kämpfte ich gegen diese Politik zur Rettung des Euro, die eine liberale Partei im Mark trifft. Wir sind die Partei des Eigentums und der Marktwirtschaft. Beides wird mit Füßen getreten. Der Erfolg der AfD hat aber auch mich überrascht. Vor allem auch, weil eine Parteigründung in Deutschland nicht ganz so einfach ist.

Die CDU hat trotz oder gerade wegen der Europapolitik zugelegt. Für uns Schweizer ist es unverständlich, wieso Deutschland so stark am Euro hängt.

Als Erstes darf man nicht unterschätzen, dass es einflussreiche Gruppen gibt, die ein Interesse an dieser Euro-Politik haben. Wir übernehmen ja nicht nur Lasten. Die Exportwirtschaft profitiert massiv.

Die Südeuropäer können sich aber kaum mehr deutsche Autos leisten.

Es geht um die Stabilität, die der Euro-Raum insgesamt – auch in die Welt – ausstrahlt. Das führt zu einem funktionierenden Export, woran natürlich die Industrie ein grosses Interesse hat.

Aber ein mögliches Scheitern der Währung liegt kaum im Interesse der Firmen.

Das sehen Sie bei Familienunternehmen, die in Generationen denken. Diese sind deutlich kritischer. Man darf aber nicht vergessen, dass es momentan vor allem ein Phantomschmerz ist. Viele wissen zwar, dass es so eigentlich nicht richtig ist und irgendwann mal etwas kommt – aber das alles ist noch nicht so klar. Es schwebt irgendwo im Nirwana. Hinzu kommt, dass Deutschland wirtschaftlich so erfolgreich ist wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Wirtschaft wächst, der Haushalt wird langsam konsolidiert, und die Verschuldung geht zurück. Die Euro-Politik ist halt der Preis dafür – für viele einer, den sie noch zu zahlen bereit sind.

Erklärt das die hohe Zustimmung für Frau Merkel und ihre CDU?

Angela Merkel ist ein Garant für Stabilität. Der Deutsche will keine Unsicherheit. Der Deutsche will, dass Vater Staat alles für ihn regelt, ihn behütet und beschützt. Genau

das strahlt Frau Merkel aus. Und im Gegensatz zu ihrem Vorgänger nimmt sie sich in der Öffentlichkeit nicht so wichtig: Sie tritt bescheiden auf, provoziert keine Skandale. Etwas bieder und zurückhaltend. Deutschland will keinen Borer-Fielding oder Schröder, der auf Partys geht, dicke Zigarren raucht und teure Massanzüge trägt. Ein Kanzler muss zurückhaltend sein.

Kann denn Deutschland überhaupt eurokritisch sein?

Es sollte! Denn in der Summe ist die aktuelle Entwicklung fatal. Eines ist klar: Irgendwann wird die Rechnung präsentiert. Und das, was wir jetzt konsumieren, müssen wir irgendwann bezahlen.

Wird der Euro so überleben?

Ich bin überzeugt, dass der Euro-Raum in dieser Form keinen Bestand hat – unabhängig davon, ob man das will oder nicht. Wenn die eine Wirtschaft in den Keller geht und die andere zum Himmel schießt, geht das irgendwann nicht mehr auf. Man brauchte immer mehr und immer grössere Transfers.

«Der Deutsche will, dass Vater Staat alles für ihn regelt, ihn behütet und beschützt.»

Spätestens im nächsten Frühjahr wird man das wieder sehen.

Wieso im nächsten Frühling?

Europa wartet die Koalitionsverhandlungen in Berlin ab. Danach werden wir eine neue Stufe der Intervention erleben.

Das heisst mehr Geld von der Zentralbank?

Ja. Viele sehen das Problem in der Kapitalisierung der Banken Südeuropas. Wegen fehlenden Eigenkapitals oder schlechte Aktiven würden diese keine Kredite geben. Das führe dazu, dass nicht investiert und keine Arbeitsplätze geschaffen werden und die Steuereinnahmen stagnieren oder sinken. Darum könnten keine Schulden abgebaut werden. So denken Interventionisten. Sie glauben, dass die Wirtschaft so funktioniert. Irgendwann wird sich die Politik nicht mehr über die Marktkräfte hinwegsetzen können.

Vor zwei Jahren gab es schon Stimmen, die Griechenlands Euro-Austritt für letztes Jahr prognostizierten. Bis heute hat die Politik aber über die Marktkräfte obsiegt.

Es ist schwierig vorherzusagen, wie lange das noch so weitergeht. Es hängt natürlich auch von den Bedingungen ab: einerseits von der Europäischen Zentralbank, andererseits vom Bundesverfassungsgericht in Deutschland. Wenn dieses der EZB Bedingungen für den Anleihenkauf auferlegt, was ich hoffe, kann die Zentralbank weniger intervenieren, und umso mehr müssen die Rettungsschirme einspringen. Diese sind gedeckelt, also endlich – im Gegensatz zur

Zentralbank, die immer neue Euros drucken kann. Langer Rede kurzer Sinn: Wird die EZB eingeschränkt, geht es schneller. Macht sie weiter wie bisher, dauert es länger, bis die Rechnung kommt.

Wovon reden wir? Von zwei Jahren? Fünf? Zehn?

Nach dem Prager Frühling 1968 glaubte man, der Sozialismus sei am Ende: Die Infrastruktur war kaputt, nichts funktionierte mehr richtig. Alle glaubten, das gehe noch ein, zwei Jahre. Am Ende waren es dann zwanzig. **Ein Binnenmarkt verlangt nach gemeinsamen Rechtsordnungen, wie die Schweiz allmählich merkt. Soll der Rechtsrahmen europaweit harmonisiert werden?**

Nein, diese Nivellierung des Rechts muss nicht sein. Es wäre besser, Wettbewerb zwischen den verschiedenen Rechtssystemen spielen zu lassen. Wieso soll Österreich nicht ein anderes Unternehmenssteuerrecht haben als Deutschland? Letztendlich soll es so sein, dass sich das beste System herausbildet. Wenn die Slowakei gute Erfahrungen mit einer Flat Tax macht, darf Brüssel das doch nicht verbieten oder Mindeststeuern vorschreiben. Die Slowakei hat nur Chancen, sich im Wettbewerb durchzusetzen, wenn sie ihre Vorteile ausspielen kann. In der Slowakei sind das vielleicht tiefe Steuern, in Deutschland wäre es eine gute Infrastruktur, in Frankreich wären es tiefe Energiepreise.

Glauben Sie, dass Ihre liberalen Ideen mehrheitsfähig werden? Gerade in Deutschland?

Natürlich sind das grosse Hoffnungen, wobei ich das mittel- und langfristig betrachte. Bei aller Sicherheitsgläubigkeit ist in Deutschland – und auch in Europa – eine Renaissance liberaler Ideen zu erkennen.

Woran erkennen Sie diese Renaissance des Liberalismus?

Ausserhalb politischer Parteien entwickelt sich eine Gegenbewegung zu den zentralistisch-etatistischen Tendenzen der Gesellschaft. Klassisch liberale Ansichten werden in «Inseln der Freiheit» thematisiert. Das war noch vor zehn Jahren anders. Der Liberalismus gewinnt wieder an Dynamik. Es gibt eine Fülle von Blogs, Think-Tanks und Internetseiten, die allesamt grossen Zustrom haben. Oder nehmen wir die Entwicklung alternativer Währungen wie Bitcoins. Da geht einem Liberalen das Herz auf.

Dann müsste sich die FDP ja in Ihrem Sinne verändern.

Langfristig bin ich auch hier voller Hoffnung, dass dies passiert. Die FDP hat durchaus die Chance, als neuer Stern am Parteihimmel aufzuerstehen. Vielleicht nicht heute, vielleicht auch nicht morgen. Aber übermorgen – sofern wir uns auf unsere Grundwerte, den Liberalismus, zurückbesinnen. ○

Berlusconi war zu nett

Italiens gerngehasster früherer Ministerpräsident sieht sich aus dem Senat gedrängt. Die Häme ist gross. Wie aber ist der Politiker Silvio Berlusconi sachlich einzuschätzen? Welches Erbe hinterlässt er? *Eine Bilanz von Tito Tettamanti*



Zuerst war da Erfolg – und dann Misserfolg: Politiker Berlusconi am 27. November.

Ist er ein Staatsmann oder ein Verbrecher? Jemand, der versucht hat, die Schwäche und die Müdigkeit der Besitzstand währenden Parteien zu überwinden und im Dialog mit dem Volk ein neues Politsystem zu etablieren? Oder ein Scharlatan, ein berechnender Clown, der mit illusorischen Versprechen die Massen verführt und hinters Licht geführt hat? Ist er ein Erotomane, grob und geschmacklos, der dem politischen und zivilen Leben Italiens eine vulgäre Note verpasste? Oder jemand, der bloss die Frohnatur der Italiener verkörpert? Ein erfolgreicher Unternehmer, der dem Lande seine Erfahrung und Begabung zur Verfügung stellte, oder jemand, der seine geschäftlichen Interessen politisch förderte?

Wenn wir alles Anekdotische und auch persönliche Sympathien, Antipathien und Vorurteile beiseite lassen, liesse sich ein faires Urteil über seine zwanzig Jahre in der Politik

vielleicht so resümieren: Zuerst war da Erfolg – und dann Misserfolg.

Berlusconis grosser Erfolg bestand darin, dass es ihm im Jahr 1994 gelang, innerhalb weniger Monate eine politische Bewegung aus dem Nichts aufzubauen und den schon sicher geglaubten Wahlsieg der Linken (angeführt von den Altkommunisten) geschickt zu vereiteln.

Gross ist allerdings auch sein Misserfolg. Obwohl er während der letzten zwanzig Jahre mehrere Male Ministerpräsident war und zeitweise über komfortable, wenn auch etwas heterogene parlamentarische Mehrheiten gebot, hat er es nicht verstanden, grundsätzliche Reformen in Kraft zu setzen. Er hat viele Versprechen gemacht, inklusive jener, die darauf zielten, Italien zu modernisieren und liberaler zu gestalten. Aber er hat kein einziges wichtiges Versprechen gehalten. Warum nicht? Hat er zu viel versprochen? War er nicht ehrlich zu den

Bürgern, deren Verstand er nie zu loben vergass? Oder war er schlicht selbstverliebt und unfähig, das Land voranzubringen?

Gescheitert sind sie alle

Berlusconi kann für das Versagen immerhin mildernde Umstände geltend machen. Wenn jemand Italien wirklich reformieren will, so kann er eigentlich nur scheitern. Mario Monti mit seiner Regierung, welche die ausdrückliche Unterstützung der EU und der Grossen der europäischen Politik genoss, mithin gleichsam über einen Blankoscheck verfügte, ist ebenfalls glorios gescheitert.

Der heutige Ministerpräsident Letta hat daraus gelernt. Er zeichnet sich vor allem durch seine Vorsicht aus, eine Haltung, die zu jenem Zustand führt, den wir kennen: Nichts geht mehr, alles bleibt, wie es ist, und wenn es noch so schlecht ist.

Warum ist das so? Weil Italien eben dominiert wird von einigen *poteri forti*, die kein Interesse an Reformen haben. Die mächtigste unter diesen Gewalten ist die Verwaltung, die Bürokratie auf den verschiedenen Niveaus. Aufgeblasen, kostspielig, byzantinisch, im Besitze einer intimen Kenntnis von allen Ecken der Macht und ihren Schwächen, mit der Ewigkeit als Zeitmesser. Sie kann verhindern, was sie will. Minister verabschieden Beschlüsse, Gesetzesentwürfe, Verordnungen, die dann sozusagen bürokratisch vornehm begraben werden.

Die zweite Gewalt ist die politische *casta*, die nichts ändern will aus Angst, ihre Pfründen und Privilegien einzubüssen. Seit Jahren gilt es als wichtige Aufgabe, die astronomischen Kosten der Politik zu kürzen; jeder Parlamentarier zeigt sich zwar wortreich damit einverstanden, verhindert aber insgeheim, dass wirklich etwas geschieht. Parteien und Politiker kassieren Millionen und kosten Milliarden.

Die dritte Gewalt sind die archaischen Gewerkschaften, die vom Staat Aufträge und viel Geld bekommen, die eine geradezu nostalgische Klassenkampfstrategie betreiben, deren grosser Wunsch die Verstaatlichung von allem und jedem wäre und die jede Reform schon im Ansatz abwürgen, die den Arbeitsmarkt flexibler machen könnte.

Justiz: Politik mit anderen Mitteln

Die vierte Gewalt schliesslich sind die Richter, die zwar zu Recht über die grassierende Korruption empört sind, aber viel zu stark mit der Linken zusammenspannen. Sie sind in der Lage, mit mehr oder weniger fundierten juristischen Theorien jedermann als Verbrecher hinzustellen und damit auch Initiativen der Regierung zu behindern, inklusive der unbestritten nötigen Reform der Justiz. Prozesse in Italien dauern bekanntlich Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, und gehören zu den langsamsten in Europa. Die akribische Verfolgung Berlusconi über viele Jahre durch die Richter lässt auch bei den Gegnern Berlusconi, wenn sie es denn zugäben, Zweifel an ihrer Unparteilichkeit aufkommen.

Der Rauswurf Berlusconi aus dem Senat, gestützt auf ein Gerichtsurteil, tönt nach Rache in einer vergifteten Atmosphäre. Der Chef einer der zwei grössten Parteien Italiens, mit Millionen von Wählern, wurde enthauptet, mit Hilfe der rückwirkenden, also zweifelhaften Anwendung eines Gesetzes und dank der Unterstützung der *grillini*, einer Protestbewegung, die gegen alle und alles ist. Italiens Justiz war hier die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Die *poteri forti* werden zudem durch unzählige kleinere Korporationen im Gesundheitswesen und in den Universitäten bis hin zu den Taxifahrern ergänzt. Was diese strukturkonservativen Kräfte verbindet, ist das Bestreben, die eigene Macht nicht zu verlieren und vom Staat zu profitieren.

Die Zivilgesellschaft ist ebenfalls nicht ohne Schuld. Ein Grossteil der Italiener, die hart und seriös arbeiten, haben sich irgendwie mit der Macht der kleinen oder grossen Korporationen arrangiert, gehen nicht vor gegen die sich ausweitenden Missbräuche, sondern schwimmen lieber mit dem Strom. Man könnte sagen: Sie haben einen Pakt mit dem «System» geschlossen und sind bereit, die Kosten zu tragen, die es verursacht, aber als Gegenleistung zahlen sie keine Steuern. Es würde zum Konkurs führen, beides zu bezahlen.

Hätte Berlusconi eine italienische Margaret Thatcher sein können? Nein. Sein Charisma ist zwar unbestritten, doch fehlen ihm persönlich sowohl die kulturpolitische Kompetenz als auch die innere unbeirrbar Überzeugung, die Frau Thatcher Ausstrahlungskraft und Glaubwürdigkeit verliehen haben.

Zu seiner Entlastung wäre allenfalls anzuführen, dass ein italienischer Presidente del Consiglio bei weitem nicht über die Macht eines britischen Premierministers verfügt, der gleichzeitig als Chef der Partei und der Mehrheit im Parlament amtiert.

Die Verfassung der italienischen Republik sieht eine schwache Regierung und ein starkes Parlament vor, was historische Gründe hat. Die Kommunisten sollten in der Nachkriegszeit eine bestimmende Rolle in der Opposition

spielen dürfen, doch sollte Italien insgesamt westlich bleiben – das war der «Kompromiss» der Konferenz von Jalta im Februar 1945.

Berlusconi hat im Übrigen die Ohnmacht des Ministerpräsidenten, der dazu verdammt ist, bloss den Vermittler zwischen politischen Strömungen und Kräften im Land zu spielen, mehrmals zu Recht beklagt. Dessen ungeachtet bleibt seine Leistung bloss. Berlusconi hat nicht das Format einer Thatcher, und man sieht auch kein politisches Erbe, das er hinterliesse.

Fragen wir andersrum: Wäre ein Politiker überhaupt vorstellbar, der in den kafkaesken Wirrungen des italienischen Systems Reformen durchgebracht hätte, notfalls mit der Brechstange? Die Antwort ist: Nein. Weder war in den letzten zwanzig Jahren die Persönlichkeit in Sicht, der dies zuzutrauen wäre, noch ist sie es heute. Berlusconi wurde dämonisiert als Finsterling der Macht. Die Wahrheit ist: Berlusconi fehlte der Mut, das System frontal anzugreifen.

Die ironische Pointe seiner Karriere besteht darin, dass dieser polarisierende Politiker am Ende über seine eigene Harmonie- und Gefallsucht stürzte. Er wollte es allen irgendwie recht machen, deshalb ging er unter. Irritierend bleibt freilich, warum dieser sicherlich fähige Mann sich in seinem Privatleben mit dubiosen Figuren und Frauen umgab, was mit der Würde des Amtes selbst nach italienischen Massstäben nicht vereinbar war.

So viel steht fest: Italien hat die wirkliche Schmerzgrenze noch nicht erreicht. Und solange sie nicht erreicht ist, werden die unerlässlichen Strukturreformen auf sich warten lassen. Es dominiert weiterhin die Hoffnung, dass die EU, das heisst: Notenbankpräsident Mario Draghi und Bundeskanzlerin Angela Merkel, die italienischen Schulden übernehmen und begleichen werde. In einem Land mit so vielen Heiligen ist der Glaube an ein Wunder plausibel. Und die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Der Tessiner **Tito Tettamanti** ist Unternehmer und Financier, mit langjähriger Erfahrung als Geschäftsmann in Italien.

ARVI
THE SWISS BANK OF
FINE AND RARE WINES

ARVISA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 68 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
WWW.ARVI.CH

ARVI ADVENTSKALENDER!

Jeden Tag unschlagbare Weihnachtspreise.

Besuchen Sie täglich unsere Website WWW.ARVI.CH und lassen Sie sich überraschen.

Champagne Dom Pérignon
Moët & Chandon 2003



CHF 140.40
CHF 118.80

Gift Box

-15%

Unico
Vega Sicilia 2003



CHF 253.80
CHF 216.00

-15%

Aalto
Aalto 2011



CHF 38.90
CHF 32.40

-17%

Offerte pro Wein und nur für einen bestimmten Tag gültig. Bestellungen können nur elektronisch und über unsere Webseite getätigt werden. Limitierte Mengen werden je nach Verfügbarkeit den Kunden zugeteilt. Offerte gültig nach schriftlicher Bestätigung und solange der Vorrat reicht.



Kick für Kriegsverbrecher

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag versucht seit gut zehn Jahren, Völkermord und Kriegsverbrechen auszutreiben. Doch bei Blutherrschern hat das Tribunal kaum mildernde Wirkung. Sie klammern sich an die Macht bis zur letzten Patrone. *Von Urs Gehrig*



Kalkül der Moral: Syrische Rebellen bergen einen verletzten Kämpfer in Aleppo.

Sicherer sollte die Welt werden. Und fairer. Kriegsverbrechen sollten global geahndet werden. Diese Ziele verfolgten die Architekten des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), der sich vor genau zehn Jahren seines ersten Falles gegen Joseph Kony (ugandischer Anführer der Lord's Resistance Army) annahm. Eine abschreckende Wirkung sollte dieses Tribunal mit Sitz in Den Haag entfalten. Jeder Potentat sollte den Preis für Völkermord kennen: Verfolgung, Verurteilung, Verlies.

Unfähig, das Blutvergiessen zu stoppen

Die Idee war nobel, aber sie ist – wie Syrien vor Augen führt – schrecklich mangelhaft. Der ICC ist weit davon entfernt, brutale Diktatoren von Gräueltaten abzuhalten. Die Vorstellung, wie Slobodan Milosevic oder Charles Taylor zu enden, hat einige der schlimmsten Diktatoren davon überzeugt, dass sie nur eine

Wahl haben: weiterzukämpfen bis zur letzten Patrone.

Der Assad-Clan in Syrien ist bloss das jüngste Beispiel. Vor ihm waren es die Gaddafis. Als das libysche Regime aus den Fugen geriet, unternahm es zahlreiche Versuche, Mitglieder der Herrscherfamilie ausser Landes zu bringen. Doch selbst der Nachbar Algerien war nicht gewillt, ihnen Exil anzubieten. In den Wochen vor Muammar Gaddafis Fall wurden Flugzeuge mit seinen Angehörigen an Bord von zahlreichen Ländern abgewiesen. Wir werden nie erfahren, wie viele Menschen starben, während die Gaddafis nach Fluchtwegen aus dem brennenden «Haus» suchten. Ohne Zweifel hatten sie selbst ihr Haus in Brand gesteckt. Aber es war nicht zuletzt die internationale Gemeinschaft, die die Türen verschloss. Und Gaddafis Schergen dadurch anspornte, bis zum bitteren Ende Feuer zu legen.

Es war nicht immer so. Unter Expats, die während der 80er und 90er Jahre in Saudi-Arabien stationiert waren, erinnert man sich lebhaft, wie man Idi Amin durch die Gefrierabteilung eines Supermarktes in Dschidda, Saudi-Arabien, geistern sah. Wie jeder Abschnitt in seinem Leben war auch Idi Amins Pension widerlich. Aber war sein Exil tatsächlich die schlechteste Option?

Natürlich ist es stossend, dass sich der Massenmörder vor keinem Tribunal verantworten musste. Für die Familien, deren Angehörige vom ugandischen Schlächter ermordet worden waren, gab es nie Gerechtigkeit. Keine

Die legale Reinheit wird höher gewichtet als die Rettung von Menschenleben.

Katharsis durch einen Richterspruch. Aber die Zahl der Toten wäre viel grösser gewesen, hätte man versucht, Idi Amin einzusperren. Als der ugandische Despot einmal erkannt hatte, dass sein Spiel aus war, suchte er – und fand – Orte, wo man ihm Unterschlupf gewährte: in Libyen, dem Irak und später, bis zu seinem Tod, Saudi-Arabien.

Trotz – oder vielleicht gerade wegen – dieser unappetitlichen Rolle als Asylantenheim für Tyrannen und Kriegsverbrecher hat Saudi-Arabien der Welt einen Dienst erwiesen. Von allen Ländern, welche in letzter Zeit einen Aufstand erlebten, war Tunesien das mit der am wenigsten blutigen Revolte. Dies nicht zuletzt, weil Präsident Ben Ali innerhalb eines Monats nach Ausbruch der Revolution Zuflucht in Saudi-Arabien gefunden hatte.

Heute ist der politische Preis für die meisten Länder zu hoch, sich wie Saudi-Arabien als Fluchthelfer anzubieten. In einer Zeit, in der der Westen alles hochhält, was internationale Gerichtsbarkeit zu sein vorgibt, riskieren Regierungen, die gesuchten Staatsmännern Asyl gewähren, selbst verfolgt zu werden. Natürlich ist dies formaljuristisch korrekt. Doch der Preis für eine juristisch hehre Welt wird mit Blut bezahlt. Die neue internationale Gerichtsbarkeit setzt legale Reinheit höher als die Rettung von Menschenleben.

Mehr als 120 000 Menschen sind bislang im Syrien-Konflikt gestorben. Es gebe «massive Beweise» für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, verlautete die Uno-Menschenrechtschefin Navi Pillay am Montag in Genf. Präsident Assad sei persönlich

für Kriegsverbrechen verantwortlich. Sie berief sich auf eine Untersuchungskommission, die sich seit zwei Jahren im Auftrag des Uno-Menschenrechtsrates mit der Lage in Syrien befasst. Und sie forderte – zum wiederholten Mal –, der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag müsse die für die Gräueltaten Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Was erwartet die Uno – die sich oft genug als unfähig erwies, das Blutvergiessen in Syrien und anderswo zu stoppen – von Untersuchungsberichten und Appellen? Dass Assad erkennt, welche Gräueltaten er begangen hat, von Gewalt abschwört und abtritt? Oder stärken sie nicht vielmehr seine Überzeugung, dass es ihm geht wie Shakespeares Macbeth: «Bin ich einmal so tief in Blut gestiegen / Dass, wollt' ich nun im Waten stille steh'n / Rückkehr so schwierig wär' wie durchzugeh'n.»

Weniger poetisch, aber im Kern identisch, klang denn auch die rasche Antwort aus Damaskus auf Pillays Verbalangriff: «Sie redet schon seit langem Unsinn, und wir hören ihr überhaupt nicht zu.»

Man brauchte weder auf einen Uno-Bericht noch Pillays geharnischte Worte zu warten. Kurz nach Ausbruch des fast dreijährigen Bürgerkriegs war evident, mit welcher Brutalität Assad gegen Landsleute zu Werke geht. Es gab Momente, da ihm die Schlinge eng um den Hals lag. Es gab Anzeichen, dass der gelernte Augenarzt daran dachte, wenigstens das Leben seiner Frau und seiner Familie zu retten. Dies war genau der Zeitpunkt, in dem die Uno pragmatisch Heilvolles hätte tun können: Statt mit dem ICC zu drohen, hätte sie Assads letzte Alliierten dazu überreden können, ihn in einem luxuriösen Bungalow in Wladiwostok oder einer Villa am Chinesischen Meer verschwinden zu lassen.

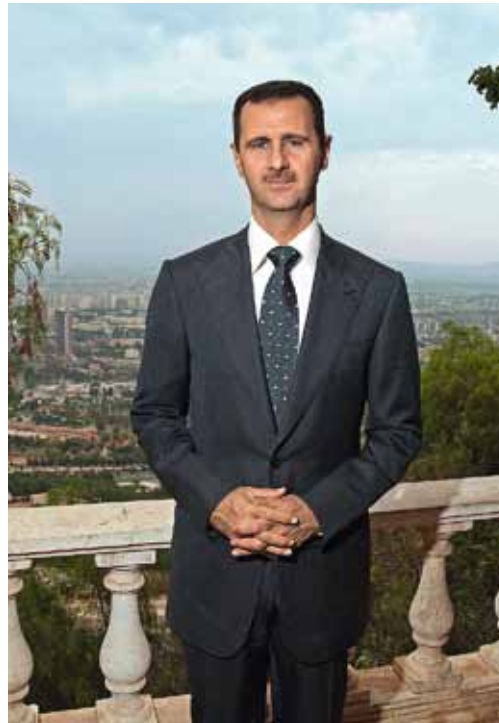
Eklatant selektive Fokussierung

Stattdessen versuchte man Assad mit Drohungen und einer «roten Linie» klein zu halten. Mit fatalen Folgen. Damaskus setzte Giftgas ein. Es pokerte hoch. Und gewann. Zwar hat Damaskus' Diktator kleinlaut eingewilligt, seine Chemiewaffen vernichten zu lassen. Dafür hat er einen militärischen Angriff Amerikas abgewehrt. Mehr noch, er sitzt heute sicherer im Sattel als zuvor. So zynisch es klingen mag: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen hat seine Macht gestärkt. Und so geht das Morden weiter. In der Zeit, da man Assad eine Flucht ins Exil verweigerte, sind Dschihadisten mancher Couleur im Land aufmarschiert. Die Arbeit der Uno erschöpft sich derweil darin, Zelte und Notnahrung für die Flüchtlinge in den berstenden Auffanglagern jenseits der syrischen Grenzen zu liefern.

Der ICC war kaum eine Woche alt, da hat Samantha Power – heute US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen – vorausgesagt, das Gericht werde «eine unverzichtbare Rolle spielen, indem es Kriegsverbrecher bestrafe

und stoppe und deshalb künftige Gräueltaten verhindere». Ihre eigene Regierung notabene ist dem Gericht nicht beigetreten. Daran hat sich auch nichts geändert, seit Barack Obama an der Macht ist, der einst eine Renaissance der internationalen Institutionen angekündigt hatte. Offenbar ist es gar nicht so einfach, Hegemonialmacht und Rechtsstaat gleichzeitig zu sein.

Zwar wurde der ICC als Weltstrafgericht ins Leben gerufen. Doch nebst den Amerikanern bleiben ihm auch die Weltmächte Russland und China fern. Sie betrachten das Gericht als Bedrohung ihrer eigenen Souveränität. Ihre Bürger sind folglich immun gegen Anklagen vor dem Weltgericht. Doch nicht nur in seinem Mitgliederkreis klaffen substanzielle Lücken. Eine eklatant selektive Fokussierung bringt



Sicherer als zuvor: syrischer Despot Assad.

das Gericht zunehmend in Misskredit. Sämtliche Fälle, mit welchen sich das Strafgericht bis dato beschäftigt hatte, beschränkten sich auf das Subsahara-Afrika.

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag betreibe «Neokolonialismus» und «Rassenhetze». Es sei ein «politisches Instrument gegen Afrikaner», kritisiert die Afrikanische Union. Und sie droht, sich vom ICC zurückzuziehen. Anlass des aktuellen Unmuts der afrikanischen Staatsführer ist die Anklage gegen Kenias Präsidenten Uhuru Kenyatta und seinen Stellvertreter William Ruto in Den Haag. Die beiden sollen sich des Massenmordes mit 1300 Toten und zahllosen Vergewaltigungen während des Wahlkampfes 2007 schuldig gemacht haben.

Die Vorwürfe des Neokolonialismus und Rassismus mögen überzogen sein. Doch ist es dem Ansehen des Gerichts in der Tat nicht

dienlich, dass sich alle bisher eröffneten Verfahren auf den afrikanischen Kontinent beziehen – als handle es sich bei Kriegsverbrechern um einen exklusiven Klub von Schwarzen.

Dieses Manko hindert die Schweizer Regierung nicht daran, den Haager Gerichtshof in höchsten Tönen zu preisen. «Der ICC ist zur unüberhörbaren Stimme für die Gerechtigkeit im Krieg geworden», schrieb Aussenminister Didier Burkhalter anlässlich des 10-Jahr-Jubiläums des ICC in einem Gastbeitrag für die *Berner Zeitung*. Auch er ventiliert die Legende der Abschreckung: «Allein die Drohung des Sicherheitsrates, eine bestimmte Situation an den ICC zu überweisen, ermutigt Tyrannen, eine politische Veränderung zu ermöglichen, statt sich bis zum Äussersten an die Macht zu klammern.»

Nichts liegt weiter daneben als dies, wie aktuell der Fall von Kenia zeigt. Die zwei mutmasslichen Haupttäter des Massenmordes, Kenyatta und Ruto, rücken keinen Millimeter von der Macht ab. Angeblich haben sie den Opferfamilien als Kompensation kleine Stücke Grundeigentums vermacht, weshalb sich in Kenia fast niemand mehr für die Bluttaten interessiert. Im Gegenteil: Eine Mehrheit der Bevölkerung ist für ihren Präsidenten und will die Sache vergessen. Zahlreiche afrikanische Staats- und Regierungschefs stehen hinter ihnen. Sie fordern, dass die Prozesse gegen Kenyatta und Ruto sowie grundsätzlich alle solchen gegen amtierende Präsidenten ausgesetzt werden.

Dennoch ermittelt der Internationale Strafgerichtshof. Insbesondere westliche Mitgliedstaaten bestehen darauf, dass das neue Kalkül der Moral alles übertrumpft. Wer die Welt vom warmen Büro aus betrachtet, mag die Internationale Gerichtsbarkeit als heilsbringende Schöpfung für eine gerechtere Welt verklären. Wer indessen in der Welt reist, kommt zum Schluss, dass die Absichten vieler ICC-Advokaten, so gut gemeint sie sein mögen, falsche Prioritäten setzen.

Nicht Schuld und Sühne, sondern blankes Überleben möglichst vieler Menschen muss das entscheidende Kriterium bei der Konflikt-

Nicht Schuld und Sühne, sondern blankes Überleben muss das entscheidende Kriterium sein.

lösung sein. Nicht: «Wie können wir Kriegsverbrecher vor Gericht bringen?», sondern: «Wie können wir sie von ihren Völkern fernhalten?», muss dabei die leitende Frage lauten.

Die Antwort ist weder einfach zu finden, noch wird sie schön aussehen. Aber indem man das Beste zum Feind des Guten macht, scheitert die Mission, das Schlechte auszumerzen. Schlimmer noch: Schlächter werden durch den Strafgerichtshof darin bestärkt, sich mit aller Gewalt an der Macht zu verbarrikadieren. ○



«Da passiert etwas, was wir nicht kennen.»

Gefahr aus dem Reagenzglas

Heute kommen etwa doppelt so viele Retortenbabys zur Welt wie vor zehn Jahren. Doch die künstliche Befruchtung bringt möglicherweise grosse Risiken für die Gesundheit der Nachkommen mit sich. Eine neue Studie von Schweizer Forschern zeigt beunruhigende Resultate. *Von Alex Reichmuth*

Unfruchtbarkeit bedeutet heute längst nicht mehr, dass man seinen Kinderwunsch begraben muss. Paaren, die auf natürlichem Weg kein Baby bekommen, steht eine breite Palette an medizinischen Möglichkeiten zur Verfügung. Insbesondere die Befruchtung im Glas, bei der Eizelle und Samenzelle ausserhalb des Körpers der Mutter zusammengeführt werden, kommt immer häufiger zur Anwendung. Im Jahr 2011 kamen in der Schweiz 2006 sogenannte Retortenbabys zur Welt, was 2,5 Prozent aller Geburten entspricht. Das bedeutet eine Verdoppelung innert zehn Jahren. Weltweit gibt es bereits über drei Millionen Geburten pro Jahr, die auf künstliche Befruchtung zurückgehen – Tendenz steigend.

Doch die Freude an Retortenbabys könnte einen Dämpfer erleiden. Denn Schweizer Mediziner unter der Leitung des Berner Kardiologen Urs Scherrer haben bei Tierversuchen Beunruhigendes beobachtet. Mäuse, die durch künstliche Befruchtung entstanden sind, leiden deutlich häufiger an krankhaften Veränderungen im Herz-Kreislauf-System als natür-

lich gezeugte Tiere und leben um bis zu einem Viertel weniger lang. Die Resultate sind soeben im renommierten *Journal of Clinical Investigation* publiziert worden. Es ist denkbar, dass auch bei Menschen entsprechende Gesundheitsrisiken existieren.

Stiefere Arterien und höherer Blutdruck

Urs Scherrer und seine Forscherkollegen haben festgestellt, dass Mäuse, die mittels In-vitro-Fertilisation (IVF) erzeugt wurden, steifere Arterien haben: Die Elastizität der Arterien ist durchschnittlich um 20 Prozent geringer als bei Mäusen, die natürlich entstanden sind. Zudem ist der arterielle Blutdruck der IVF-Mäuse um 10 Prozent höher. Steife Arterien und hoher Blutdruck sind beim Menschen frühe Anzeichen für Herz-Kreislauf-Probleme. Die mutmassliche Ursache der Symptome bei IVF-Mäusen sind sogenannte epigenetische Veränderungen im Erbgut.

Wie sich diese Veränderungen auswirken, hängt stark von der Ernährung ab. Scherrer und sein Team verabreichten Mäusen darum

besonders fettreiche Nahrung. Tiere aus dem Reagenzglas lebten in der Folge durchschnittlich um 25 Prozent weniger lang als natürlich gezeugte Mäuse. Bei normaler Nahrung hingegen konnte eine Verkürzung der Lebenserwartung bisher nicht belegt werden.

Natürlich lassen Beobachtungen bei Mäusen nicht ohne weiteres auf Folgen für den Menschen schliessen. Allerdings gibt es auch bei Menschen Anzeichen, dass sich In-vitro-Fertilisationen negativ auswirken. Schon 2012 hat Urs Scherrers Forschungsteam nachgewiesen, dass IVF-Kinder im Schnitt steifere Armarterien und dickere Halsschlagadern als natürlich gezeugte Kinder haben. Zudem steigt ihr Blutdruck im Lungenkreislauf stärker, wenn der Sauerstoff in der Luft abnimmt. Diese Symptome deuten auf vermehrte Herz-Kreislauf-Probleme in späteren Lebensphasen oder sogar auf ein erhöhtes Sterberisiko wegen Herzinfarkten hin. Auch eine grössere Anfälligkeit für Krebs ist nicht auszuschliessen.

Ob sich In-vitro-Fertilisationen tatsächlich wie befürchtet auf die menschliche Gesund-

heit auswirken, sei derzeit noch Spekulation, sagt Urs Scherrer. Das weltweit erste Retortenbaby kam 1978 zur Welt. Kein im Reagenzglas erzeugter Mensch ist also älter als 35 Jahre. Herzinfarkte und Krebs treffen aber vor allem ältere Leute ab 50 Jahren. Man muss darum noch Jahrzehnte warten, bis man über Spätfolgen von künstlichen Befruchtungen wirklich Bescheid weiss.

Eine Beobachtung im Rahmen der neuen Mäusestudie erachtet Urs Scherrer aber als «besonders beunruhigend»: IVF-Mäuse übertragen die beobachteten epigenetischen Veränderungen auf die Nachkommen. Die Veranlagung zu Herz-Kreislauf-Problemen geht also auf nachfolgende Generationen über.

Scherrer und sein Team haben auch festgestellt, dass IVF-Mäuse häufiger Diabetes entwickeln als natürlich gezeugte Mäuse. Dieses Resultat hat aber den wissenschaftlichen Begutachtungsprozess noch nicht durchlaufen und gilt darum als provisorisch.

Liegt es an den Nährlösungen?

Unklar ist, warum eine In-vitro-Fertilisation epigenetische Veränderungen auslöst. «Da passiert etwas im Reagenzglas, was wir nicht kennen», sagt Scherrer. Möglicherweise liege es an den Substanzen, in denen das Ei und später der Embryo im Reagenzglas schwimme. «Nährlösungen sind nie völlig identisch mit

den entsprechenden Flüssigkeiten im Mutterleib.» Solche Unterschiede könnten die Funktion der Gene beeinträchtigen.

Muss man Paare, die eine künstliche Befruchtung in Betracht ziehen, vor Herz-Kreislauf- oder gar Krebsrisiken für ihr Kind warnen? Dafür sei es zu früh, sagen Fortpflanzungsmediziner. «Die Beobachtungen von Scherrers Gruppe müssen zuerst von anderen Forschungsteams bestätigt werden, bevor man sie als gesichert betrachten kann», sagt Bruno Imthurn vom Universitätsspital Zürich. Gleicher Meinung ist Peter Fehr, der in Zürich eine Fortpflanzungsklinik führt. Paare mit Kinderwunsch über solche Risiken aufzuklären, sei erst dann nötig, wenn die auf IVF spezialisierten Fachgremien sie als real einstufen. So weit sei es aber noch nicht, so Fehr. Beide Ärzte weisen darauf hin, man müsse Gesundheitsrisiken für Retortenbabys nicht einfach hinnehmen, sollten sie sich bestätigen. Man könne die künstlich gezeugten Babys schützen, indem man die Nährlösung verändert, die Embryonen früher einpflanzt oder allgemein die Abläufe verbessert.

Dass technologische Fortschritte Spätfolgen verringern könnten, sieht auch Urs Scherrer. Höhere Risiken für IVF-Kinder sind aber nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. In-vitro-Fertilisationen nehmen heute auch darum stark zu,

weil Paare mit Kinderwunsch im Schnitt älter als früher sind und darum immer häufiger unfruchtbar. «Der Trend könnte wieder in Richtung jüngere Eltern gehen, sollten sich die Risiken der künstlichen Befruchtung bestätigen», sagt Scherrer.

Seine Forschungsergebnisse verunsichern jedenfalls. Er kenne Paare, die zweifelten, ob eine künstliche Befruchtung für sie noch in Frage komme, sagt Scherrer. Umgekehrt wurde ihm auch schon Angstmacherei vorgeworfen. Es sei aber wichtig, zu wissen, welche Risiken für Retortenbabys wirklich bestehen, meint der Mediziner. Es brauche darum eine grossangelegte Studie, die erfasse, wie sich der Gesundheitszustand von Menschen aus dem Glas entwickle.

Die beunruhigenden Resultate von Urs Scherrers Forschungsgruppe kamen bereits in der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK) zur Sprache. Eine Stellungnahme dieser Kommission liegt aber noch nicht vor. Es gibt jedoch bedeutende Wissenschaftler, die vor unbekanntem Spätfolgen von künstlichen Befruchtungen warnen. So hat der britische Fortpflanzungsmediziner Robert Winston, eine Koryphäe auf dem Gebiet der In-vitro-Fertilisation, IVF-Babys kürzlich als «Versuchskaninchen» bezeichnet. Diese würden mit Methoden gezeugt, deren Sicherheit ungewiss sei, so Winston. ○

Bordeaux-Degustation – Jahrhundertjahrgang 2009



Montag
Freitag

9. Dezember 2013
13. Dezember 2013

von 16:00 bis 21:00
von 16:00 bis 21:00

bei uns im Carnotzet in Kiesen

Château Giscours 3ème Grand Cru classé Margaux 2009	Fr. 77.00
Château Sociando Mallet Médoc 2009	Fr. 60.00
Château La Tour Carnet 4ème Grand Cru classé Médoc 2009	Fr. 48.00
Château Pédesclaux 5ème Grand Cru classé Pauillac 2009	Fr. 41.80
Château Phélan Ségur St-Estèphe 2009	Fr. 54.00
Château les Ormes de Pez St-Estèphe 2009	Fr. 49.50
Château Carbonnieux Cru classé Pessac-Léognan 2009	Fr. 46.00
Château la Louvière Pessac-Léognan 2009	Fr. 38.50
Château Rauzan Gassies 2ème Grand Cru classé Margaux 09	Fr. 58.80
La Goulée by Cos d' Estournel Cru Bourgeois 2009	Fr. 40.80
Château Canon la Gaffelière Grand Cru classé St. Emilion 09	Fr. 118.00
Château Beauregard Pomerol 2009	Fr. 60.50
Château Petit Village Pomerol 2009	Fr. 76.50



Diese 13 edlen Bordeaux-Weine an einem Abend zu verkosten ist eine einmalige Chance, die nicht so schnell wieder kommt. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung: Tel. 031 781 26 26, www.riemdaepp.ch

WEINKELLEREI RIEM, DAEPP & CO. AG, PROFESSOREISTRASSE 8, 3629 Kiesen

Der bessere Schweizer

Pedro Lenz, der erfolgreichste Mundart-Autor der Schweiz, will die Deutungshoheit über Bodenständigkeit und Patriotismus den Konservativen streitig machen. Bei einem Mittagessen in seinem Restaurant in Olten zeigt sich: Er ist seinen Gegnern näher, als ihm lieb ist. *Von Rico Bandle*

Noch vor wenigen Jahren galt es unter den Schriftstellern als unerlässlich, an der Schweiz zu leiden, Weltstädte wie Paris oder Berlin zu rühmen, alles Volkstümliche weit von sich zu weisen. Das Blatt hat sich gewendet: Heute schreiben viele Autoren in Mundart, orientieren sich nach innen, erzählen Geschichten, die sich zwischen Turnverein-Abend und Wocheneinkauf in der Migros abspielen. Diese Generation von Literaten schämt sich nicht dafür, wenn die *Schweizer Familie* anstatt das NZZ-Fuilleton sie porträtiert, dass ihre Lesungen auf dem populären Radio SRF 1 anstatt auf dem Kultursender SRF 2 ausgestrahlt werden.

Unter diesen Mundartautoren sticht einer heraus: Pedro Lenz. Sein Gefühl für Sprachrhythmus, sein melancholisches Faible und sein sanfter Humor haben ihm eine Vormachtstellung in der Mundartliteratur eingebracht, die vergleichbar ist mit jener des Liedermachers Mani Matter. Auch Matter war nur einer von vielen Troubadouren, und doch überragte er alle: weil seine Lieder eine Spur pointierter und witziger waren, er Texte schrieb, in denen kein einziges Wort zu viel war.

Lenz ist an durchschnittlich vier Abenden pro Woche im Land unterwegs, liest in einer Dorfbibliothek, einem Kellertheater oder einer Mehrzweckhalle seine Texte vor. Der Erfolg ist beispiellos für einen Mundartautor: Über Monate hinweg ist er ausgebucht, sein Roman «Der Goalie bin ig» war mit über 21 000 verkauften Exemplaren ein sensationeller Bestseller, seine «Morgengeschichten» auf Radio SRF 1 sind äusserst beliebt.

Lenz ist ein Autor für die SRF-1-Mittelschicht: Das Publikum an den Lesungen ist eher ländlich geprägt, etwas älter, besteht vorwiegend aus alteingesessenen Schweizern. Die klassische SVP-Klientel, könnte man meinen – doch in diesem Punkt liegt die Crux von Pedro Lenz und seiner Generation von Mundartautoren: Mit aller Vehemenz versuchen sie sich von dem konservativen Gedankengut zu distanzieren. Darauf angesprochen, wird der sonst so ruhige und besonnene Autor emotional. Doch dazu später.

«Subversiver Verein»

Wir treffen uns im «Flügelrad», dem Restaurant nahe dem Oltnen Bahnhof, das Lenz zusammen mit seinem Schriftstellerfreund und SP-Lokalpolitiker Alex Capus sowie dem früheren *Blick*-Chefredaktor Werner De Schepper vor einigen Jahren erworben hat. Eine alte Ei-

senbahnerbeiz mit währschafter Küche, zwei Mittagsmenüs stehen jeden Tag zur Auswahl, eines mit Fleisch und ein vegetarisches. Das Lokal ist gut gefüllt an dem Freitagmittag, Lenz begrüsst einige Gäste: «Tschou, wie geits», man kennt sich. Eine solche Beiz passt zu Lenz: ein Ort, dank moderaten Preisen zugänglich für alle, bodenständiges, gemütliches Ambiente. Und ein Ort, an dem auch politisiert wird. Hier treffen sich die Jungsozialisten um Cédric Wermuth, intern «Flügelrad-Gruppe» genannt, um die Überwindung des Kapitalismus voranzutreiben.

Während unseres Gesprächs, der Kaffee wird gerade serviert, betreten einige bekannte Gesichter das Lokal. Darunter die ehemaligen Nationalrätinnen Cécile Bühlmann (Grüne) und Hildegard Fässler (SP), der frühere Zürcher Stadtpräsident Josef Estermann (SP) und der Historiker Georg Kreis. Fässler kommt zu uns an den Tisch. «Hilde!», ruft Lenz. «Hoi

«Ich konnte mir nicht vorstellen, bis 25 von meinen Eltern abhängig zu sein.»

Pedro, wie häsch?», sagt die Politikerin. Sie hätten unten im Keller ein Treffen des «Club Helvétique», «dieses subversiven Vereins», witzelt Fässler. «Wir sind im Durchschnitt etwas alt. Und erfolglos. Aber was soll's.» Tatsächlich erinnert die Runde an die alternen Patriotenverschwörer im Film «Beresina», wo ein paar greise Herren einen Staatsputsch anzetteln, um das Land vor dem Einfluss des Auslands zu retten. Nur dass diese Aktivisten hier die Schweiz nicht bewahren, sondern in die EU führen möchten.

Während in dem Lokal die politische Öffnung angestrebt wird, zelebriert Lenz in seinen Texten das Kleinräumige, die Nähe, das Schweizerische. Mit der geschriebenen Mundart begibt er sich in ein sprachliches Réduit: Auch für Schweizer sind die Texte ungewohnt zu lesen, für alle anderen Deutschsprachigen sind sie gänzlich unzugänglich. Pedro Lenz zu lesen, ist eigentlich ohnehin unsinnig: Man sollte ihn hören, besser noch: sehen.

Wenn der grossgewachsene Mann mit seinem traurigen Blick seine Texte auf Langenthaler Deutsch vorträgt, macht sich eine melancholisch-heitere Stimmung breit, die tief berührt. Seine Geschichten handeln oft von lebenswürdigen Antihelden, von Verlierer-

typen, die aber doch das Herz am rechten Fleck haben.

In seinem neuen Buch «I bi meh aus eine» – auch hier sei das Hörbuch empfohlen – überschreitet Lenz erstmals den engen lokalen Radius. Ein Hochstapler aus dem emmentalischen Trubschachen flieht nach Argentinien, nachdem er in seinem Dorf die Mündelkasse geplündert hat. Unterwegs nimmt er die Identität eines verstorbenen Arztes namens Theophil Romang an, praktiziert in seiner neuen Heimat als falscher Doktor, später gründet er eine Ortschaft mit seinem Namen. Bis heute wird er dort als Held gefeiert.

Lenz sieht in dieser Auswanderergeschichte keine Ausweitung seines Themenkreises: «Ich schreibe grundsätzlich nur über Dinge, die ich selbst sehr gut kenne. Die Menschen bewegen sich immer in kleinen Räumen, egal, ob in Langenthal oder Buenos Aires.» Diese kleinen Räume sind das, was Lenz interessiert. «Es gibt nichts Provinzielleres, als seine Weltläufigkeit anhand exotischer Schauplätze aufzeigen zu wollen», sagt er. Von einer Abschottung durch die Sprache will er nichts wissen: «Einem Schotten oder einem Litauer würde man auch nie sagen: «Schreib doch auf Amerikanisch oder Russisch, dann findest du ein grösseres Publikum.»»

Jungwacht, Baustelle, Uni

Aufgewachsen ist Pedro Lenz in Langenthal, die Mutter ist Spanierin, der Vater, ein Schweizer, war Direktor der örtlichen Porzellanfabrik. Pedro war ein fleissiger Kirchgänger, engagiertes Mitglied der katholischen Jugendorganisation Jungwacht, leitete viele Lager, lernte so die Schweiz kennen. Er galt als Alternativer, rebellierte gegen die Erwachsenenwelt, brach das Gymnasium ab. «Ich konnte mir nicht vorstellen, bis 25 von meinen Eltern abhängig zu sein.»

Der Vater war wenig glücklich über den Entschluss, gab sich aber tolerant. «Er verlangte von mir nur, die Maurerlehre auch wirklich zu Ende zu führen.» Sieben Jahre arbeitete der schlaksige Mann auf dem Bau. Nach einem Absteher als Jugendarbeiter bei der katholischen Kirche in Langenthal holte er die Matura nach und begann in Bern spanische Literatur zu studieren. Tagsüber war er an der Uni, abends verdiente er als Hilfsarbeiter auf dem Güterbahnhof seinen Lebensunterhalt. In Professor José Manuel López de Abiada fand er einen Förderer, der ihm eine Hilfsassistenten anbot.



«Schaffe, schaffe, schaffe»: Schriftsteller Lenz.

López, ein Mann aus einfachen Verhältnissen, war mit seinem Temperament, seiner Begeisterungsfähigkeit eine Lichtgestalt im Uni-Umfeld.

Trotzdem litt Lenz. Die abgehobenen Seminare, die Diskussionen, in denen es in erster Linie darum ging, wer noch mehr Fremdwörter in einen möglichst verschachtelten Satz packen kann, das war nicht seine Welt. Nach drei Jahren brach er das Studium ab. «Ich bin aber doch froh, dort gewesen zu sein, den Schlüssel zur akademischen Welt zu besitzen, ist wertvoll.»

Vor einigen Jahren hatte er noch die Ambition, dort mitzumischen, was als «Hochkultur» bezeichnet wird. Er begann, ein Buch auf Hochdeutsch zu schreiben, las 2008 einen Auszug am renommierten Ingeborg-Bachmann-Lesewettbewerb, der auf 3sat übertragen wird. Die Jury kritisierte ihn heftig – «Ein nicht unsympathischer Text, aber ich fürchte, auch ein völlig unbedeutender», lautete eines der Urteile. Lenz brach das Buchprojekt frustriert ab, obschon er, wie er betont, von Beobachtern ausserhalb der Jury viel Zustimmung erhalten habe.

Die Landbevölkerung ist ihm lieber

Ressentiments gegen die Feuilletonisten und den elitären Literaturbetrieb hege er keine. «Mich stört aber, wenn gewisse Leute sagen, was Erfolg habe, könne nicht gut sein.» Er werde häufig angegriffen, weil er mit seinen vielen Auftritten, Kolumnen oder Radiobeiträgen ständig in der Öffentlichkeit stehe. «Ich muss von meiner Arbeit leben. Wenn einer *en fuule Siech* ist und alle zehn Jahre ein kleines Bändchen veröffentlicht und dann *grännet*: «Ich bin halt nicht so volksnah, weil ich etwas Höheres mache», dann muss ich lachen.» Volksnah, im urbanen Umfeld schon fast ein Schimpfwort, ist für ihn etwas Positives. Die Landbevölkerung erlebt er ohnehin als offener als die städtische. «In der Stadt bilden sich Szenen, die Leute bleiben unter ihresgleichen, reden nicht miteinander, das merkt man.»

Die Poesie, die Leichtigkeit in Lenz' Texten sind hart erarbeitet. Wird er gefragt, wie sein Leben aussehe, sagte er: «Schaffe, schaffe, schaffe.» Sein Arbeitsethos, aber auch seine Ansichten zu Höflichkeit, Rücksicht und Ordnung lassen den Halb-Secondo als perfekten Schweizer erscheinen – ja, auch eine gewisse Biederkeit ist ihm nicht abzusprechen: Er regt sich darüber auf, wenn die Leute in den Zug drängeln, anstatt anzustehen, wenn Müll auf den Boden geworfen wird, und findet, Gratiszeitungen machten dumm. Fehlende Rücksichtnahme macht ihn rasend: «Wenn jemand in einem vollen Zug seine Tasche neben sich auf den Sitz stellt, so ist das für mich eine aggressive Aussage.» Und: «Die Schweizer meinen immer noch, sie seien gut, was Anstand und Sauberkeit betrifft. Dabei sind wir lausig.»

Lenz tut auch offen seine Abneigung gegenüber der Mentalität von gewissen Ausländergruppen kund. Eine seiner Morgenkolumnen auf SRF 1 handelte von einer Frau, die trotz Rückenschmerzen Wohnungen putzt, damit ihr arbeitsloser Sohn ein schnelles Auto haben kann. «Mich regt so etwas gleich doppelt auf: dass der Sohn keine Skrupel hat, seine lädierte Mutter für sich arbeiten zu lassen, und dass die Mutter meint, der Sohn finde mehr Akzeptanz, wenn er ein schnelles Auto zum Herumrasen hat. Solche kulturellen Irrtümer möchte ich aufzeigen.»

Wenn jugendliche Migranten sich aufplustern, einander abschätzig als «Opfer» bezeichnen, kann er manchmal nicht ruhig bleiben. «Ich sage ihnen, dass ein Opfer jemand ist, dem man helfen und den man nicht verhöhnen sollte. Einem Opfer hilft man zurück auf die Beine, so bin ich erzogen worden.»

Andererseits spricht er sich für die uneingeschränkte Öffnung der Grenzen aus. Mit allen Konsequenzen. «Wir sind im Vergleich zum Ausland unverschämte reich. Wenn wir alle, die wollen, hereinlassen, wird es beim Wohlstand natürlich eine Einmühtung geben. Das ist vielleicht gar nicht schlecht.» Man müsse die Einwanderer aber in die Pflicht nehmen, unsere Werte anzunehmen. «Dann werden sie ganz schnell zu Schweizern.»

Scene-Linke mag er nicht

Lenz befürwortet eine uneingeschränkte Einwanderung und einen grosszügigen Sozialstaat («Steuern zu hinterziehen, ist hundertmal schlimmer, als die Sozialhilfe zu betrügen»), mit seiner bodenständigen Werthaltung ist er seinen Gegnern aber doch näher, als ihm lieb ist. Umso mehr muss er sich von

ihnen distanzieren. Ist von der SVP oder Blocher die Rede, scheint bei dem sanftmütigen Mann ein Schalter zu kippen – und ein Schwall von Abneigung und Verachtung kommt zum Vorschein. «Es bringt mich in Rage, dass eine kleine Gruppe um die Zürcher SVP glaubt, die Definitionsmacht zu besitzen, was schweizerisch ist.» Wenn ein Milliardär wie der SVP-Vizepräsident Christoph Blocher sich als Vertreter der einfachen Bevölkerung gebe, so sei dies Bauernfängerei. «Hintenrum macht er Geschäfte mit der ganzen Welt, sogar mit dem Teufel, wenn es sein muss – Hauptsache, das Geld fliesst. Die Schweiz ist ihm wurst, *Füdle*, es geht ihm nur ums Geschäft.»

«Die Schweiz ist Blocher wurst, *Füdle*, es geht ihm nur ums Geschäft.»

Hält er die Landbevölkerung, die er sonst so schätzt und lobt, für dermassen dumm, dass sie auf einen «Bauernfänger» hereinfällt? «Die Leute sind nicht dumm, aber sie merken nicht, dass hinter der hemdsärmeligen Pose eine grosse Lüge steckt.» Es sei das Versagen der Linken, dies nicht besser aufzeigen zu können. Schlecht anzusprechen ist Lenz vor allem auf die Szene-Linken aus den Städten. «Mit Christian Levrat hat die SP einen Präsidenten, der auch auf die einfachen Leuten zugeht – schon fast ein bisschen wie SVP-Präsident Toni Brunner. Das ist gut so.»

Das «Flügelrad» leert sich, die Mittagsgäste müssen zurück zur Arbeit. In «Der Goalie bin ig» sagt die Hauptfigur, ein Ex-Junkie, über Olten: «*Oute isch e truurigi Stadt. Furchtbar truurig. [...] Es isch mit de Städt wie mit de Gschichte.*

Die truurige sind nid gäng die schlechtische.» Die Traurigkeit, so Lenz, habe mit der Architektur und dem Wetter zu tun. Über Olten hänge dauernd ein Hochnebeldeckel, und abgesehen von der Altstadt sei die Stadt nichts Schönes. Ihm gefällt das. Als Eisenbahnerstadt habe Olten eine viel grössere Assimilierungsfähigkeit als andere Orte und sei auch Anziehungspunkt für Randgestalten. In Zeiten der offenen Drogenszene war Olten eine Heroinstadt, hier befindet sich auch der grösste Strassenstrich der Schweiz. «Wir sind Provinz, andererseits kommen von hier auch international erfolgreiche Leute wie der Schriftsteller Alex Capus, der Fussballer Gökhan Inler oder der Fotograf Marco Grob. Wenn die hier in einer Beiz sind, werden sie nicht anders behandelt als alle anderen auch. Es kommt in Olten viel weniger darauf an, cool zu sein, als anderswo.»

Dieses Umfeld ist der Nährboden für Lenz' Geschichten. Er wolle keine depressive Stimmung verbreiten, Melancholie und Depression seien nicht dasselbe. An seinen Auftritten wird viel gelacht. Wie erklärt er sich seinen Erfolg? «Qualität hat in erster Linie mit Sorgfalt zu tun, ich arbeite sehr lange an meinen Texten.» Qualität schätzt er nicht nur bei der Literatur. Der einzige Luxus, den er sich leistet, sind teure Uhren. An seinem Handgelenk trägt er eine Jaeger-LeCoultre Memovox Automatic mit integriertem Wecker. Die Präzision, das Handwerk, das Räderwerk – «das ist wie Zauberei», schwärmt er. Frustrierend sei nur, dass man nicht jede schöne Uhr kaufen könne.

Pedro Lenz: I bi meh aus eine. Cosmos, 75 S., Fr. 25.– Hörbuch mit Patrik Neuhaus am Piano: Fr. 29.– Die Verfilmung von Pedro Lenz' Bestseller «Der Goalie bin ig» (Regie: Sabine Boss) kommt am 6. Februar 2014 in die Kinos.



«Flügelrad»-Wirt: Ex-Blick-Chefredaktor Werner De Schepper, Mundart-Autor Pedro Lenz, Schriftsteller und SP-Politiker Alex Capus.

DAS IDEALE GESCHENK



SWISSVIEW als DVD und Blu-ray
swissview.com/shop

SWISSVIEW – die Schweiz von oben

Perfekte Helikopter-Flugaufnahmen zelebrieren die unglaubliche Schönheit der Schweiz. Ohne Schnitt und mit eigens vom bekannten Schweizer Komponisten Nik Bärtsch komponierter Musik, ziehen sie den Zuschauer in ihren Bann.

Alles begann mit der Leidenschaft von Marco Fumasoli. Seit 1997 ist der Zürcher Filmer viele hundert Male mit dem Helikopter über die Schweiz geflogen. Im extremen Tieflug wurde er zum Entdecker einer bis dahin unbekanntem Schweiz. Das Resultat heisst SWISSVIEW: über 80 Stunden Filme aus allen Regionen der Schweiz.

Zum Greifen nah sind die schönsten Seiten der Schweiz: majestätische Alpengipfel, schroffe Gletscher, stille Bergseen. Dokumentiert sind malerische Dörfer und entlegene Täler, in die sich nur selten ein Mensch verirrt. Die Reise geht aber auch über Städte, entlang von pulsierenden Autobahnen und Bahnlinien oder zu Flughäfen. SWISSVIEW zeigt die ganze Schweiz aus der Vogelperspektive – und das in bestechender Qualität.

Der Reiz der Aufnahmen liegt in ihrer unverfälschten Sicht. Durch die natürliche Langsamkeit und das Fehlen jeglicher Schnitte wird der Betrachter selbst zum Reisenden,

der wie ein Vogel über die Landschaft gleitet. Er taucht ein in eine einzigartige Welt, ganz allein seinen Gedanken überlassen. Unterlegt sind die Bilder von Musik, die passend zu jeder einzelnen Szenerie komponiert wurde.

Für das Schweizer Fernsehen, SF, TSR, TSI produziert und später für HD Suisse erweitert, bilden diese Filme ein einzigartiges Porträt der Schweiz.

Geniessen Sie z.B. die traumhaft verschneiten Bilder über die «Flumserberge, Kloster, Davos, St.Moritz, Prättigau» oder schenken Sie das «Wintermärchen» zum Vorzugspreis von 29.– CHF.

SWISSVIEW gibt es auch für unterwegs, als kostenlose App für iPhone und iPad im iTunes Store. NEU auch für Android auf Google Play.

Weltwoche-Spezialangebot

Bestellen Sie jetzt Ihre SWISSVIEW-Liebblingsflüge auf DVD und Blu-ray zum einmaligen Vorzugspreis!

NEU: Bestellen Sie auch die beiden brandneuen 2 Disc Blu-rays «Wallis» und «Tessin»!

Sonderpreise:

- 1 Disc Blu-ray Fr. 29.– (statt Fr. 38.–)
- 2 Disc Blu-ray Fr. 48.– (statt Fr. 59.–)
- 13 Disc DVD Box «Complete Series» Fr. 85.– (statt Fr. 98.–)
- DVD «Special Edit» Fr. 20.– (statt Fr. 28.–)
- DVD «Zürich Welcome Home» Fr. 25.– (statt Fr. 34.–)

Bestellung:

Im Online-Shop auf swissview.com/shop

Im Feld «Gutscheincode» das Stichwort «Weltwoche» angeben und zum Vorzugspreis bestellen. (alle Preise exkl. Versandkosten).

www.weltwoche.ch/platinclub



Kunst ohne Werk

Popstars wie Lady Gaga sind heute nicht nur die aufregenderen Erscheinungen, sondern auch die besseren Politiker. Hinter den extravaganten Auftritten steckt knallhartes Kalkül. *Von Tom Kummer*

Ein Herbsttag 2008, ein besonderer Moment der jüngsten Kunstgeschichte: Eine zierliche Zweiundzwanzigjährige namens Stefani Joanne Angelina Germanotta und ihr damaliger Manager Troy Carter betreten die Eingangshalle der einflussreichsten Talent-Agentur von Hollywood: der William Morris Agency (WMA). Sie wollen einen «Fünfjahresplan» mit Marketingexperten diskutieren. Und nebenbei einen Beratervertrag abschliessen.

Es geht um ihre Zukunft als Popstar. Und um noch sehr viel mehr. Gerade werden im Vorhof der mächtigen Agentur die Bilder des Gründervaters William Morris – geboren 1873 in Schwarzenau als Zelman Moses – abgehängt. Ersetzt werden sie durch Zeichnungen des britischen KunstsUPERSTARS Damien Hirst. Die angestaubte Firmenkultur der ältesten Hollywood-Agentur soll aufgefrischt werden. Und nichts symbolisiert Aufgeschlossenheit erfolgreicher, als die Wände einer Konzernzentrale mit provokativer Kunst zu schmücken.

Es ist ein unheimliches Gespann, das jetzt in der heiligen Empfangshalle unerkannt auf millionenteure Kunst starrt – und dabei fast den Termin beim Superagenten verpasst. Troy Carter gilt damals als «Mister 100 % Business», Germanotta als «Lady Gesamtkunstwerk» – sie produziert fast alles selbst: Sound, Mode, Erscheinungsbild, Message, Aufmerksamkeit. Viele kennen die junge Frau bereits unter dem Namen Lady Gaga, gerade hat sie ihr Debütalbum «The Fame» veröffentlicht. Jetzt steht sie mit ihrem Manager im Vorhof der totalen Vermarktung und der grössten Pop-Inszenierungen aller Zeiten.

Durchgeknalltes Ich-Sein als Starsein

Wer hatte sich von WMA nicht schon das perfekte Rezept aus Pop, Kunst und Kommerz mischen lassen: Frank Sinatra, Marilyn Monroe, Elvis, Beach Boys, Rolling Stones, David Bowie, Frank Zappa, Peter Gabriel, U2 – die Liste ist lang und führt über Grace Jones, Annie Lennox, Madonna bis zu den DJ-Helden der Gegenwart. Dabei bleibt bei diesem unsichtbaren Kuhhandel aus Hype, Deal-making und PR-Offensive das wichtigste Detail meist verdeckt: Popkultur war mal ein Bastard. Pop konnte sich nicht entscheiden, ob es Gegenkultur oder herrschende Kultur ist. Meist war Pop beides, und meist war Pop das Instrument, mit dem aus Gegenkultur herrschende Kultur gemacht wurde. Heute scheinen die Unschuld, die Kraft und die Gewalt von Pop für immer verloren. Oder ist es bloss schwieriger geworden, zu erklären, was mit Pop-Sensatio-

nen wie Lady Gaga für unser reales, wirkliches Leben gewonnen ist?

Die Konstruktion des «Phänomens Lady Gaga», wie es Troy Carter und Miss Germanotta an jenem Tag im Herbst 2008 planen, ist aber nicht zynisch angelegt wie gut dreissig Jahre früher Malcolm McLarens Gesamtkunstwerk Sex Pistols – alles scheint bei Miss Germanotta fast organisch und natürlich in einen kapitalistischen Realismus eingebunden. Und dabei soll für die Kinder der Gegenwart auch noch so was wie eine Art Unschuld gerettet werden: politisches Bewusstsein, Schutz für Minderheiten, Recht auf freie Meinungsäusserungen, Gay Pride oder «Dicke sind auch Menschen!».

Bald nennt die Realpolitikerin Lady Gaga ihre riesige Fan-Gemeinschaft auf Twitter: «my little monsters». Manager Troy Carter nennt es «unseren Fünfjahresplan». Er trägt an jenem historischen Tag an legendärer Adresse – 151 El Camino Drive, Beverly Hills – einen Anzug von Helmut Lang, Germanotta hat sich etwas aus einem Secondhandladen zusammenkomponiert, ein Kleid, das der Mode von Vivienne Westwood gleicht und in dem sie diese wunderbar androgynen Züge eines Superdandys namens Oscar Wilde ausstrahlt.

Ehemalige WMA-Agenten erinnern sich später etwa so an das Treffen zwischen ihrem Chef, James Anthony «Jim» Wiatt (60), und Lady Gaga: Sie redete ständig von Andy Warhol, der Beziehung zwischen Kunst und Popmusik in den sechziger Jahren, von Art-Pop – und dass sie sich eine Massenbohème wünsche, wo alle verletzten Seelen dieser Welt für alle Zeiten vereinigt wären und zu ihrem Sound tanzten. Und sie wiederholte einen merkwürdigen Begriff, bei dem Wiatt und seine Kollegen beklemmt die Augen verdrehten. *Camp!*

Camp? Während die Agenten im Sitzungszimmer lächelten und rätselten, ob die junge Wahnsinnige vielleicht ein Mann ist, ein fader Fake oder doch ein faszinierendes Phänomen, erklärte die New Yorkerin mit stoischer Gelassenheit dem Superagenten und Kunstsammler «Jim» Wiatt das Geheimnis des Kunstkommerzes der Gegenwart: zum Beispiel die klassische Distinktion von High und Low Art. Die Fusion von Pop, Pop-Art, Art-Pop, Super-Pop, und nochmals: *Camp!* Redete die gute Frau etwa von richtigem Campieren, «mit Schlafsack, Sackmesser, Feuerstelle und so 'nem Zeug?», erinnert sich Wiatt noch heute amüsiert. Der Begriff Camp komme aus den subkulturell anspruchsvollen sechziger Jahren, erschaffen



Kreativer «Akt des Aussenseitertums»:



Popstar Germanotta.

von der US-Kulturkritikerin Susan Sontag. Lady Gaga verpasst dem Hollywood-Agenten eine Geschichtsstunde in Sachen «Subkultur». Mit «Camp» bezeichnete Sontag Kreativität als «Akt des Aussenseitertums», das Goutieren abseitiger ästhetischer Aspekte der Massenkultur, meist von einer kleinen Gruppe von Eingeweihten definiert. «Camp» bezog sich vor allem auf die selbstironische Darstellung, wie sie in schwuler Subkultur vorherrscht. «Camp» bezeichnet die exklusive Begeisterung für das Banale, das Trashige, den reinen Kitsch.

Mittlerweile ist «Camp» ein Massenphänomen, es werden ganz offiziell Doktorarbeiten über Kitsch-Ikonen abgeliefert. Pop-philosophische Aussteiger wie der deutsche Kunstprofessor Diedrich Diederichsen sprechen dagegen längst von «diesem ekligen, modernen Wohlwollen der vermeintlichen Trivialität gegenüber». Auch Jim Wiatt, der Privatmann, hasst die Integration von Massenkultur in die Hochkultur – obwohl er dies so direkt nie äußern würde. Schliesslich muss er im Hauptberuf ständig dafür sorgen, dass das Banale weltweit goldene Eier legt. High Art für den Superagenten gilt als meditatives Rückzugsgebiet vom Hollywood-Wahnsinn, von Hype, Fake und Trash. Die schönen Künste vergleicht einer wie Wiatt mit den «ewigen Werten» seiner Kunstsammlung: Picasso, Chagall, Miró, Giacometti, Jasper Johns, Rauschenberg. Kunst gehört für ihn noch immer zu den exklusiven bürgerlichen Besitz- und Geisteseliten. Unter Ausschluss der Masse!

Glaubt man Augenzeugen, dann entwickelte sich das Treffen zwischen Jim Wiatt und dem «Team Lady Gaga» zum monumentalen Aufprall zweier Welten. Lady Gaga erklärte dem Superagenten, dass heute jeder ein Bohemien sein kann, und sie sei nur die Spitze einer massiven weltweiten Verschiebung im Kulturbetrieb, die Leute wie Warhol, Beuys, Yoko Ono, Laurie Anderson, David Lynch, Grace Jones, Madonna eingeleitet hätten. Jeder habe heute die gleichen Chancen, ganz im Sinne von: einfach flott mitmarschieren. Street Parade, Gay Pride Parade, Art Basel Miami Beach, gut durchgeknalltes Ich-Sein gleich Starsein! Die Avantgardesei längst in der Massenkultur verschwunden, und die Hochkunst suche längst sie, Lady Gaga – nicht umgekehrt. Andy Warhol habe sich seine Band Velvet Underground als Art-Pop-Spielzeug geleistet. Jetzt sei alles umgekehrt. Die Kunstwelt umarmt das Pop-Universum.

Lady Gaga erzählte Wiatt, dass «Networking-Strategien» heute an Kunstschulen zu den beliebteren Vorlesungsterminen gehöre. Noch vor Dress-Codes, Skandalkonzepten, Star-Dasein, *glam-attacks* und Guerilla-Aktionen wie die der britischen Graffiti-Sensation Banksy. Erst lange danach würden sich Kunststudenten für die Kunst an sich interessieren. Kunststudenten wollten heute in erster Linie «Popstars» werden. Und wenn er das nicht begreife, dann vielleicht



Bambi-Preisverleihung 2011.



Lancierung ihres Eau de Parfum «Fame», 2012.



Konzert in der Columbiashalle, Berlin, 2009.



Auftritt bei den Glamour Women Awards 2013.



Lady-Gaga-Skulptur von Jeff Koons, 2013.

spätestens wenn sie, Lady Gaga, als erste Künstlerin mit einer Milliarde Twitter-Fans und gleichzeitiger Retrospektive im Guggenheim-Museum beweihräuchert werde. Der Vortrag zeigte Wirkung: Wiatt gab Lady Gaga einen fünfjährigen Beratervertrag, WMA steckt dabei 10 Prozent Honorar ein. Miss Germanottas Vermögen wird 2014 womöglich auf über 100 Millionen Dollar ansteigen. Superagent Wiatt und Gaga begegneten sich nie mehr.

Fünf Jahre später. Im neuen Konzerngebäude von William Morris Endeavor am Wilshire Boulevard wird Lady Gagas neues Album «Artpop» im kleinen Kreis gefeiert. Die Party findet ohne den Superstar statt, die Firma WME wird jetzt von einem Superagenten namens Ari Emanuel geführt – genau, jener echte Ari, der die Vorlage zu Ari Gold in der TV-Serie «Entourage» geliefert hat. Popkünstler Jeff Koons bezeichnete Hollywood-Agenten kürzlich als die wahren Giganten der Gegenwartskultur. Sie seien dafür verantwortlich, dass der Durchschnittsfilm in Hollywood mittlerweile 80 Millionen Dollar statt 40 Millionen wie noch vor zehn Jahren kostet, die teuersten Schauspieler der Welt wie Johnny Depp inklusive Nebenverdiensten bis zu 50 Millionen Dollar pro Film kassierten. Und sie beraten die mächtigsten Galeristen im Lande, wie zum Beispiel Larry Gagosian, ehemaliger WMA-

Mitarbeiter, der wiederum einen der aktuellsten KunstsUPERSTARS, Urs Fischer, erfolgreich in Los Angeles repräsentiert. Es ist ein kleiner, illustrierter Kreis, der sich zur Gaga-Party eingefunden hat: Agenten, Vertreter von Platten- und Werbeunternehmen, Künstler, Galeristen, Unbekannte, und der legendäre Jimmy Iovine von Interscope Records ist auch da. Sie betrachten einen riesigen Bildschirm, auf dem Lady Gaga gerade ihr Album «Artpop» in Berlin vorstellt. Sie starren auf Partybilder aus der monumentalen Fabrik-Location des Technoklubs «Berghain».

«Gute Geschäfte sind die beste Kunst»

Die Deutschen würden als Einzige verstehen, worum es ihr mit ihrer Kunst gehe, sagt Gaga in Berlin. Dann beantwortet sie im Voraus ausgewählte Fragen von Pressevertretern. Die Hollywood-Agenten grinsen, was so viel heisst wie: «Die spinnen, die Deutschen.» Viel wichtiger: Alles kommt in Europa gut an. Irgendwann sagt dann Gaga ihr deutsches Lieblingswort: «Scheisse». Und es wird wieder gejubelt. Hunderte Fans – von Gaga liebevoll «little monsters» genannt, die meisten im Teenageralter – sind von Universal Music ausgewählt worden. Jetzt kreischen sie ekstatisch, dass man es bis nach Los Angeles hört. Der grosse Popkonsens ist vollendet, der Klub «Berghain» verwandelt sich in

einen Tümpel des Massengeschmacks – jeder ist ein Bohemien –, und die eingeladene Pop-Presse, längst immunisiert, mittendrin.

WME-Agenten amüsieren sich köstlich zu diesen Bildern – und zum Tintenfisch vom Holzgrill. Der Fünfjahresplan ist vollzogen. Und nichts deutet jetzt darauf, dass die wichtigste Talentagentur der Welt ein befremdlicher Ort ist, mit einsamen, gefühlstoten, kaputten Menschen – sondern eher erscheint die WME-Zentrale in jenem Augenblick mit ihren Pop-Fabrikanten, mit dem neuen Superagenten Ari Emanuel, als ein letztes Refugium, wo der klare Kunst-Verstand bewahrt worden ist: «Gute Geschäfte sind die beste Kunst», sagt Ari Emanuel irgendwann mal. Das sagte schon Andy Warhol. Smarte Popstars sind heute nicht nur die aufregenderen Hochkünstler, sondern auch die besseren Politiker – weil sie Menschen sein dürfen, die im engen und direkten Kontakt mit dem Publikum stehen.

Das wissen gutberatene Superstars wie Lady Gaga schon lange. Und sie verpassen keinen Moment, um der Welt das mehrheitsfähigste politische Manifest, das es momentan gibt, zu verkaufen: Narzissmus ist die Solidarität mit sich selbst – und einer Milliarde kleiner Twitter-Monster dazu! Vielleicht heisst die nächste US-Präsidentin schon längst Lady Gaga. ○



Die besten Parteien der Reichsten!



Die 300 Reichsten. Jetzt am Kiosk



Unterstützung aus der Bevölkerung: Nach ihrem Rücktritt am 12. Dezember 1988 wird Bundesrätin Elisabeth Kopp mit Blumen beschenkt.

Der Anruf, der die Schweiz veränderte

Vor 25 Jahren gab Bundesrätin Elisabeth Kopp ihren Rücktritt bekannt. Es war der Schlusspunkt der Kopp-Affäre. Ein neues Buch zeichnet das Geschehen nach – auch jenen Tag, an dem es zwischen ihr und ihrem Mann Hans W. Kopp zu einem verhängnisvollen Telefonat kam. *Von René Lüchinger*

Der Tag beginnt wie immer im Hause Kopp: mit der morgendlichen Lektüre der *Neuen Zürcher Zeitung*. Nicht viel Aufregendes hat die Alte Tante von der Falkenstrasse zu melden an diesem Tage, der die Schweiz verändert. Auf der Front der Besuch des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl beim Kreml-Chef Michail Gorbatschow. Tauwetter in den deutsch-russischen Beziehungen, und der Christdemokrat aus der Pfalz spricht denn auch von einem «Fundament des Vertrauens» zwischen den beiden gewichtigen Politikern. In London kündigt die Iron Lady Margaret Thatcher die Bereitschaft für eine vierte Kandidatur als britischer Premier an, und aus Bern berichtet die *NZZ* wie immer aus der Bundesratssitzung vom Vortage. Das Siebner-gremium mit Dame hat beschlossen, einen direkten Gegenvorschlag zur Gentechnologie-Initiative des *Beobachters* auszuarbeiten, und

genehmigt «das von einer deutlichen Ertragschwäche gekennzeichnete» SBB-Budget für das Jahr 1989.

Im Bundeshaus West hat das Tagewerk für Bundesrätin Elisabeth Kopp bereits begonnen, als sich ihre persönliche Mitarbeiterin Katharina Schoop bei ihr meldet. Es gebe ein paar Geschäfte zu besprechen und auch sonst ein paar Sachen, meint sie, und dann wäre da noch etwas Unangenehmes. In welcher Reihenfolge sie rapportieren solle. Elisabeth Kopp reagiert, wie es ihre Art ist: Unangenehmes will sie sofort wissen. Katharina Schoop erzählt von einer Firma namens Shakarchi Trading AG, die einem Herrn namens Mohammed Shakarchi gehöre. Diese Firma werde im Zusammenhang mit einem grossen Fall von Geldwäscherei erwähnt. Das Brisante dabei: Ihr Mann, Hans W. Kopp, sitze als Vizepräsident im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft. Die

Bundesrätin erschrickt ob dieser Nachricht, «das», so geht es ihr durch den Kopf, «hat mir gerade noch gefehlt». Sie arbeitet als verantwortliche Justizministerin seit längerem an einem Geldwäschereiartikel, den sie initiiert hat und nun im Gesetz verankern will – und jetzt das! Elisabeth Kopp kennt weder diese Firma noch deren Besitzer, noch ist ihr präsent, dass ihr Mann dort in verantwortlicher Organfunktion tätig ist – der Jurist Hans W. Kopp sitzt schliesslich in zahlreichen Verwaltungsräten. Nur eines ist für die Justizministerin klar: Ihr Mann muss von diesem Amt sofort zurücktreten.

Es ist acht Uhr zwanzig an diesem Morgen, als bei Hans W. Kopp das Telefon klingelt. Er sitzt in seinem Büro an der Kurhausstrasse am Zürichberg, wo er seit Jahren und sehr erfolgreich seine dreissigköpfige Anwaltskanzlei Kopp & Partner betreibt. Am Draht meldet

sich seine Gattin Elisabeth Kopp, Bundesrätin und Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Sie hält sich kurz, denn sie ist in Eile an diesem Morgen. Es gehe um die Shakarchi Trading, meint sie. Es gebe Gerüchte, dass dieses im Noten- und Goldhandel tätige Unternehmen im Verdacht stehe, in einen Geldwäschereifall verwickelt zu sein, führt Elisabeth Kopp weiter aus, während sie selber als Schweizer Justizministerin gerade an einem Gesetz gegen diesen Missbrauch arbeite.

Hans W. Kopp versucht seine Frau zu beschwichtigen. Er sei ohnehin «auf dem Weg hinaus» aus diesem Verwaltungsrat, seinen Rücktritt habe er bereits angekündigt. Während er dies sagt, hallt aus dem Hörer ein «gottlob» zurück. Er solle das sofort tun, rät die Gattin, damit keine weitere «politische Front» entstehe. Noch am gleichen Tag, verspricht er, werde er das Demissionsschreiben aufsetzen – auch, weil er dann bis Ende Oktober im Ausland sein und weder Zeit für eine Kündigung des Verwaltungsratsmandates noch für Gespräche mit seiner Frau haben werde. Und dann äussert Elisabeth Kopp noch eine weitere Bitte. Er solle doch rasch Katharina Schoop anrufen, ihre persönliche Mitarbeiterin. Sie wisse Näheres zu diesen Gerüchten.

Hans W. Kopp kennt diese Frau zumindest oberflächlich aus seiner Anwaltstätigkeit in Zürich. Eine brillante Juristin ist sie zweifellos, eine Enddreissigerin, Doktorin der Rechte, im Beruf eher technokratisch denn politisch orientiert. Er selber war es gewesen, der seiner Gattin einen Wink gegeben hatte, als diese im Frühjahr vor zwei Jahren eine persönliche Mitarbeiterin mit juristischer Expertise suchte. Franz Neff, der zweite persönliche Mitarbeiter damals, ist studierter Soziologe und als ehemaliger Sekretär der freisinnigen Zürcher Kantonalpartei nicht Jurist, sondern, zumindest im regionalen Rahmen, ein politischer Kopf. Dieses Telefonat zwischen den beiden Eheleuten dauert kaum fünf Minuten, dann legt Hans W. Kopp auf und wählt eine nächste Nummer.

Verbindungen zu türkischem Mafiaboss

Am Draht meldet sich Katharina Schoop. Sie betont, dass sie auf Bitte ihrer Chefin ihr Wissen an ihn weitergebe. Zwei Brüder namens Magharian sassen im Tessin in Untersuchungshaft. Das seien Armenier, libanesische Staatsangehörige, und sie gehörten in das Umfeld des Geldwäschereifalls Pizza-Connection. Ein weiterer Armenier, ebenfalls libanesischer Staatsangehöriger, sei Simon Ankeshian, der vom April 1985 bis zum Oktober 1986 Direktor der Shakarchi Trading gewesen sei und sich auch Yassar Berber nenne. Der sitze nicht in Untersuchungshaft, gelte aber als der Mafiaboss von Istanbul und werde unter ande-

rem mit dem Kampf um das Monopol auf der Balkanroute im Heroin- und Kokainschmuggel in Verbindung gebracht.

Hans W. Kopp hört zu. Von einer Untersuchungshaft von einem oder zwei Magharians weiss er bereits: Der Verwaltungsratspräsident und Besitzer der Shakarchi Trading, Mohammed Shakarchi, hatte dies gegenüber seinem Vizepräsidenten Hans W. Kopp einmal erwähnt. An den Namen des zweiten von Katharina Schoop genannten Armeniers namens Ankeshian erinnert er sich vage und ohne konkrete Erinnerung. Der Rest klingt fremd für ihn. Er wiederholt das Versprechen, das er Minuten zuvor auch der Bundesrätin gegeben hat: dass er gedenke, noch am gleichen Tag von seinem Amt als Vizepräsident der Shakarchi Trading zurückzutreten. Die Juristin erwähnt noch, dass die Bankkonten der Firma infolge dieser Vorkommnisse gesperrt seien.

Bei diesem letzten Punkt widerspricht Hans W. Kopp – wäre dies so, wäre er als Vizepräsident dieser Gesellschaft mit Sicherheit im Bild. Nach höchstens zehn Minuten legt Hans W. Kopp auf. So wie er die Sachlage spontan einschätzt, beruhen diese Informationen auf Gerüchten über die Shakarchi Trading, wie sie seit Monaten herumschwirren. Trotzdem ruft er umgehend seine Sekretärin in sein Büro, beauftragt diese, mit Datum des 27. Oktober 1988 ein Demissionsschreiben aufzusetzen, das seinen sofortigen Rücktritt aus dem Verwaltungsrat dieser Firma dokumentieren soll.

Hans W. Kopp fühlt sich auch deshalb ohne weitere Abklärungen oder Gespräche mit dem Besitzer zu diesem Schritt ermächtigt, da dies bereits vor einer Woche anlässlich einer Verwaltungsratssitzung Thema gewesen ist. Am 21. Oktober 1988 nachmittags um zwei hatte

der Verwaltungsrat der Shakarchi Trading in einem Konferenzsaal der koppischen Anwaltskanzlei an der Kurhausstrasse getagt. Thema ist die Konstituierung des Verwaltungsrates der Gesellschaft. Das Protokoll hält später unter anderem fest, dass nichts vorliege, was Hans W. Kopp's «Vertrauen in Herrn Shakarchi» in Frage stellen könnte, «dieser sich aber trotzdem das Recht vorbehalte, seine Situation laufend neu zu beurteilen». Dies beinhaltet insbesondere und ausdrücklich auch die Möglichkeit, zu jeder Zeit den sofortigen Rücktritt einzureichen, sollten die Gerüchte rund um die Shakarchi Trading nicht verstummen.

«Kein Konto gesperrt»

Der Uhrzeiger an diesem schicksalhaften Morgen ist inzwischen auf acht Uhr vierzig vorgerückt. Ein weiteres Mal nimmt Hans W. den Telefonhörer zur Hand. Er wählt die Nummer der Tureva AG in Zürich, die als Kontrollstelle der Shakarchi Trading fungiert, und verlangt nach einem Mitarbeiter mit dem fremdländischen Namen Samir Nihad Jarallah, der dort die Prokura besitzt. Hans W. Kopp schätzt diesen Mann, dessen Vertrauenswürdigkeit und Fachkompetenz, der zudem perfekt Schweizerdeutsch spricht. Wenn einer weiss, ob bei der Shakarchi Trading Konten gesperrt sind, sagt sich der Anrufer, dann ist das Samir Jarallah.

Der reagiert mit Erstaunen. Aktuell, meint er, existiere kein einziges Konto, das gesperrt sei. Nur diesen einzigen Fall hat es einmal gegeben, der Jahre zurückliegt: Für ungefähr einen Tag ist seinerzeit ein Konto der Shakarchi Trading beim Schweizerischen Bankverein blockiert gewesen. Als Verantwortlicher der Kontrollstelle könne er nur sagen, da sei «alles



Erste Frau im Bundesrat: Kopp bei der Vereidigung am 2. Oktober 1984.

perfekt in Ordnung», und er hege auch nicht den Hauch eines Zweifels, was die Lauterkeit von Mohammed Shakarchi betreffe. Mohammed Shakarchi, das ist der Mann hinter der Shakarchi Trading. Ein Mohammedaner sunnitischer Prägung, Ende vierzig, geboren in der nordirakischen Stadt Mossul; aufgewachsen im Libanon, gelangt er Anfang der 1970er Jahre noch vor Ausbruch des Bürgerkrieges im vorderasiatischen Land in die Schweiz. Er heiratet eine Genferin namens Mireille Wyss, zwei Buben kommen zur Welt, und die vierköpfige Familie wohnt im ländlichen Ebmatingen, Gemeinde Maur, mit prächtiger Berg- und Seesicht. Ein im Grunde stinkbürgerliches Leben.

Die Firma hinter dem Mann erscheint am 18. August 1983 erstmals in den Zeitungsspalten – nicht aber der Name des Gründers: In der *Neuen Zürcher Zeitung* unter der Rubrik «Rohwaren und Devisen» heisst es an diesem Tag: «Neue Aktiengesellschaften – Shakarchi Trading AG, Zürich. Zweck: Import, Export, Handel mit Gütern und Waren aller Art. Aktienkapital: fünf Millionen Franken. Verwaltungsräte: Dr. Hans W. Kopp, Zumikon, und Mireille Shakarchi-Wyss, Maur.» Das riecht nach gewöhnlichem Familienbusiness. Die Gattin sitzt im Verwaltungsrat, der Mann geschäftet im Büro, und als gesetzlich vorgeschriebener Aufsichtsrat ist da noch der Jurist, der bei der Gründung treuhänderisch tätig ist.

Unscheinbares Bürogebäude

Und auch der damit öffentlich gemachte Geschäftszweck dieser Firma ist kaum dazu angetan, die Fantasie für illegales Tun zu beflügeln. In Sichtweite von Bahngleisen und mit dem Rücken zum Hallenstadion in Zürich Oerlikon, in einem unscheinbaren dreigeschossigen und freistehenden Zementsteinbau, befinden sich die Büros der Shakarchi Trading – umsäumt von dichtgewachsenem Baumgrün. Ein Kameraauge mustert jeden Besucher, und nur nach positivem Prüfbescheid gibt eine schwere Metalltüre den Weg in das Innere frei.

Drinnen, im obersten Stock, ein stattlich dimensioniertes Kommandopult, Bildschirme und Telefonanlagen, die Nabelschnur zur Welt für die knapp zwei Dutzend Trader, die hier ihrem Job nachgehen. Das heisst Banknotenhandel mit den arabischen Ländern, Devisen- und Goldgeschäfte mit der Türkei, aber auch kommuner Handel mit Haselnüssen oder Sultaninen aus dem Land am Bosphorus.

Vordergründig ist dies ein imposantes Geschäft: Dank dem Gold- und Devisenhandel liegen die Umsätze bei 25 Millionen Franken – pro Tag. Macht gegen acht Milliarden Franken im Jahr. Bei Lichte besehen, präsentiert sich das Ertragspotenzial in diesem Business freilich etwas moderater. Manch ein Goldhandel, der An- und Verkauf des Edelmetalls,

findet nur auf dem Papier statt, was zu gewaltigen Umsätzen führt. In der Kasse von Mohammed Shakarchi verbleibt davon höchstens ein halbes Prozent. Ein wohlhabender Mann ist der Firmenchef gleichwohl.

Diesen ruft Hans W. Kopp nun direkt an, nachdem er nach dem Telefonat mit seiner Frau in dieser Angelegenheit bereits einige Gespräche geführt hat. Es ist fünf vor neun Uhr morgens, als Mohammed Shakarchi den Hörer abnimmt. Er beschwört, dass keine Konten gesperrt sind, schwört, es sei alles in bester Ordnung, es gebe keinerlei gesetzeswidrige oder unlautere Machenschaften in seinem Umfeld.

Offensichtlich fühlt sich Mohammed Shakarchi gewaltig unter Druck. Bereits vor knapp vier Wochen, am 1. September 1988, hat die welsche Tageszeitung *24 heures* eine Schlagzeile publiziert, die jeden tüchtigen Goldhändler aufschrecken lassen musste: «Schweizer Goldbarren für die Türkei», stand da geschrieben. Autor des Berichts: Oliver Grivat, Journalist des Blattes, der schon öfter die etwas komplizierten Familien- und Geschäftsverhältnisse der Shakarchis thematisiert hat.

Da ist der Vater, Mahmoud Shakarchi, der in den 1950er Jahren zunächst aus dem Libanon, später aus Zürich einen Noten- und Goldhandel betreibt und über Jahre eng mit der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) zusammenarbeitet – er gründet in Zürich die Firma Shakarco AG. Als der Clanchef im Jahre 1983 stirbt, hinterlässt er vier Kinder aus zwei Ehen und kein Testament. Es bricht Streit aus unter den Erben, «Intrigen entzweiten die Familie, Safes wurden ausgeräumt, Anwälte mussten eingeschaltet werden», schreibt das Wirtschaftsmagazin *Bilanz*, und zu allem Überfluss kommt es auch noch zum Clash der Rechtskulturen.

«Intrigen entzweiten die Familie, Safes wurden ausgeräumt, Anwälte mussten eingeschaltet werden.»

Nach islamischem Recht wären die beiden Söhne aus erster Ehe bei der Erbteilung bevorzugt worden, ohne testamentarische Hinterlassenschaft aber kommt schweizerisches Recht zur Anwendung, und so wittert Mohammed Shakarchi die Gefahr, von seinen Stiefgeschwistern übervorteilt zu werden. Er drängt darauf, die väterliche Shakarco zu liquidieren, und gründet stattdessen seine eigene Shakarchi Trading. Fünf Jahre nach dem Tod des Vaters wird Mohammed Shakarchi erneut von seiner Familiengeschichte eingeholt. Für den letzten Montag im August des Jahres 1988 kündigt das türkische Fernsehen eine Dokumentation über den bandenmässigen Goldschmuggel zwischen der Schweiz und der Türkei an. Mitten im Geschehen: die väterliche, noch nicht liquidierte Shakarco.



Am Tag der Wahl: Ehepaar Kopp.

Oliver Grivat, der Shakarchi-Experte und *24 heures*-Journalist, wird aus diesem Grund im Vorfeld der Erstaustrahlung vom Korrespondenten des türkischen Boulevardblattes *Hürriyet* interviewt und erfährt auf diesem Wege über die Existenz des Streifens. Sofort setzt er sich in ein Flugzeug nach Istanbul und dort an jenem Montagabend vor die Mattscheibe – wie zehn Millionen Türken auch.

Was er in Istanbul zu sehen und zu hören bekommt, inspiriert ihn zu einem Artikel, den er in der Donnerstagsausgabe seiner Zeitung publiziert. Er schreibt: «La société Shakarco, en mains libanaises, est impliquée dans un gros trafic d'or entre la Suisse et la Turquie.» Im Dok-Film heisst es, dass schätzungsweise siebzig Tonnen des Edelmetalls auf verschlungenen Pfaden durch Schmugglerbanden über die syrisch-türkische Grenze verschoben würden. Während die Schlepper dreissig Tonnen Gold auf eigenes Risiko und auf ihrem Buckel über die Grenze trügen, heisst es dort, kassierten «die grossen Fische» ab.

Der Journalist erfährt zudem, dass die Filmer aus der von einer Militärjunta mit harter Hand regierten Türkei in der Schweiz zwei Stunden lang von Zürcher Kantonspolizisten festgehalten und verhört worden waren, als sie Aussenaufnahmen des Firmendomizils der Shakarco drehen wollten – dieses befindet sich an derselben Adresse wie Mohammed Shakarchis Shakarchi Trading, und dieser ist es auch gewesen, welcher der Filmequipe nonchalant die Polizei auf den Hals gehetzt hat. Kein Hinweis findet sich im türkischen Dok-Streifen jedoch auf die Tatsache, dass Hans W. Kopp, der Vizepräsident der Shakarchi Trading, mit der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements verheiratet ist.



Nachts drehen die Gedanken weiter: Elisabeth Kopp heute.

Grund zur Beunruhigung hat Mohammed Shakarchi gleichwohl, als ihn Hans W. Kopp an diesem Morgen des 27. September 1988 kurz vor neun Uhr anruft. Er kann zwar beteuern, dass alles in Ordnung sei, dass er mit Goldschmuggel nichts am Hut habe und überhaupt ein ehrbarer Geschäftsmann sei, der den in der Schweiz völlig legalen Goldhandel betreibt. Aber eben: Shakarchi, Shakarchi Trading, Shakarco und alles an einer Firmenadresse – das sieht aus wie ein unentwirrbarer Knäuel von Firmen und Personen im Solde des illegalen Goldschmuggels.

Diese Einschätzung teilt auch Hans W. Kopp, als er an diesem Morgen mit dem Firmeninhaber spricht. Deshalb, so meint dieser, trete er mit sofortiger Wirkung aus dem Verwaltungsrat der Shakarchi Trading aus und lege auch sein Mandat als Anwalt der Gesellschaft nieder. Das, meint Hans W. Kopp, ist er seiner Frau und deren Amt als Bundesrätin schuldig. Gerade auch, weil die Justizministerin aus Eigeninitiative und federführend an einem Geldwäschereiartikel arbeitet.

Wer hat Grund zum Rufmord?

Der Angesprochene, Mohammed Shakarchi, ist nicht wirklich überrascht. Er hat mit dieser Reaktion von Hans W. Kopp rechnen müssen, schliesslich hatten der Präsident und sein Vize bereits kurz nach Publikation des Artikels in *24 heures* über diese Eventualität gesprochen. Er kann nicht anders als die Demission annehmen. Shakarchi macht aus seinem Herzen keine Mördergrube. Er fragt sich, ob wohl die Gebrüder Magharian hinter dem nicht enden wollenden Gerede steckten. Vielleicht, weil sie ihm schaden wollen? Oder Simon Ankeshian, sein ehemaliger Direktor bei der Shakarchi

Trading? Hat auch er einen Grund zum Rufmord? Hans W. Kopp weiss keine Antwort, meint nur, er kenne diese Gerüchte, sei aber selber in der letzten Zeit von der Presse in dieser Angelegenheit nicht angegangen worden.

Wie gewohnt legt Hans W. Kopp über all diese Telefongespräche eine informelle Stenotypiz an, wie das Juristen gerne tun. Fünfzig Minuten lang kritzelt er mit runder Schrift A4-Vorder- und -Rückseiten voll, am Schluss unterschreibt er mit Kürzel und Datum. Das Original legt er zu Hause in den Safe der Villa «Drei Eichen» in Zumikon. «Ausnahmsweise», wie er später notiert. Fast so, als hätte er eine Vorahnung davon, dass die Telefone an diesem

«Nach Steueraffäre nun Schmuggelvorwurf – ist Hans W. Kopp <Mr. Goldfinger>?»

Morgen sein Leben und das seiner Gattin buchstäblich auf den Kopf stellen könnten. Er hat die Seite-eins-Schlagzeile noch im Kopf, die keine vier Wochen zuvor in zwei Zentimeter grossen Lettern im nationalen Boulevardblatt gestanden hat: «Nach der Steueraffäre jetzt Schmuggelvorwurf – ist Hans W. Kopp <Mr. Goldfinger>?»

Es ist ein Nachzug auf den Bericht in der welschen *24 heures* über den Goldschmuggelfilm im türkischen Fernsehen. In boulevardesker Freizügigkeit und mit mässiger journalistischer Präzision stehen die Sätze nebeneinander in diesem Bericht, die auch bei gewaltsamer Zusammenführung einfach keinen kohärenten Sinn zu ergeben vermögen. Es heisst da in der 84-Zeilen-Meldung: «Als Vizepräsident der Shakarchi Trading soll Kopp beim Gold-

schmuggel in die Türkei mitgemischt haben.» Vier Zeilen weiter: «Nach einem Bericht des türkischen Fernsehens ist die Zürcher Shakarco Ausgangspunkt für einen umfangreichen Goldschmuggel in die Türkei.» Dann: «Mit der Shakarco hat Hans W. Kopp direkt nichts zu tun. Doch soll Kopp's Partner bei der Shakarchi Trading, Mohammed Shakarchi, mit dem Präsidenten der Shakarco verwandt sein.» Und ein paar Zeilen weiter unten steht: «Ebenso wohnen der Präsident der Shakarchi Trading, Mohammed Shakarchi, und Mireille Shakarchi-Wyss, Verwaltungsrätin der Shakarco, an der gleichen Adresse in Ebmatingen.»

Als nüchternes Fazit des Textbreis bleibt: Da wird munter mit Firmennamen von Shakarco bis Shakarchi Trading jongliert und ausgerechnet jenes der beiden Unternehmen des Goldschmuggels im grossen Stil verdächtigt, in dessen Verwaltungsrat Hans W. Kopp eben nicht sitzt, obwohl dieser doch, so weiss es jedenfalls der *Blick*, bei diesem Geschäft mit grosser Kelle mitmischen soll. Shakarco bis Shakarchi Trading, überall sitzen Leute, die miteinander verwandt sein sollen – das ist auf dem Boulevard der Gerüchte äusserst verdächtig – insbesondere dann, wenn zwei von denen auch noch unter einem Dach wohnen. Dass die beiden glücklich verheiratet sind und Briefkasten und Bett teilen, dass es sich bei den anderen Verwandten um die Nachfahren des Gründers der Shakarco aus zwei Ehen handelt, die Blutsverwandtschaft also eine logische Folge dieser Tatsache darstellt – welcher Boulevardjournalist liesse sich von solch faktischen Kleinigkeiten vom grossen Bild abbringen, das er zeichnen will: dass eben Hans W. Kopp im Dunstkreis fremdländischer Namen zum Mr. Goldfinger eines Schmuggelrings aufgestiegen ist. Genau dieses Bild gerinnt nun zur öffentlichen Gewissheit.

Am Abend, als ihr Tagewerk vollbracht ist, sitzt Elisabeth Kopp in ihrer kleinen Wohnung in der Berner Altstadt und wählt die Nummer von «Drei Eichen» in Zumikon. Hans W. Kopp nimmt ab. Sie könne beruhigt sein, meint er zu seiner Frau, er habe, wie ihm geheissen, Katharina Schoop angerufen, und was diese ihm erzählt habe, sei entweder Mumpitz oder ihm längst Bekanntes gewesen. Und im Übrigen habe er seine Demission aus dem Verwaltungsrat aus der Shakarchi Trading heute mit sofortiger Wirkung vollzogen. Sie brauche sich also keine Sorgen zu machen. Nachts, im Bett, drehen ihre Gedanken trotzdem. Wie so oft in letzter Zeit bringen für Elisabeth Kopp erst Schlafmittel Ruhe.

René Lüchinger: Elisabeth Kopp. Zwei Leben – ein Schicksal. Aufstieg und Fall der ersten Bundesrätin der Schweiz. Stämpfli. Öffentliche Buchvermittlung: 12. 12. 13, 20 Uhr, im Zürcher «Kaufleuten».





Postboten und Passanten: New Yorker Reflexionen, fotografiert und gemalt von Saul Leiter (1923–2013).

Stil & Kultur

Eine Kamera ist ein Hut

Von *Daniele Muscionico*

Saul Leiter nahm seine Kamera, wie andere Menschen ihren Hut nehmen. Oder einen Schal, wenn sie ihre Wohnung verlassen, um auf die Strasse zu gehen. Saul Leiter griff nach der Leica, um in die Welt zu greifen, da er liebte, was er sah, und was er sah, begriff er in Farbe. In Farbe fotografierte er, was ihn umgab, seine Stadt, New York. Die Metropole als Farbrausch. Als kühler und kühner Exzess.



Farbe war sie aus Sicht der Künstler und der Kunstverwalter ein Werk des Teufels: ein vulgäres Warenzeichen und Instrument der Werbung, dazu gemacht, den Blick des Konsumenten zu hypnotisieren.

Saul Leiter verstand die Farbe anders. Er verstand sie nicht durch seinen Verstand, sondern durch sein Gefühl. Farbe als Emblem der Individualität und der Moderne. Sie war sein Pigment auf seiner Palette, der kleinste gemeinsame Nenner von Empfindung, den er mit dem Blick des Malers (von Gouachen und Aquarellen) dazu verwandte, die abstrakte Schönheit im Alltäglichen als Spontankomposition zu feiern. Als Ready-made des Gewöhnlichen.

In Leiters Bildern fliessen die Genres ineinander: die Street- und die Porträtfotografie, die Still-, Life- und die Modefotografie, wenn er für die führenden amerikanischen Magazine seiner Zeit arbeitete, für *Life* oder *Harper's Bazaar*. Bilder als Gedichte in Farbe, der Mensch als verwischte Farbspur, ein Akteur der Zeit und des Zufalls.

Leiter hatte den Wunsch, dass sein Schaffen erst nach seinem Tod entdeckt werden würde. Er erfüllte sich, beinahe. Ein Jahr nach seiner ersten grossen Retrospektive weltweit, in den Deichtorhallen in Hamburg, ist er jetzt am 26. November im Alter von 89 Jahren in New York verstorben.

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Jonas Jonasson**: Die Analphabetin, die rechnen konnte (*Carl's Books*)
- 2 (0) **Robert Galbraith**: Der Ruf des Kuckucks (*Blanvalet*)
- 3 (3) **Khaled Hosseini**: Traumsammler (*S. Fischer*)
- 4 (2) **Henning Mankell**: Mord im Herbst (*Zsolnay*)
- 5 (5) **Blanca Imboden**: Drei Frauen im Schnee (*Wörterseh*)
- 6 (4) **Jo Nesbø**: Koma (*Ullstein*)
- 7 (6) **Nicholas Sparks**: Kein Ort ohne dich (*Heyne*)
- 8 (7) **Elizabeth George**: Nur eine böse Tat (*Goldmann*)
- 9 (8) **Jussi Adler-Olsen**: Erwartung – Der Marco-Effekt (*DTV*)
- 10 (–) **Cecelia Ahern**: Die Liebe deines Lebens (*Fischer Krüger*)

Sachbücher

- 1 (–) **Michelle Halbheer**: Platzspitzbaby (*Wörterseh*)
- 2 (3) **Guinness World Records**: 2014 (*Bibliographisches Institut*)
- 3 (2) **Verena Wermuth**: Wiedersehen mit Scheich Khalid (*Weltbild*)
- 4 (4) **Christiane V. Felscherinow, Sonja Vukovic**: Christiane F. ... (*Levante*)
- 5 (10) **Peter Bieri**: Eine Art zu leben – Über die Vielfalt menschlicher Würde (*Hanser*)
- 6 (9) **Guido Maria Kretschmer**: Anziehungskraft (*Edel*)
- 7 (7) **Malala Yousafzai, Christina Lamb**: Ich bin Malala (*Drömer/Knaur*)
- 8 (5) **Attila Hildmann**: Vegan for Youth. Die Attila-Hildmann-Triät (*Becker-Jöst-Volk*)
- 9 (6) **Elisabeth Fülcher**: Das Fülcher-Kochbuch (*Hier + Jetzt*)
- 10 (8) **Martin Werlen**: Bahngleichnis (*Kloster Einsiedeln*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Sexismusfrei

Kasperli und Pippi Langstrumpf dürfen nicht mehr «Neger» sagen, in US-Filmen wird kaum mehr geraucht – nun soll auch noch der Sexismus aus kulturellen Erzeugnissen verbannt werden. Einige Kinos in Schweden versehen sexismusfreie Filme schon einmal mit einem Gütesiegel. Die Beurteilung erfolgt nach dem sogenannten «Bechdel-Test»: Ein Film gilt dann *nicht* als sexistisch, wenn darin auch Frauen miteinander reden und sich ihre Gespräche nicht ausschliesslich um Männer drehen. Hollywood-Filme wie «Fluch der Karibik», «Mission Impossible» oder «The Bourne Identity» fallen bei diesem Test durch. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis eine staatliche Sensibilisierungskampagne die Frauen auch im Alltag davon abhalten will, dem Sexismus durch stundenlanges Reden über Männer Vorschub zu leisten. (rb)

Pop

Lieber René Baumann

Ein offener Brief an die Weltmarke aus der Schweiz aus Anlass der neuen Show und CD von DJ Bobo.



Musikalische Glücksdrogen: DJ Bobos «Circus»-Show im Europapark Rust.

«Respect yourself», heisst einer der Hits, den du unter der Schweizer Weltmarke DJ Bobo produziert hast. Lass mich das, leicht abgewandelt, zurück an den Absender schicken: Respekt, René, wie du dich seit Jahrzehnten an der Spitze hältst und dein Publikum immer wieder von neuem begeisterst!

Die Weltpremiere deiner Show «Circus» im Europapark in Rust zeigte einmal mehr, was deine grosse Leidenschaft ist und was du beherrscht wie wenige in diesem stocknüchternen Land: die Leute spielend zu unterhalten und ihnen, ganz legal und sogar jugendfrei, musikalische Glücksdrogen zu verabreichen, die sie für zweieinhalb Stunden zu lächelnden, tanzenden, schwerelosen Wesen machen.

Turnvater Jahn und Hollywood

In «Circus» verbindest du – leichtfüssig-bodenständig, wie es deine Art ist – das Beste aus verschiedenen Welten: Die Bühne, gestaltet als Clown in Riesenformat, lässt Manegen-Gefühle aufkommen. Die Sänger und Tänzer aus halb Europa erinnern an ein Musical. Die Schweizer Akrobaten – mal mit nackten Oberkörpern, mal in hautengen farbigen Superman-Dressen – verkörpern so etwas wie die Kernfusion von Turnvater Jahn und Hollywood.

Respekt verdient auch deine Leistung als Geschäftsmann. Unvergessen bleibt, wie du vor vielen Jahren in einem lichtlosen Raum an

deinem Stanser Firmensitz seelenruhig erklärt hast, mit dem absehbaren Ende des CD-Verkaufs und der herkömmlichen Musikindustrie seien halt neue Ideen gefragt. Mit der Forcierung deiner gigantischen Shows hast du rechtzeitig alternative Einnahmequellen erschlossen. Interessanterweise führte dich das Youtube- und Download-Zeitalter zurück zum sozusagen vordigitalen Direktkontakt mit dem Publikum.

Bemerkenswert, wie du dich ständig neu erfindest und dir dennoch treu bleibst. Auf deiner aktuellen CD «DJ Bobo Reloaded» kommen deine grössten Hits aufgefrischt und in neuen Versionen daher. DJ-Stars der Saison wie Manu-L und Mike Candys, Pop-Ikonen wie Kim Wilde, aber auch schrägere Zeitgenossen wie die Berliner Rock 'n' Roller The Baseballs in einer wunderbar travestierten Version von «Chihuahua» erweisen dir die Ehre. Mit einem andern Wort: Respekt.

Freundliche Grüsse
Philipp Gut



Ab April 2014 ist DJ Bobo mit «Circus» auf Tournee. Neues Album: «DJ Bobo Reloaded». Yes Music.

Entwürdigung Shakespeares

Das Berliner Ensemble macht aus Hamlet einen Kannibalen.
Ein Theaterdirektor darf so etwas nicht zulassen. Von Rolf Hochhuth

An einer zentralen Stelle in «Hamlet» lässt Shakespeare in schmerzlicher Betroffenheit seine Hauptfigur sagen: «Der Mann packt mir 'ne Last auf» – als nämlich Hamlet Polonius traf und tötete, der hinter einer Wand gestanden hatte, ihn zu belauschen: Der Königssohn hatte zugestossen, in der Hoffnung, er treffe Claudius, den Bruder seines ermordeten Vaters, der sich dessen Thron angeeignet und Hamlets Mutter überstürzt geheiratet hatte.

Was macht der Regisseur im Berliner Ensemble am Schiffbauerdamm aus dieser tief bewegenden Szene? Vor zwei Wochen war dort eine «Hamlet»-Premiere.

Leander Haussmann, der selbst in seiner soeben bei Kiepenheuer & Witsch erschienenen Autobiografie mit dem Titel «Buh» ausführlich beschreibt, dass und warum er als Patient in einer psychiatrischen Klinik war, inszeniert diese Szene folgendermassen:

Hamlet schneidet die Leiche des soeben von ihm irrtümlich Getöteten auf, zerrt dessen Eingeweide heraus und leckt sie ab; dann zerschlägt er mit seinem Schwert auch noch den Kopf des Toten, um der Königin Gertrud, seiner Mutter, das Gehirn des Polonius zum Essen anzubieten! (Polonius wiederum ist übrigens der Vater von Hamlets bestem Freund, Horatio.)

Was ich nicht für möglich hielt

Und auch im Programmheft des Theaters ist diese so nirgendwo vorkommende Shakespeare-Entwürdigung abgedruckt! Da ausser mir höchstens noch vier Zuschauer nach dieser Kannibalismus-Orgie aus Protest das Theater verlassen haben, werden die Fragen umso relevanter, die hier dem Generalintendanten Claus Peymann öffentlich gestellt werden müssen:

Hattet ihr – du, Claus, und deine dir gehorsamen Unterlinge in der Dramaturgie, denn die müssen ja die Korrekturfahnen des Programmhefts gelesen haben, das Hamlets Menschen-Fresserei dokumentiert – keine Bedenken, dieses uns allen doch ehrwürdigste Drama überhaupt zur Regie einem Mann auszuliefern, auf dessen Leben der erste Satz der «Blechtrommel» von Günter Grass zutrifft: «Zugegeben, ich bin Insasse einer Heil- und Pflegeanstalt?»

Die zweite Frage, ebenso unentbehrlich: Sind Menschen tatsächlich müheloser abzurichten als pawlowsche Hunde? Was ich nicht für möglich hielt, bevor ich bei meinen Verhaltensforschungen zu meinem Stück



Kannibale: Leander Haussmanns Hamlet.

«Der Stellvertreter» Deutsche kennenlernte, die Hitlers Endlösung praktiziert hatten!

Warum sieht das Publikum zu?

Denn warum sonst sieht das Publikum gehorsam-stilldumm zu, wenn ein offenbar Kranker im Theater Brechts und auch im Theater Peymanns – das sei ja zu deiner Ehre, Claus, hinzugefügt – Hamlet als Kannibalen darstellt?

Hast du nicht das Gefühl – da du doch sonst, mit höchstem Respekt vor ihnen, persönlich unsere Klassiker inszenierst –, dass du diese Verpflichtung auch gegenüber Shakespeare wahrnehmen müsstest? Obgleich dessen einsame Grösse ein Mitläufer des modernen Regiestils gewiss nicht antasten kann?

Rolf Hochhuth, Jahrgang 1931, gehört zu den streitbarsten Autoren im deutschsprachigen Raum. Mit seinem Stück «Der Stellvertreter» über die Mitverantwortung von Papst Pius XII. an der Deportation der Juden im Zweiten Weltkrieg sorgte er für einen internationalen Skandal. Über seine Ilse-Holzapfel-Stiftung (benannt nach seiner Mutter) besitzt er das Theater am Schiffbauerdamm, in dem das von Bertolt Brecht gegründete Berliner Ensemble beheimatet ist.

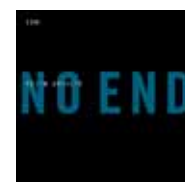
Keith Jarrett jenseits des Pianoforte

Von Peter Ruedi

Ein Antrieb zur Kunst ist ein Moment des Ungesättigten. Das Ungenügen, die Vorstellung im Kopf in der Realisation nie einzuholen. Im Fall von Keith Jarrett, dessen Klavierkunst auch etwas mit Machtausübung zu tun hat (*to put a spell on the audience*), ist es die paradoxe Erfahrung, dass das, was in seinem Kopf singt, sich auf dem wohltemperierten Pianoforte immer nur annähernd ausdrücken lässt. Der Satz in den *liner notes* zu seinem neuen alten Album nimmt sich ja zunächst aus wie Koketterie: «Ich kann nicht sagen, ich hätte das Piano je so geliebt wie die Drums oder die Gitarre.»

Tatsächlich macht die Faszination seines Klavierspiels die Reibung zwischen dem Sagbaren und dem Unsagbaren (aber Ahnbaren) aus. Schon früh griff Jarrett gern zum Sopran-saxofon und zu Perkussionsinstrumenten. In den Achtzigern, als in einer schwierigen Lebensphase auch das Verhältnis zu seinem Hauptinstrument zeitweise prekär wurde, nahm er mit «Spirits» ein Doppelalbum auf, auf dem er *all alone* in seinem Privatstudio mit Overdubbing auf zahlreichen Flöten und vielfältiger Perkussion eine schamanische Musik suchte. In diesen Zusammenhang gehören die Aufnahmen, nur wenig später und auch im solipsistischen Selbstgespräch entstanden, die er zum allgemeinen Erstaunen nun mehr als ein Vierteljahrhundert später veröffentlicht. Abermals viel Perkussion und Drums, aber, anders als bei den spiritistischen Erdklängen, auch mehrere elektrische (!) Gitarren und ein Fender-Bass. Zwanzig Miniaturen auf zwei CDs, *conversations with myself*, oft scheinbar ereignislos, aber in der Mikrostruktur und Interaktion zwischen den Instrumenten knisternd vor Spannung. Schlicht in der Aufnahmetechnik. Zweifellos war (und ist) das für Jarrett im Kontrast zu seiner intensiven und expansiven Klavierkunst «a healing experience».

Eine Aura von Einsamkeit teilt sich auch dem mit, der Jarretts Anweisung «play the music loud» befolgt. Stellt sich die Frage nach der öffentlichen Relevanz dieses intimen Unternehmens. Oder auch nicht. Wäre Intimität grundsätzlich privat, gäb's auf der Welt keine Lyrik. Zum Beispiel.



Keith Jarrett: No End.
2 CDs. ECM 2361-62

Top 10

Knorrs Liste

1	Blue Jasmine	★★★★★
	Regie: Woody Allen	
2	Captain Phillips	★★★★★
	Regie: Paul Greengrass	
3	The Lunchbox	★★★★★
	Regie: Ritesh Batra	
4	The Hunger Games: Catching ...	★★★★☆
	Regie: Francis Lawrence	
5	Eltern	★★★★☆
	Regie: Robert Thalheim	
6	Die Eiskönigin	★★★★☆
	Regie: Chris Buck	
7	Master of the Universe	★★★★☆
	Regie: Marc Bauder	
8	La Vénus à la fourrure	★★★★☆
	Regie: Roman Polanski	
9	Fack Ju Göhte	★★★☆☆
	Regie: Bora Dagtekin	
10	Achtung, fertig, WK!	★★★☆☆
	Regie: Oliver Rihs	

Kinozuschauer

1 (1)	The Hunger Games: Catching Fire	47 357
	Regie: Francis Lawrence	
2 (0)	Frozen	31 703
	Regie: Chris Buck, Jennifer Lee	
3 (2)	Fack Ju Göhte	17 679
	Regie: Bora Dagtekin	
4 (0)	The Counselor	10 706
	Regie: Ridley Scott	
5 (3)	Blue Jasmine	10 449
	Regie: Woody Allen	
6 (5)	Escape Plan	4848
	Regie: Mikael Håfström	
7 (6)	Last Vegas	3825
	Regie: Jon Turteltaub	
8 (4)	Achtung, fertig, WK!	3807
	Regie: Oliver Rihs	
9 (10)	The Lunchbox	3158
	Regie: Ritesh Batra	
10 (7)	Captain Phillips	2977
	Regie: Paul Greengrass	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Lone Ranger (Disney)
2 (-)	Pacific Rim (Warner)
3 (-)	Wolverine: Weg des Kriegers (Fox)
4 (-)	Kindsköpfe 2 (Sony)
5 (1)	Ich – Einfach unverbesserlich 2 (Universal)
6 (2)	World War Z (Rainbow)
7 (-)	The Big Bang Theory – Season 6 (Warner)
8 (-)	How I Met Your Mother (Fox)
9 (4)	Der Hobbit (Warner)
10 (-)	Only God Forgives (Rainbow)

Quelle: Media Control



Ein bisschen Don Quijote: Musiker Llewyn Davis (Oscar Isaac) mit Kumpel Jim (Justin Timberlake).

Kino

Der Bastel-Chaot

Der neue Film der Coen-Brüder, «**Inside Llewyn Davis**», ist eine amüsante Nostalgie-Reise in die Folk-Szene der Sechziger. Von Wolfram Knorr

Am Ende wird er vor die Hintertür der legendären New Yorker Bar «Gerde's Folk City» gelockt und vermöbelt. Während er sich in der dunklen Gasse die Wunden leckt, tritt im Inneren der Bar schemenhaft ein Mann vors Mikrofon, der mit seiner Katarrh-Stimme eine neue Ära ankündigt: Gemeint ist Bob Dylan. Der Verdroschene dagegen gehört zur reinen Folk-Szene der sechziger Jahre. Der heute vergessene Dave Van Ronk (1936–2002) war einer der massgebenden Singer/Songwriter, die die Folk-Musik wiederbelebten und Dylan den Weg ebneten. In Van Ronks amüsanter Autobiografie «Der König von Greenwich Village» (Heyne-Verlag) sagt er, dass er, Dylan, «keine angenehme Stimme» hatte und immer «sehr rau und so authentisch» wie möglich sein wollte.

Die finale Szene mit dem Helden in der Gosse und der «rauen» Stimme im Klub gehört zu den subtilen Scherzen des neuen Coen-Films «**Inside Llewyn Davis**». Davis (Oscar Isaac) ist ein wenig Van Ronk und ein bisschen seiner Autobiografie nachempfunden. Doch den Coen-Brüdern («**True Grit**») ging es nicht um ein Biopic, sondern um eine Ära, um das Kolorit einer Zeit, in der noch die Beatniks durch Greenwich Village wuselten und mit den Folk-Sängern die Bohème bildeten. Mit Pop hatten die nichts am Hut, Kommerz war ihnen ein Graus. Llewyn Davis, alles andere als ehrgeizig wie Dylan, ist ein

Bastel-Chaot, ein Hobo und Pflasterstein-Gras-hüpfer, der mit Gitarrenkoffer, Bart und in Schlabberklamotten von einer Besucher-Couch zur anderen wechselt. Am Abend spielt er – meistens im «**Gaslight Cafe**». Die Gäste sind dünn gesät, sein Erfolg ist bescheiden. Dass er mal eine Platte aufgenommen hat, versetzt ihn nicht unter Leistungsdruck.

Der melancholische Müssiggänger, ein wenig Leopold Bloom («**Ulysses**»), ein bisschen Don Quijote, flaniert herum und weiss nicht so recht, was er will. Eigentlich könnte alles so bleiben, wie es ist. Mal nächtigt er bei einem Soziologieprofessor in der schicken Upper West Side, mal bei einem Abtreibungsarzt; mal singt er ein bisschen, verdient was und grübelt sich sonst durch die Wohnungen der Bekannten, die ihn aufnehmen; wie der Professor, der den Bohémien gerne um sich hat, um ihn stolz seinen Spiesser-Kollegen vorzuführen. Nur bei der Katze, die ihm mal entwischt und der er hinterherhechelt, hört der Spass auf. Die Katze – als Sinnbild seiner Ziellosigkeit – bietet Joel und Ethan Coen Möglichkeiten für komische Situationen.

Eine Ex-Freundin von Llewyn (Carey Mulligan), die zusammen mit Jim (Justin Timberlake) ein Gesangsduo bildet, das kurz vor dem Durchbruch steht, ist von Llewyn schwanger und beschimpft ihn pausenlos als Loser. Einmal rafft Llewyn sich auf, trampft zum Produ-

zenten Grossman (F. Murray Abraham) und gerät unterwegs an einen bizarren Jazz-Philosophen. Eine Glanznummer für John Goodman, der damit an Dr. John erinnern soll. Später, in Grossmans Klub «The Gate of Horn», sieht es fast so aus, als wolle Grossman ihn engagieren. Doch das Gegenteil ist der Fall. Wie die Coens Figuren einführen, um sie elegant wieder aus dem ziellosen Leben ihres Helden verschwinden zu lassen, das verrät schon Könnerschaft. Mit betörenden, verblichenen Bildern, einem frostigen Greenwich Village, vergilbtem Mobiliar, wunderbaren Songs und Oscar Isaac als Gossen-Odysseus saugen sich die Coens in die vergangene Epoche hinein. Amüsant ist das auf jeden Fall. ★★★☆☆

Weitere Premieren

Carrie — Remake I. 1976 verfilmte Brian De Palma Stephen Kings Erstlingswerk kongenial mit einer hervorragenden Sissy Spacek als unterdrückte Tochter einer religiösen Fanatikerin (Piper Laurie). Von ihren Mitschülern verspottet, am Schulball mit Schweineblut übergossen, rastet Carrie aus und legt dank ihrer telekinetischen Fähigkeiten die Schule in Schutt und Asche. Der Schlussgag war besonders schockierend. Im Remake von Kimberly Peirce («Boys Don't Cry») zieht Chloë Grace Moretz als Carrie ständig eine Schnute und mimt die Gemobbte



Hysterisch: Chloë Grace Moretz (l.) als Carrie.

Fragen Sie Knorr

Was halten Sie von «Hannibal» um den Serienmörder Hannibal Lecter, bekannt aus dem legendären Thriller «Silence of the Lambs»? Damals spielte ihn Anthony Hopkins, in der Serie nun wird er von Mads Mikkelsen verkörpert. Ich finde ihn in der Serie zu elegant. M. S., Zofingen



Na ja, das ist natürlich der Witz. Es wäre interessant, die neuen US-Serien von einem Seelenklempner analysieren zu lassen. Sie ähneln sich alle, von «Breaking Bad» über «Home-

bis zur Unglaublichkeit. Julianne Moore als rasend-pietistische Mama, die ihr Kind für eine Hexe hält, weil sie einmal Sex hatte und sich mit der Tochter dafür bestraft sieht, ist ziemlich furchterregend. Im Zeitalter von Facebook scheint es allerdings nicht mehr recht glaubwürdig, dass Carrie über ihre erste Menstruation hysterisch wird. ★★★☆☆



Visuell betörend: «On the Way to School».

On the Way to School — Der französische Dok-Filmer Pascal Plisson begleitet in wild-exotischen Regionen vier Schüler aus vier Ländern auf ihren ungewöhnlichen Wegen zur Schule. Jackson aus Kenia, Zahira aus Marokko, Samuel aus Indien und Carlito aus Argentinien nehmen täglich lange Strapazen auf sich. Das ist visuell sehr betörend, wirkt aber auch zuweilen arg manipuliert. ★★★☆☆

Delivery Man — Remake II. Gerade mal zwei Jahre ist das kanadische Original «Starbuck» alt, und schon musste eine Hollywood-Version von jenem Taugenichts her, der vor vielen Jahren mal gegen Geld sein Sperma spendete und nun erfährt, Vater von einem Haufen Kinder zu sein. Hunderte haben eine Sammelklage gegen die Befruchtungsklinik erhoben und wollen wissen, wer ihr Vater ist. Die Komödie von Ken Scott war ein Hit. Mit der Neuverfilmung (mit Vince Vaughn als Vater) – wieder unter der Regie von Scott – hofft er, den Erfolg wiederholen zu können. ★★★☆☆

land» und «American Horror Story» bis eben zu «Hannibal», in der totalen Unterwühlung aller Werte. Die Initial-Zündung für Plots, in denen es nur noch um Täuschung und Angst geht, war sicher 9/11. «Hannibal» ist die Verlagerung auf den puren Krimi. Lecter ist ein Gourmet im feinsten Zwirn, der sogar – der Gipfel – mit kulinarischen Köstlichkeiten täuscht. Denn die Rehfilets, die genüsslich verspeist werden, sind keine. Mikkelsen ist dabei ziemlich überzeugend.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Public Vujoing

Von Lucien Scherrer

Dr Fuessboll», erklärt Fifa-Präsident Sepp Blatter gerne, «verbindet Menschä.» Die Gabe, Menschen ausserhalb des Stadions zu «verbinden», haben jedoch nur wenige Fussballer. Vujo Gavric, Spieler des FC Rapperswil und als «Bachelor» offiziell «begehrtester Junggeselle der Schweiz», hat sie. Seinetwegen treffen sich in Zürich jeden Montagabend Hunderte Leute zum «Public Vujoing»: Über 200 Leute sehen sich im «Bellevue Club» die Sendung «Der Bachelor» auf 3+ an, um gemeinsam über Vujo und seine «Ladys» zu lachen, die in Thailand über Liebe, Gefühle und Strapse philosophieren. Sie lachen, wenn Vujo stammelt: «Die grosse Liebe, die entsteht, wenn eine Basis entsteht», sie kreischen, als ihm Vanny mit ihren Brüsten den krebsroten Rücken massiert, sie johlen, wenn er mit Carmen knutscht, denn dann gibt's *shots* umsonst.

Hipster mit Wollmützen, Studentinnen der Medienwissenschaften, gegelte KV-Lehrlinge – sie alle ergötzen sich an der Vorstellung, dass es Leute gibt, die (vermutlich) dümmer sind als sie. Und da Vujo als Macho in einer Trash-Sendung ohnehin diskreditiert ist, dürfen sie sich auch einmal über einen bildungsfernen Migrationshintergründer lustig machen, ohne Gefahr zu laufen, ihr Selbstbild als weltoffene Zeitgenossen zu gefährden. Der Clou ist, dass die Helden der Sendung, die längst produziert ist, im Saal sind und sich wie Tanzbären vorführen lassen. Zum Beispiel Vanny, die auf die Bühne gerufen und gefragt wird, ob es stimme, dass sie einen Penis habe (hat sie nicht, dafür ist sie bisexuell und steht auf flotte Dreier).

Und Vujo? Er steht etwas verdrückt vor dem Fumoir, eher scheuer Partygast als Balzking, und lässt sich auf die Schultern klopfen. Stört es ihn nicht, dass alle hier sind, um über ihn zu lachen? «Was gibt es Schöneres, als über sich selber zu lachen?», antwortet er mit seinem typischen Grinsen, «es macht mich glücklich, dass so viele Leute zusammenkommen, statt am Montag allein herumzusitzen.» Sepp Blatter hätte es nicht schöner sagen können, bloss klingt's bei Vujo sympathischer.

Der Bachelor: Montag, 20.15 Uhr, 3+. «Bellevue Club», Rämistrasse 6, 8001 Zürich

Verborgene Schätze

Literarisches Nachwuchstalent; singender Schönheitschirurg; Gratis-Duftkerzen. Von Hildegard Schwaninger



Wollte schon als Gymnasiast Schriftsteller werden: Rico Kunzmann.

Gibt es in der Schweiz junge Autoren, die es wert sind, dass ihre Manuskripte gedruckt und in den Buchhandel gebracht werden? Michael Hartmann widmet sich seit 1994 dieser Frage. Seine Edition Hartmann Autorinnenverlag Bern ist offen für neue Autoren, eine Alternative zu den Grossverlagen. Jetzt hat der Talentscout für Literatur-Frischlinge einen jugendlichen Zürcher entdeckt, der schon als Gymnasiast wusste, dass er Schriftsteller werden will. Vorher machte er – von etwas muss man ja leben – sein Studium in Biologie und doktorierte in Genetik. Der 1977 in Zürich geborene Rico Kunzmann, der heute in Basel lebt und arbeitet, veröffentlichte sein erstes Buch. «Bei mir in Zürich», eine Sammlung von Kurzgeschichten. Sie spielen in Zürich, erzählen klar, knapp und spannend aus dem prallen Leben.

Die Dichterlesung fand in der «Lebewohlfabrik» statt, dem Klub mit Bar «für Menschen, die sich für intelligente Kultur und sinnliche Unterhaltung interessieren» (Selbstbeschreibung). Kunzmann, der eine Zeitlang in Moskau lebte, wo er 1999 zu schreiben begann, hatte bei seiner Lesung fast Full House (60 Plätze). Wie von einem anderen Stern schneite die glamouröse Filmproduzentin Anne Walser herein. Sie war mit Kunzmann ins Gymnasium Rämibühl gegangen. «Der Rico sagte schon mit fünfzehn, dass er Schriftsteller werden will, so bin ich neugierig auf sein erstes Buch.»

Echte Loyalität: Anne Walser nahm sich die Zeit, obwohl ihr Vater an dem Tag Geburtstag hatte und sie schnell weg zur Feier musste.

Eva's Music Factory in der Mühle Tiefenbrunnen ist ein verborgener Schatz in Zürichs Kulturszene, wo man auf charmante Weise ein Instrument zu nützen lernt, das den meisten verborgen bleibt, weil sie es nicht erkennen: die eigene Stimme. Man kann dort natürlich auch Klavier, Cello, Geige & Co. lernen. Beim Weihnachtskonzert sangen am Schluss alle gemein-



Zürcher Bryan Adams: Chirurg Wolfensberger.

sam, man sah amerikanische Banker, deren Kinder dort Unterricht nehmen, und bekannte Gesichter wie Ex-Fernsehmann Jürg Wildberger und den Schönheitschirurgen Christoph

Wolfensberger, der dort regelmässig seine Stimme schult. Sein Können zeigte Wolfensberger beim traditionellen Adventsessen von Maler Max Zuber und Regina Wartmann im «Kaufleuten», wo er mutig auf die Bühne sprang, seinem Vorbild Bryan Adams nacheiferte und «Have You Ever Really Loved A Woman?» schmachtete. Dass alle «Zugabe!» schrien, war für den singenden Arzt «ein Aufsteller».

Die Location Seefeldstrasse 231 wird noch aufgewertet, wenn Nico Maeder mit seinem Team von der «Bärengasse», das jetzt die «Blaue Ente» führt, dort eine Brasserie eröffnet – in der Boutique von Christa de Carouge, die Ende des Jahres schliesst. Mühle-Besitzer Fritz Wehrli mag es zwar noch nicht bestätigen (Insider vermuten, dass er immer noch auf einen Mieter hofft, der mehr bezahlt), aber er sagt, dass es «in diese Richtung geht». De Carouge hört nicht ganz auf. «Die Kreativität geht weiter. Ich arbeite in meiner Loft, kreierte Kleider, alles Handarbeit, ohne Nähmaschine, aus feinsten Stoffen, und in zwei Jahren mache ich mit diesen skulpturalen Unikaten eine Performance in der Mühle Tiefenbrunnen.» Wer also dachte, de Carouge eröffnet mit ihrer besten Freundin Irma Dütsch eine Lounge-Bar, irrt; die Schneiderin bleibt bei ihren Leisten.

Unternehmer Silvio Denz, gemäss Bilanz einer der 300 reichsten Schweizer, war ein grosszügiger Gastgeber, als er zur Eröffnung



Grosszügiger Gastgeber: Silvio Denz.

der Boutique Lalique (Cristal & Fragrances) in Zürich lud. Riesenandrang bei der neuen Prestige-Boutique, die Gäste wurden verwöhnt mit Catering von Franzoli; die Duftkerzen, die den Gästen als *Bhaltis* mitgegeben wurden, waren am Schluss ausverschenkt. Wer keine ergattert hatte, konnte sich trösten in der Onyx-Bar im «Park Hyatt», wo man noch zu Drinks eingeladen war. Wie immer, wenn es etwas gratis gibt, herrschte ein Riesengedränge. Da war keiner zu sichten, der auf der Reichsten-Liste figuriert, dafür wuselten PR-Heinis und Eventmanager herum.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Grosser Schnitt

Die Sozialarbeiterin Helen Morfitt, 46, war früher ein Mann, der Lehrer Felix Laws, 56, wurde als Frau geboren. Zusammen sind sie kein Paar wie viele andere.



«Lottogewinn»: Liebespaar Morfitt-Laws.

Helen: Als Mann war ich dreimal verheiratet, und aus diesen Ehen resultierten acht Kinder. Manche sagen: «Es hat also lange gedauert, bis dir die Idee kam, dass du dich in deinem Körper nicht mehr wohl fühlst.» Tatsächlich ging es mir psychisch schon lange sehr schlecht. Am tollsten reagierten meine beiden Kleinsten: Die waren erst fünf und sechs, als ich ihnen erklärte, dass es mir bessergehen würde, wenn ich ein Mädchen werden dürfte. Sie haben genickt und gelacht. Sie waren froh, dass es für mich einen Ausweg aus dem Unglück gab, und akzeptieren mich seither einfach so, wie ich bin.

Felix: Bei den Erwachsenen sind die Reaktionen komplizierter, sie machen sich mehr Gedanken, und natürlich ist es für das Umfeld keine einfache Umstellung, wenn sich ein Freund, eine Tochter, ein Enkel, eine Nichte auch äusserlich in ein anderes Geschlecht verwandelt. Der Mensch bleibt derselbe, das sollte man sich vor Augen halten. Für die Betroffenen ist mit der Entscheidung oft eine lange Leidensgeschichte verbunden. Will man dann endlich Nägel mit Köpfen machen, sind viele Untersuchungen notwendig, und die medizinische Betreuung ist kompliziert und langwierig: Bis aus einer Frau auch optisch ein Mann wird, müssen äussere Merkmale zum

Verschwinden gebracht werden: Haare sind schnell kurzgeschnitten, bis aber Bartstopfeln zu spriessen beginnen, sich eine tiefe Stimme einstellt und Muskeln an den richtigen Stellen wachsen, braucht es Geduld. Selbst wächst man in das Wunschgeschlecht hinein, und viele Transsexuelle sagen, dass die Operation, bei der die äusseren Geschlechtsmerkmale eliminiert werden und andere hinzugefügt werden, schlussendlich einfach eine logische Konsequenz ist.

Helen: Wir entschieden uns beide unabhängig voneinander, die Geschlechtsumwandlung vornehmen zu lassen, also zu einem Zeitpunkt, als wir uns noch nicht kannten. Es ist ein grosser Schritt oder vielmehr – Schnitt! Seither fehlt es mir an nichts. Als Frau bin ich ruhiger und ausgeglichener geworden. Auch weil ich vor sieben Jahren Felix kennenlernte.

Felix: Transsexuelle Menschen haben es nach der Operation oft schwer, ihren Platz in der Gesellschaft oder ein partnerschaftliches Glück zu finden. Die Sache hat mit Identität und oft auch mit nicht ganz unverständlichen Stereotypen in den Köpfen der anderen zu tun. Kommt dazu, dass ein Mann, der früher eine Frau war – und umgekehrt –, eine grosse Ausnahme bleibt. Oft sind Leute an einem interessiert, die selbst Probleme haben oder nicht wissen, wie sie sich sexuell orientieren wollen. Und für die sogenannten normalen Heteros ist es meist doch eine schwierige Entscheidung, einen von uns für immer zu lieben. Was ein transsexueller Mensch durchgemacht hat und mit welchen Schwierigkeiten er zu kämpfen hat, versteht sowieso nur jemand, der Ähnliches erlebt hat.

Helen: Es war also so etwas wie ein Lottogewinn, als wir uns kennenlernten. Unser gegenseitiges Verständnis ist umfassend, wir können uns in jeder Situation unterstützen und trösten, jedoch auch anspornen. Dass ich einen solchen Menschen finden würde, hätte ich nie gedacht. Wir haben im September geheiratet. Ich war zwar bereits dreimal verheiratet, dennoch habe ich das Gefühl, es ist meine erste Ehe. Weil ich mich zum ersten Mal dem richtigen Geschlecht zugehörig fühle.

Protokoll: Franziska K. Müller

Böse Kinder

Von Andreas Thiel — Nach 50 000 Jahren Menschheit wird die Mutter endlich abgeschafft.

Thiel: Sag mal, Christian, weshalb hat das ganze linke Lager inklusive FDP und NZZ die Familieninitiative bekämpft?

Levrat: Die Familie im klassischen Sinn hat ausgedient. Die Mutter als solche ist ein Auslaufmodell.

Thiel: Wie bitte?

Levrat: Wir müssen nicht die Familie entlasten, sondern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Denke nur an all die armen Mütter, die von ihren Kindern am beruflichen Vorankommen gehindert werden.

Thiel: Das sind aber böse Kinder, die ihre Mütter daran hindern, beruflich voranzukommen.

Levrat: Ja, da muss man doch was dagegen tun, nicht wahr?

Thiel: Und was?

Levrat: Am besten sorgt man dafür, dass die Kinder von der Mutter entfernt werden, damit sich diese ungestört um ihre Karriere kümmern kann.

Thiel: Brauchen die Kinder die Mütter denn nicht?

Levrat: Ach was. Die Kinder brauchen staatliche Betreuung. Wo kämen wir hin, wenn sich die Mütter um ihre Kinder kümmern würden anstatt um die Wirtschaft?

Thiel: Wie hat man das denn früher gemacht? Gab es da zwei Sorten von Menschen? Welche, die eine Familie hatten, und solche mit einem Beruf?

Levrat: Ja, so ungefähr.

Thiel: Und wie haben sich die Berufstätigen fortgepflanzt? Das ging ja dann gar nicht. Und wovon haben diejenigen, die eine Familie hatten, gelebt? Auch von nichts? Da müsste die Menschheit ja wegen der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf längst ausgestorben sein.

Levrat: Ja, wenn nicht der Segen des Sozialismus über sie gekommen wäre und die Mütter in die Fabriken geschickt hätte.

Thiel: Der Sozialismus hat die Mütter ver-sklavt?

Levrat: Nein, der Sozialismus hat den Müttern Arbeit gegeben.

Thiel: Gibt es ein Problem, welches noch nicht vom Sozialismus behoben wurde?

Levrat: Wieso?

Thiel: Ich möchte es haben.





Ein Gedicht für jeden Tag

Der Tages-Anzeiger publiziert auf den Seiten «Kultur & Gesellschaft» jeden Tag ein Gedicht. Es sind alte dabei und ganz moderne, bekannte und unbekannte, schlichte und schwierige, lange und kurze.

Gross ist die Zahl der Menschen, denen Gedichte seit je etwas bedeuten: weil sie sie in ihrer Jugend lernen mussten. Weil ihnen eines in einer schlimmen Zeit geholfen hat. Weil sie sich immer wieder an der einzigartigen Fusion von Klang und Bedeutung erfreuen. In Gedichten zählt jedes Wort, hier wird Sprache so verdichtet, dass sie über die blossen Aussage hinweg leuchtet und strahlt. Gedichte sind der Schatz jeder Literatur, jeder Sprache.

Jeden Tag ein Gedicht.

Dranbleiben.

Tages-Anzeiger

«Kaschmirgefühl im Gesicht»

Silhouette-Chef Arnold Schmied über die Eigenschaften einer guten Brille, ihre Wirkung auf den Träger und sein Umfeld.



«Einzigartige Eigenschaften»: Brillenhersteller Schmied.

Herr Schmied, welche Brillen trägt man heute?

Modezyklen in der Brillenindustrie bewegen sich in Rhythmen von zirka sechs bis acht Jahren. Nach meinem Gefühl ist nach sieben Jahren eklatanter Dominanz der sogenannten Vollrandbrillen die Zeit für Neues reif. Nach sieben Jahren Retro herrscht Aufbruchstimmung, auch bei randlosen Brillen, wie wir im nächsten Jahr zeigen werden. Da sind dank High-tech-Kunststoffen in Verbindung mit superflexiblen Titanlegierungen und hochfestem Carbon auch sehr futuristische Designs dabei und ganz moderne Formen.

2014 begeht Silhouette das 50-Jahr-Firmenjubiläum. Was löst das in Ihnen aus?

Grosse Freude, aber auch Stolz darauf, dass meine Eltern ein Unternehmen gegründet haben, das immer zwei Prämissen im Vordergrund stehen hatte: der alles überra-

gende Bereich der Gestaltung und, direkt nachfolgend, die Technik, die in den vergangenen Jahrzehnten immer nach Lösungen suchen musste für die komplett neuartigen Aufgaben, die sich durch das Design ergaben.

Ihr Vorzeigemodell und Verkaufsschlager ist die 1,8 Gramm leichte «Titan Minimal Art». Woran orientiert man sich in solchen Fällen, was die Entwicklung betrifft?

So richtig anlehnen können wir uns nirgendwo, denn so viel Handarbeit wie bei der Brille wird sonst in kaum einer Industrie in ein Produkt gesteckt. Brillen müssen, da sie mitten im Gesicht eines Menschen sitzen, einzigartige Eigenschaften erfüllen und besonderen Ansprüchen genügen. Das trifft weder auf Schuhe so zu noch auf die Kleidung, und auch eine Uhr sieht man nur, wenn die Manschette nach hinten rutscht. Von unserem Vater haben wir gelernt, dass

eine optische Brille, die man täglich trägt, noch so schön sein kann, wenn sie ergonomisch nicht überzeugt und sich, was Passform und Tragegefühl anbelangt, nicht wie mindestens ein Kaschmirpullover anfühlt.

Silhouette setzt dabei konsequent auf die Karte Leichtigkeit.

Eine schwere Brille kann per definitionem nicht bequem sein, da sie im Verlaufe des Tages zu drücken anfängt; deswegen dieses ständige Suchen nach leichtesten, festesten, besonders flexiblen Materialien, die dieses Kaschmirgefühl im Gesicht vermitteln. Ausserdem wird von einer Brille verlangt, dass sie im Gesicht ausschaut wie ein Schmuckstück. Deswegen kommen hier oberflächliche Einflüsse hinzu, wodurch sich eine Mischkulanz ergibt aus der schmuckhaften, reduzierten Gestaltung und eben aus dem Tragkomfort.

Nicht alle Brillenträgerinnen und -träger setzen auf Reduktion. Es wollen auch Akzente gesetzt werden.

Es gibt natürlich Persönlichkeiten, die ohne ausdrucksstarke Brillen gar nicht sein können. Sie müssen sich aber vor Augen halten, dass eine Brille, im Gegensatz zu vielen Schmuck- und Kleidungsstücken, nicht regelmässig gewechselt werden kann, gerade Lesebrillen, ohne die ich nichts sehe. In Europa liegt die durchschnittliche Tragedauer einer Brille bei etwa vier Jahren; so lange sollte man sich beim täglichen Blick in den Spiegel freuen können.

Einer Studie zufolge werden Trägerinnen und Träger randloser Brillen von ihrem Umfeld als attraktiver wahrgenommen als jene, die andere Modelle aufsetzen.

Ja, und die führenden Make-up-Artisten der Welt sagen uns, dass der Brillentyp der randlosen Brille als einziger jene Strahlkraft unseres Gesichts unterstreicht, die ja auch für die Kosmetik von zentraler Bedeutung ist. Und es sind rund fünfzig Prozent aller Leute, die vierzig plus sind, die eine Brille brauchen.

Wie viele Brillen besitzen Sie?

Derzeit fünf. Darunter eine mit sehr dunklen, markanten Kunststoffbügeln, eine mit solchen aus einer sehr feinen Kombination aus Titan und Kunststoff – und natürlich eine «Titan Minimal Art». Man kann mit dem Thema der Randlosigkeit auf unterschiedlichste Weise umgehen. Aber ich verstehe auch, dass nicht alle die Möglichkeit haben, mit fünf Brillen spielen zu können.

Arnold Schmied, 61, führt bis Ende 2013 gemeinsam mit seinem Bruder Klaus das 1964 von seinen Eltern gegründete österreichische Brillenunternehmen Silhouette und wird in den kommenden Monaten in den Aufsichtsrat wechseln. www.silhouette.com

Die Fragen stellte **Oliver Schmuki**.

Der Jumbo fliegt

Von Peter Rüedi



Wer baute das siebentorige Theben?», fragte Brecht. «Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt? [...] Cäsar schlug die Gallier. Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?» Wer baute den grossen Vega Sicilia? Nicht Direktor Pablo Alvarez von der Besitzerfamilie allein, und auch nicht der Chefönologe mit dem klingenden Namen Xavier Ausás López de Castro. Da gab's immer auch Traubenlieferanten, die zum Monument des spanischen Weins ihr Scherlein beitrugen.

Einer davon hiess Carmelo Rodero. Inzwischen zieht er auf immerhin 115 Hektaren im Ribera del Duero seine eigenen Weine. Und was für welche! Leuchttürme wie die von Vega Sicilia, deren Preise sich (nicht zu Unrecht) im Bereich der Premiers aus dem Bordeaux und deren edlen Abkömmlingen in der zweiten Liga bewegen, bringen es ja mit sich, dass sie alles in ihrer näheren Umgebung verdunkeln. Da lohnt es sich schon, den Lichtstrahl auszublenken, wenn er vorbeistreicht, und im Halbdunkel genauer hinzusehen. Roderos «Pago de Valtarrefia» (ein Lagenwein aus einem einzigen Weinberg mit Reben, die ein halbes Jahrhundert alt sind) ist eine Entdeckung, wie sie auch der Überraschungen gewohnte *wine scout* nicht jeden Tag macht. Ein reiner Tempranillo (oder Tinta del País, wie sie die Traubensorte in der Region mit schönem Understatement nennen), ist er ein bemerkenswertes Schwergewicht, aber eins, das den geeigneten Geniesser nicht erschlägt, sondern beschwingt.

Den Alkohol erlebt er als Geschmacksbeschleuniger, das Holz als konstruktives Strukturelement (und nicht als dominante Keule), die Frucht in der Nase und am Gaumen nicht als marmeladiges Totschlagargument. Da gibt's jede Menge Finessen, auch mineralische und harzige Noten, neben roter und schwarzer Frucht. Kaffee, dunkle Schokolade, Tabak. Etwas Röstnoten, meine ich. Weiche Tannine. Schöne Säure (welche die Wucht relativiert). Der Jumbo fliegt. Noch jung. Aber mit Sicherheit kein Wein, der sein Pulver in der Pubertät verschießt, um dann immer spiessiger zu altern. Er hat die Kraft zur Verwandlung.

Carmelo Rodero: Pago de Valtarrefia 2009. Ribera del Duero DO. 14%. Riegger, Birrhard. Fr. 49.70. www.riegger.ch

Es weihnachtet

Von Jürg Zbinden

1



1—Zu den ganz grossen Kreationen von Patek Philippe gehören seit Jahrzehnten die «Calatrava» als Prototyp der klassisch runden Armbanduhren und die Offiziersuhren mit einem Staubdeckel über dem Gehäuseboden. Patek Philippe führte ihre wichtigsten Merkmale zusammen und präsentiert die «Calatrava Ref. 5227» mit einem Sichtboden, der zusätzlich durch einen Staubdeckel geschützt ist. Der Clou: Sein gänzlich innenliegendes Scharnier ist von aussen nicht zu sehen und für Uneingeweihte nicht zu erraten. Ob die Herausforderung einer neuen Uhrenkreation anzunehmen sei, entscheidet allein die Familie Stern, deren Tradition eng mit der «Calatrava»-Kollektion verbunden ist. Sie hat die Manufaktur 1932 übernommen, und im selben Jahr wurde mit der «Referenz 96» das erste «Calatrava»-Modell präsentiert. Preis auf Anfrage.

2—Mit der Patek-Philippe-Herrenarmbanduhr «Ref. 5200 Gondolo <8 Days>, Day & Date Indication» spricht die Genfer Manufaktur all jene Aficionados an, die Zeitmesser mit Handaufzug bevorzugen. Dafür wurde eigens ein neues Uhrwerkkaliber entwickelt, das sich in mancher Hinsicht an der Jubiläumsuhr «Ref. 5100 <10 Jours>» orientiert, mit der vor

2



3



dreizehn Jahren ein neues Jahrtausend begrüsst wurde. Preis auf Anfrage.

3—Die Anziehungskraft einer Fliegeruhr liegt in ihrer Fähigkeit, Träume zu erfüllen. Die «Hamilton Khaki Pilot Pioneer Auto Chrono» verbindet höchste technische Qualität beim Flug, dem ältesten Traum der Menschheit, mit Zuverlässigkeit, Robustheit und Tragkomfort. Das Designerteam wurde von den für die britische Royal Air Force entworfenen Hamilton-Uhren aus den 1970er Jahren inspiriert und wählte eine klare Formgebung, um die ansprechenden Materialien der Uhr und die einfachen Zeitnehmerfunktionen hervorzuheben. Die leicht ablesbaren Ziffern sind in Fettdruck dargestellt, weiss auf rauem schwarzem Zifferblatt und schwarz auf elfenbeinfarbenem Hintergrund. Die sandgestrahlten Elemente auf dem Uhrengehäuse verdeutlichen die Verbundenheit zum Design aus der Zeit der Luftfahrtpioniere und schützen den Träger vor störenden Sonnenlichtreflexionen inner- und ausserhalb des Cockpits. Action-Freunde kommen bei den Armband-Styles auf ihre Kosten: Edeldahl, schwarzes Leder und diverse Stoffe, die etwa die Militärrkaki-Optik tragen. Da Weihnachten, Preis auf Anfrage.



Auto

Die Bentley-Familie

Verändert es einen, wenn man in einem Bentley Flying Spur für ein paar Tage ans Meer fährt? Von David Schnapp

Wir wollten nach Italien, ein paar letzte halb warme Tage am Meer, bevor der von der Klimaerwärmung unbeeindruckte Winter über uns kommen würde. Und wir wollten es gemütlich haben auf der Reise. Dass sich die Fahrt in der neuen Zwölfzylinder-Limousine von Bentley anbot, fiel in die Kategorie von Angeboten, die man nicht ablehnen kann. Der Flying Spur ist 5,3 Meter lang, der Radstand wurde im Vergleich zum Vorgänger vergrössert, das heisst, es ist sehr angenehm, einen Kindersitz auf der Rückbank zu installieren, weil man davor bequem stehen kann. Während die Passagiere hinten viel Platz haben (sehr viel Platz), ist das Gepäckabteil mit 442 Litern bloss ordentlich gross.

Aber man bekommt Leistung wie aus einem Füllhorn. 800 Newtonmeter bei 2000 Umdrehungen gibt der mächtige Zwölfzylinder ab. Mit der neuen Achtgang-Automatik und dem Allradantrieb bringt man die 2,5 Tonnen Stahl, Chrom und Leder in 4,6 Sekunden auf 100 km/h. Solange es geradeaus geht und die Strasse breit und frei ist, blieb der Flying Spur die schönste Familienkutsche der Welt.

Bentley Flying Spur

Leistung: 625 PS, Hubraum: 5998 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 320 km/h
Preis: Fr. 276 960.– (getestetes Modell)

Man gewöhnt sich ja erschreckend schnell an Luxus. An das weiche helle Leder, das selbst die hintersten Winkel des Innenraums erreicht (Farbe: «Linen»), an die spiegelglatt polierten Holzintarsien («Dark Stained Burr Walnut») und an den kühlen Chromstahl, der mit barocker Grosszügigkeit eingesetzt wird. Der Zweieinhalbjährige sagt schon beim ersten Tankstopp (mit fünfzehn Litern Verbrauch ist zu rechnen): «Mis Auto.» Und der liebste Satz, den ich zu meiner Frau während der Fahrten im Bentley gesagt habe, kam mir überraschend leicht über die Lippen: «Gibst du mir bitte noch ein Cola zero aus dem Kühlschrank.»

Vorne und hinten

Die grosszügige Wohlgefühl-Atmosphäre kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der neue Flying Spur auf der schon älteren Plattform des VW Phaeton gebaut wird. Assistenzsysteme gibt es kaum, das Navi ist dieser Preiskategorie unwürdig, und so komfortabel die verstellbare Luftfederung an sich ist, der Bentley schiebt mächtig über die Vorderräder, und die 21 Zoll grossen Räder mindern den Komfort und wirken wie Verstärker für Abrollgeräusche beim Überfahren von Querfugen.

Aus Sicht des Familienoberhauptes (das wird man am Steuer dieses Wagens) gibt es nicht viel auszusetzen am Flying Spur. Denn wenn es Frau und Kind hinten bequem haben, hat man am Steuer vorne seine Ruhe.

Zu Tisch

Die besten zehn

Von David Schnapp



Es war ein gutes kulinarisches Jahr. Das kann ich jetzt schon sagen, wenn ich eine persönliche Bilanz ziehe. Eine kurze, leider unvollständige Liste der besten Restaurants und Köche, die ich 2013 besucht habe:

1 — Heiko Nieder, «The Restaurant» im «Dolder Grand», Zürich: Spannende Gerichte, überraschende Kombinationen und Zutaten – Nieders Küche ist beste kulinarische Unterhaltung auf höchster Präzisionsstufe.

2 — Sergio Herman, «Oud Sluis», Sluis (NL): Der Niederländer Herman ist ein Rockstar der Gourmetküche mit einer unverkennbaren Handschrift, die vielen Vorbild ist.

3 — Joachim Wissler, «Vendôme», Bergisch Gladbach (D): Deutschlands Nummer eins ist ein unermüdlicher Innovator, hochmodern und dann wieder erstaunlich bodenständig.

4 — Nenad Mlinarevic, «Focus», «Park Hotel Vitznau»: Von null auf zwei Sterne – der junge Schweizer kocht auf hohem technischen Niveau mit viel Geschmack, regionalen Zutaten und einem offenen Blick für die Welt.

5 — Massimo Bottura, «Osteria Francescana», Modena (I): Die Menüs des Italiens sind Kunsthandwerke aus Kulinarik, Geschichte, Malerei und Geografie.

6 — Andreas Caminada, «Schloss Schauenstein», Fürstenu: Der Vorreiter der modernen Hochküche in der Schweiz hat auch nach zehn Jahren immer neue Ideen. Ein Abend bei ihm ist in der Regel ein perfekter Abend.

7 — Tanja Grandits, «Stucki», Basel: Die Köchin des Jahres kombiniert fröhlich und farbenfroh, ihr Pâtissier ist zurzeit der beste «Zuckerbäcker» im Land.

8 — Thomas Dorfer, «Landhaus Bacher», Mautern (A): Der Caminada-Weggefährte überführt ein Traditionshaus in die nächste Generation und verbindet dabei geschickt Tradition und Moderne.

9 — Alain Ducasse, «Plaza Athénée», Paris (F): Die *cuisine brut* des Meisters braucht wenige, hervorragende Zutaten, um viel Eleganz und einprägsame Aromen hervorzubringen.

10 — Wolfgang Puck, «Spago Beverly Hills», Los Angeles (USA): Tolle Produkte, leichte Gerichte mit asiatischer Note und ein Chef, von dem man lernt, was ein guter Gastgeber ist.



«Es ist wie eine Hassliebe»: Alpinistin und Abenteurerin Binsack.

MvH trifft

Evelyne Binsack

Von Mark van Huisseling — Wird man als Frau sympathischer, wenn man scheitert? Und was muss der Mann einer Abenteurerin können?

Alpinismus, Abenteuer, Helikopterfliegen – alles männliche Domänen, weshalb haben Sie eine solche Laufbahn gewählt?» – «Das ist eine schwierige Frage, klar habe ich mir auch Gedanken gemacht. Aber effektiv hat mir das einfach Spass gemacht. Mein Traum war, draussen zu schaffen. In meiner Lehre als Sportartikelverkäuferin habe ich am liebsten die Fenster geputzt ...» – «Helikopterfliegen sei schwierig – so schwierig, dass es fast keine Pilotinnen gibt.» – «Man muss unterteilen: Geradeaus fliegen oder auf einem grossen Platz landen und starten, das geht. Das lernt man relativ schnell, wenn man ein bisschen Talent und ein Gespür für die Maschine hat. Schwieriger wird's, wenn man kommerziell fliegen will, Unterlasten fliegen, Rettungen, enge Plätze, schlechtes Wetter, das wird ziemlich tricky, das Gesamte ist anspruchsvoll.»

Evelyne Binsack erhielt 1991, als dritte Frau der Schweiz, das Bergführer-Diplom. Zehn

Jahre später erreichte sie als erste Schweizerin den Gipfel des Mount Everest; ausserdem kletterte sie in vielen der schwierigsten Alpenwände. Zwischen Herbst 2006 und Ende 2007 führte sie die «Expedition Antarctica» durch – von ihrem Wohnort zum Südpol, 28 000 Kilometer auf dem Fahrrad, Schlitten, auf Skiern und zu Fuss. Im Frühjahr dieses Jahres musste sie den Versuch, ein weiteres Mal auf den Everest zu steigen, abbrechen, nachdem sie zuvor von einer Lawine verschüttet worden war und sich ihre Bronchien wegen des Eisstaubs entzündet hatten. Dieses Gespräch fand in ihrem Haus in Schattenhalb bei Meiringen statt.

«Sie sind auf dem Land aufgewachsen [in Hergiswil, Nidwalden], haben Ihre Eltern Ihnen nie geraten, was Normaleres zu machen und zu heiraten?» – «Nein, nie, ist ganz eigenartig, das hat meine Schwester gemacht.» – «Ihre zwei Jahre ältere grosse Schwester, die auf Sie aufpassen wollte?» – «Ja, das hat sie bean-

spricht, aber ich habe es nie so verstanden.» – «Kann man leben von dem, was Sie machen?» – «Ähm, nein, natürlich nicht. Ich habe lange als Bergführer gearbeitet.» – «Ist es schwierig, Sponsoren zu finden?» – «Ich habe nie Sponsoren gesucht, die mich selber sponsern sollten, ich habe immer projektbezogen Sponsorings gesucht. Klar schaue ich aufs Geld und muss rechnen. Aber ich kann auch sehr kompromisslos sein, wenn es um eine Sache geht, die ich erreichen möchte. «Expedition Antarctica», die Expedition zum Südpol, da habe ich brutal viel Geld reingebuttert, ich habe sie zu achtzig Prozent selber finanziert.» – «Können Sie sagen, weshalb Sie solche Sachen überhaupt machen?» – «Ich will es nicht unbedingt machen, ich will es erlebt haben; es ist wie eine Hassliebe.» – «Reinhold Messner hat gesagt, das Schöne sei das Zurückkommen.» – «Absolut, ja. Aber das Daheimsein ist dann auch nicht mehr schön.»

«Dieses Frühjahr mussten Sie am Everest unter dem Gipfel umkehren. Mein Eindruck ist, das hat Sie vielen Leuten sympathischer gemacht – «Endlich ist ihr auch einmal etwas nicht gelungen ...»» – «Ha, ha; mir sind in den letzten zwei Jahren dauernd Sachen abverheit.» – «Ich denke, hier besteht die umgekehrte Ausgangslage zwischen Männern und Frauen: Männer, die an etwas scheitern, werden als Verlierer wahrgenommen. Frauen werden beliebter. Wie sehen Sie's?» – «Ich habe am Berg gelernt: Es gibt im Leben ein gutes und ein schlechtes Scheitern. Das war gutes Scheitern, weil ich die Möglichkeiten ausgeschöpft habe. Ich habe noch nie eine Expedition so fertig gemacht wie jetzt am Everest. Das andere, was Sie sagen, hat mit Heldentum zu tun – eine Frau kann nicht Held sein, ein Mann schon. Und ein Held braucht immer einen, den er besiegen kann.»

«Ist es schwierig, mit einer Frau, die Leistungen vollbringt wie Sie, umzugehen? Weil sie besser ist in Bereichen, in denen man als Mann eigentlich überlegen sein sollte?» – «Ich glaube, das passiert nicht nur Männern, sondern auch Frauen. Wir sind so angelegt, dass man einer Frau nicht so viel zutraut, dass man denkt: «Vielleicht war es gar nicht so verrückt schwer.»» – «Wo ist in einer Partnerschaft mit Ihnen der Platz des Mannes?» – «Hm. Es gibt einen Teil, der nichts mit Sport und Bergen zu tun hat, wo ich einfach Frau bin.» – «Klar, aber die meisten Männer möchten den Säbelzahn-tiger erschlagen, falls er in die Höhle eindringt – das würden aber wahrscheinlich Sie tun, nicht wahr?» – «Man muss vor allem zusammenleben können. Aber es ist schon so, wenn ein Mann nicht emanzipiert ist und weiss, was er besser kann und wo er mich nicht konkurrieren wollen sollte, geht es eher weniger.»

Ihr liebstes Restaurant: «Wenn ich in Interlaken bin, gehe ich in den «Schuh» ein Birchermüesli essen.» Restaurant und Confiserie Schuh, Höheweg 56, Interlaken. Telefon 033 888 80 50.

	1	2	3	4		5		6		7	8	9	10	11
12						13	14		15		16			
17						18				19				
		20				21								
22	23						24					25		26
				27		28			29		30			
31		32	33					34						
	35						36	37			38		39	
40					41					42				
43							44		45					
		46							47					
48								49				50		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Sein Verdienst: Hüllen als Knüller

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 oo7 steht für Bond, 5 für sie. 7 Für Flaubert war er der, der alles wusste, doch wir wissen (fast) nichts über ihn. 12 Erhabene Gruppe grüsst von den Alpen. 13 Solche Teile gehören zum Outfit der gewünschten Bedienung. 16 Objektiv ist es fern, mit Objektiv näher. 17 Ihr eigenständiges Reich interessiert Biologen. 18 So sind moderne westliche Gesellschaften. 20 Es braucht schon sie, um es klar sagen zu können. 22 Verbreiter unterschiedlichster Gerüche. 24 Unverkrampter Wohlfühlort. 25 Der Artikel passt fraglos nur zu ihr. 27 Verbindung und mehr: familiäre Bande. 29 Kapitäns Befehl: sachgemäss unterbringen. 31 Olivenhaine und feine Weine in der italienischen Landschaft. 34 Das Christentum machte einen Glaubensartikel daraus. 35 Resultiert, wenn ein Dekan seine Mitte verliert. 36 Nach dem Sündenfall der Fall mit diesem Mörder. 38 Da sind Vier von Neun inbegriffen. 40 Apparat für Bild und Sound. 42 Bei ihr gilt: Jahreszeit gleich Tätigkeit. 43 Die 5 ist seit 1996 sehr weit oben. 44 Womit er klar nach Käse riecht. 46 Was die Spanische Treppe für Rom, ist die Potemkinsche Treppe dort. 47 Über einen gepflegten höchstens achtlose Hektiker. 48 Ungebleicht und nicht verdeutscht. 49 ?...ition, sagt, wer im Bistro bezahlen will. 50 Es beschränkt sich ausschliesslich auf das Genannte.

Senkrecht — 1 Frau Merkel und sie. 2 Von einem solchen Leben träumen viele. 3 Besondere Lebewesen aus dem Wasser. 4 Erscheint dem Pariser blauäugig. 5 Zwei Orte (GR, SH), ein Name, erinnert an Geld. 6 Wer glaubt, freut sich auf die vor Weihnachten. 8 Unverfälschter Klang, z.B. mit Gesang. 9 Der einfachste zweiwertige Alkohol mit drei Buchstaben. 10 Paradox: Tristesse mit Finesse. 11 Nordisch: Sein Fell ist im Winter eher hell. 12 Modischer und politisch korrekter Look. 14 Gliedmasse fürs männliche Augenmass. 15 Emotionsloses Auseinandergehen. 19 Die niederländische Stadt verdankt dem Fluss ihren Namen. 21 Furcht-einflössender Grossfürst von Moskau, jener IV. 23 Der Idiot und sein Namensgeber. 25 So kochen: Wohl bekomm's dem Gemüse und dem Gaumen. 26 Ein Engel, doch nicht ganz makellos. 27 Doppelter Genuss: Energie- und Fantasiespender. 28 Wein, der keine Trauben kennt. 30 Auch ohne zu blüh'n erscheinen sie oft grün. 32 Bei ihm entfärben sich die Haare natürlich. 33 Kein Plappermaul, dafür mit eleganter Federhaube. 34 Eine Katze, und einst auch ein Land. 37 Für ein wirklich schönes Stück braucht man oft Glück. 39 Henry & Julie, realer: er und Vera. 40 Die Stränge enden manchmal im Tang. 41 Wo Tapas authentisch serviert werden. 42 Die führende Stimme klingt hier bleiern. 45 Inflationäre Milliarde.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 345

	B	A	R	O	N	E	S	S		J	E	E	P	S	
M	A	N	U		E		P	A	R	O	D	I	E		
W	E	T	T	S	T	E	I	N		B	I	E	R		
S	U	J	E	T		I	N	D	U	S	T	R	I	E	
T	E	E		E		S		A	N	T	I		P		
	R		R	I	V	E	L	L	A		O	T	H	O	
S	I	M	E	N	O	N		E		K	N	E	E		
E	N	O	S		R		A	N	J	A		M	R	S	
S		L	E	H	R	E	R		U	T	O	P	I	A	
A	N	D	R	E	A		T		A	B	E	L	L	E	N
M		A	V	A	N	T	I		E	R	I	E		T	
	J	U	E	R	G		K	K	L		O	R	C	A	

Waagrecht — 1 BARONESS 7 JEEPS 11 MANU (engl. Fussballklub, Moyes ist Nachfolger v. Ferguson) 12 PARODIE 13 WETTSTEIN (Fam. name, ursprünglich aus ZH-Oberland) 16 BIER 17 SUJET 18 INDUSTRIE (industria: lat. f. Strebsamkeit) 20 TEE 21 ANTI 22 RIVELLA (abgeleitet von it. rivelazione, Offenbarung) 24 OTHO (Vierkaiserjahr: 69 n. Chr. im röm. Reich) 26 SIMENON 28 KNEE (engl. f. Knie) 29 ENOS (auch elektr. Notrufsystem f. Taucher) 30 ANJA (naja) 32 M(o)R(a)S(t) 34 LEHRER 36 UTOPIA (Traumland) 38 ANDREA (Pirlo, it. Fussballspieler) 39 TABELLEN 40 AVANTI (it. f. herein!) 41 ERIE (Eier) 42 JUERG (Jenatsch: Roman v. C.F. Meyer, dadurch wurde Jürg zu bekanntem Schweizer Vornamen) 43 KKL (Kernkraftwerk Leibstadt) 44 ORCA

Senkrecht — 1 BAEUERIN 2 ANTJE (dt. Schauspielerin) 3 RUTE 4 NET 5 SPIN (Syn. v. Drall, Effet) 6 SANDALEN 7 JOBST (Obst) 8 EDITION 9 EIER 10 PERIPHERIE 11 MWST (Mehrwertsteuer, Nachfolger der WUST) 14 STEIN (Die Entdeckung des Steins der Weisen wird als das «Grosse Werk» bezeichnet.) 15 EISEN 19 UNA (span. f. eine) 22 RESERVE 23 VORRANG 25 TEMPLER 26 SESAM 27 MOLDAU 28 KATER 30 ARTIK (Staudamm) 31 JUBEL 33 SANTA (span. f. Heilige) 35 HEAR (engl. f. hören) 37 OLIO (it. f. Öl)

Lösungswort — **SERIOSITAET**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien


Breguet
Depuis 1775



Breguet, créateur.

Die handguillochierten Zifferblätter, 1786

Um 1786 kreierte Breguet völlig neuartige Zifferblätter aus guillochiertem Gold oder Silber. Diese von Hand ausgeführten Guillochen sind auch heute noch eines der Erkennungszeichen einer Breguet-Uhr. Das illustriert diese Classique 7337BR mit ihrem Zifferblatt aus versilbertem Gold, geschmückt mit fünf unterschiedlichen, fein von Hand guillochierten Motiven. Wir schreiben die Geschichte fort...

